universität wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Rolle der Zivilgesellschaft für die Herausbildung der Demokratie in der Ukraine

Eine Analyse der Orangen Revolution und des Euromaidan

verfasst von / submitted by

Margarita Kagalovskaja, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 066 589
Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid / degree programme as it appears on the student record sheet	Internationale Entwicklung
Betreuer / Supervisor:	Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei jenen Menschen bedanken, die mich in all den Jahren inspiriert, animiert und bei dieser Arbeit unterstützt haben.

Ein besonderer Dank gilt Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert für die Betreuung und fachliche Beratung dieser Masterarbeit sowie für seine Geduld und Motivation.

Vor allem danke ich meiner Familie für die Liebe und Kraft, die mentale Unterstützung sowie ihre aufbauenden und motivierenden Worte.

Zu guter Letzt: Danke Janetta, dass du seit 29 Jahren an mich glaubst und mich anspornst, immer das Beste zu geben!

Inhaltsverzeichnis

I. Abkürzungsverzeichnis 4

II. Abbildungsverzeichnis 5

III. Bilderverzeichnis 5

1. Einleitung 6

1.1 Forschungshintergrund 7

1.2 Zielsetzung und Fragestellung 9

1.3 Forschungsdesign 11

1.4 Forschungsstand 13

2. Theoretischer Rahmen: Zivilgesellschaft & Demokratisierung 16

2.1 „Zivilgesellschaft“: Ideengeschichtlicher Abriss & Definition 16

2.1.1 Zivilgesellschaft in postkommunistischen Staaten 20

2.1.2 Der Dritte Sektor als Teil der Zivilgesellschaft 23

2.2 Demokratisierung 23

2.3 Die Rolle der Zivilgesellschaft im Transformationsprozess 26

2.3.1 Die „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft 28

2.3.2 „Struktur- und funktionsprägende“ Faktoren der Zivilgesellschaft 31

3. Die Genese der ukrainischen Zivilgesellschaft 35

4. Die Orange Revolution 56

4.1 Auslöser und Verlauf 59

4.2 ProtestteilnehmerInnen und ihre Ziele 61

4.3 Internationale Einflüsse 65

4.4 Ausgang der Revolution 70

5. Der Euromaidan **75**

5.1 Vorgeschichte: Das Assoziierungsabkommen 77

5.2 TeilnehmerInnen und ihre Forderungen 79

5.3 Externe Einflussfaktoren 85

5.4 Ein Ende der Revolution? 89

6. Orange Revolution und Euromaidan – ein Vergleich **93**

6.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Revolutionen 94

6.2 Euromaidan – eine Orange Revolution 2.0? Lehren aus 2004 107

6.3 Heutiger Entwicklungsstand der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihr Beitrag zur Demokratisierung des Landes 110

7. Zusammenfassung und Ausblick **117**

8. Literatur **122**

9. Anhang **133**

I. Abkürzungsverzeichnis

CSO	Civil Society Organization
DIF	Democratic Initiative Foundation
EU	Europäische Union
KIIS	Kiev International Institute of Sociology
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNO	United Nations Organization
UNDP	United Nations Development Programme
USA	United States of America
USAID	United States Agency for International Development

II. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: NGO-Registrierungen

Quelle: Lyubov Palyvoda, Sophia Golota: Civil Society Organizations in Ukraine. The State and Dynamics (2002-2011). Counterpart Creative Center 2012. http://ccc.kiev.ua/en-default/file/biblioteka/

Abb. 2: Hauptarbeitsbereiche 2011

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von: Lyubov Palyvoda, Sophia Golota: Civil Society Organizations in Ukraine. The State and Dynamics (2002-2011). Counterpart Creative Center 2012. http://ccc.kiev.ua/en-default/file/biblioteka/

Abb. 3: Ursachen für mangelnde Zusammenarbeit zwischen NGO und Staat

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von: Lyubov Palyvoda, Sophia Golota: Civil Society Organizations in Ukraine. The State and Dynamics (2002-2011). Counterpart Creative Center 2012. http://ccc.kiev.ua/en-default/file/biblioteka/

Abb. 4: Finanzierungsquellen 2002-2011 (Anteile am Gesamtbudget)

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von: Lyubov Palyvoda, Sophia Golota: Civil Society Organizations in Ukraine. The State and Dynamics (2002-2011). Counterpart Creative Center 2012. http://ccc.kiev.ua/en-default/file/biblioteka/

Abb. 5: Vertrauen in NGOs 2004

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von: Razumkov Centre (2013): Do you trust Non-Governmental Organizations? (recurrent, 2001-2013). http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=81

Abb. 6: Vertrauen in NGOs 2013

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von: Razumkov Centre (2013): Do you trust Non-Governmental Organizations? (recurrent, 2001-2013). http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=81

III. Bilderverzeichnis

Foto 1: Oranges Fahnenmeer am Maidan 2004

Quelle: http://news.bbcimg.co.uk/media/images/51372000/jpg/_51372147_ukraine_bbc.jpg

Foto 2: Zerstörter Maidan am 20. Februar 2014

Quelle: http://www.tagesspiegel.de/politik/gewalteskalation-in-ukraine-lage-in-kiew-ausser-kontrolle/9515018.html

1. Einleitung

Das Thema „Zivilgesellschaft“ wurde in der wissenschaftlichen und politischen Debatte vor allem nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa in den 1980er Jahren wiederbelebt. In der modernen Demokratieforschung zählt eine entwickelte vitale Zivilgesellschaft innerhalb liberaler Demokratien als Garant für politische Rechte und bürgerliche Freiheiten und in postkommunistischen Systemen als der ausschlaggebende Faktor für das Gelingen des Transformationsprozesses. Nach dem Zusammenbruch diktatorischer Regime wird jedoch eine spezifische Ausprägung von sich wiederetablierenden Zivilgesellschaften deutlich. Diese ergibt sich daraus, dass die Zivilgesellschaft in diesen nahezu monolithisch geprägten Systemen sehr stark staatstragend und damit zunächst noch zwangsweise homogen ausgeprägt war. Erst allmählich entwickelte sich durch die zunehmenden Freiheiten eine wachsende Pluralität und damit Heterogenität. Eben diese Heterogenität ist für entwickelte westliche Demokratien und die sie tragendenden Zivilgesellschaften prägend. In postkommunistischen Ländern können sich nach dem Wegfall der Zwangshomogenität erst nach und nach die für die Zivilgesellschaft eigentlich prägenden Merkmale in diesem emanzipatorischen Prozess wieder etablieren.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Notwendigkeit, „Zivilgesellschaft“ in postkommunistischen Staaten mit einer differenzierten Betrachtungsweise zu analysieren. Als Ergebnis dessen können in diesen Regionen Phänomene und Tatsachen unter Umständen unter Zivilgesellschaft subsumiert werden, obwohl sie in der strengen Betrachtungsweise westlicher Demokratien nicht darunterfallen würden. Das Spannungsfeld dieser Arbeit soll sich aber gerade um diese allmählichen Transformationsprozesse ranken und damit Phänomene aufspüren, die bisher nur wenig Gegenstand der Forschung waren. Einen nicht unwesentlichen Einfluss auf alle Entwicklungen in postkommunistischen Staaten hatte und hat eben dieser Neubelebungsprozess der sich wieder zunehmend emanzipierenden Zivilgesellschaften.

Die Ukraine ist aufgrund ihrer Größe und geopolitischen Lage für die Entwicklungs- und Transformationsforschung von besonderem Interesse, da ihr Transformationserfolg Auswirkungen auf ganz Europa hat. Anhand der zwei sehr unterschiedlichen, aber doch auch wieder sehr eng miteinander verbundenen Revolutionen in der Ukraine, soll der Veränderungsprozess zu einer pluralistischen Zivilgesellschaft näher untersucht und in seiner emanzipatorischen Qualität hinterfragt werden. Daraus resultierend ergab sich die Frage, ob eine fortschreitende Wiederbelebung und zunehmende Heterogenität der Zivilgesellschaft zwischen 2004 und 2013/14 eine wesentlich stärkere Erfolgswahrscheinlichkeit für einen wirklichen Demokratisierungsprozess in der Ukraine nach dem Sieg des Euromaidan bietet, als dies nach der Orangen Revolution der Fall sein konnte. Um dies festzustellen, wurde die Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft während der beiden Revolutionen 2004 und 2013/14 mithilfe eines empirisch-analytischen Forschungsansatzes analysiert.

1.1 Forschungshintergrund

Die von der Demokratisierungsforschung angenommene Linearität eines direkten Überganges vom Ende eines autoritären Regimes zu einer konsolidierten Demokratie wurde nicht nur starker Kritik ausgesetzt, sondern auch durch den Verlauf des Transformationsprozesses vieler postsowjetischer Staaten herausgefordert. Verzögerungen und Rückschläge im Demokratisierungsprozess mündeten oftmals in hybriden Herrschaftsformen. In Falle der Ukraine spricht die Forschung von einer „defekten Demokratie“, in der - nach Wolfgang Merkels Konzept der *embedded democracy*[1] - Teilregime der Demokratie beschädigt sind. Während formal demokratische Institutionen bestehen und (mehr oder minder) faire und freie Wahlen stattfinden, weisen die Bereiche Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenkontrolle und bürgerliche Rechte hingegen erhebliche Defizite auf. Das politische System ist gekennzeichnet durch Korruption und vertikale Machtstrukturen, unter die sich alle anderen Akteure, wie die Zivilgesellschaft, die

[1] siehe Merkel (2003)

Medien und regionale Körperschaften unterordnen müssen.[2] In solchen Regimen, in denen sich demokratische und autoritäre Regierungsstrukturen vermischen, ist es für eine Zivilgesellschaft schwierig, sich zu entwickeln und voll zu entfalten. Dennoch besteht Einigkeit darüber, dass eine vitale Zivilgesellschaft den Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozess junger Demokratien vorantreiben kann.

Mit Blick auf die Ukraine war die ***Orange Revolution*** 2004 ein bedeutendes Ereignis und ein Schritt in Richtung Demokratie. Nach massivem Wahlbetrug der Regierung bei den Präsidentschaftswahlen und den darauffolgenden Protesten auf dem Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, spielte die zuvor als nicht existent geglaubte Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Als koordinierte und kooperative Aktion zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist die Jugendbewegung Pora! (dt.: Es ist Zeit!) zu nennen, die erheblich an der Organisation und Durchführung der Proteste beteiligt war. Vorrangiges Ziel war die Durchführung freier und fairer Wahlen, die der Einsatz der BürgerInnen letztendlich durch die friedliche Revolution ermöglichte.[3] Zwar brachte der Machtwechsel nach der Orangen Revolution nicht den erhofften Regimewechsel mit sich, sodass die Ukraine auch heute noch als „defekte Demokratie“ bezeichnet wird, dennoch gilt die Orange Revolution als Sieg der Zivilgesellschaft.

Die Proteste von 2013/14, die als ***Euromaidan*** bezeichnet werden, zeigen erneut die Bedeutsamkeit und Handlungsfähigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft. Nach der Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union durch den damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch kam es wiederum zu Massenprotesten auf dem Maidan. Die Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Demokratie mündeten nicht nur in den Sturz seines Regimes, sondern führten auch eine Umverteilung der Macht sowie eine nachhaltige Etablierung einer inklusiveren politischen Kultur in der Ukraine herbei.[4] Hierbei werden bereits erste Unterschiede zur Orangen

[2] vgl. Eicher/Beichelt (2006: 295f)
[3] vgl. Wilson (2005: 73f)
[4] vgl. Simon (2014: 19)

Revolution sichtbar, die vor allem die Forderungen und Ziele der Zivilgesellschaft betreffen. Ob der Sturz des Janukowytsch-Regimes während des Euromaidan die Ukraine weiter in Richtung konsolidierte Demokratie führt, bleibt jedoch abzuwarten.

Da es um die Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozess der Ukraine – mit Fokus auf die Orange Revolution 2004 und den Euromaidan 2013/14 – geht, ist das Ziel dieser Arbeit, zunächst ein möglichst umfassendes Bild von der ukrainischen Zivilgesellschaft zu gewinnen und darauf aufbauend ihre möglicherweise veränderte Wirkung auf die demokratische Konsolidierung der Ukraine darzustellen. Hierzu reicht es jedoch nicht, lediglich den aktuellen „Zustand“ der ukrainischen Zivilgesellschaft zu analysieren. Da sich die zunehmende Heterogenität der ukrainischen Zivilgesellschaft erst in einem emanzipatorischen Prozess entwickelte und weiterhin entwickelt, ist es wichtig, auch nach ihrer Entfaltung in den einzelnen Transformationsphasen zu fragen, um somit auf die Beschaffenheit der heutigen Zivilgesellschaft schließen zu können. Ebenso müssen beeinflussende Faktoren, wie das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld beachtet werden.

1.2 Zielsetzung und Fragestellung

Die Grundthese der Arbeit lautet wie folgt: Eine entwickelte pluralistische Zivilgesellschaft bildet die Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg des Transformationsprozesses in postkommunistischen Staaten, soweit sie die wichtigen, von der Demokratieforschung postulierten Merkmale ansatzweise erfüllt. Diese These sollte anhand der beiden Revolutionen der Ukraine im Jahr 2004 (Orange Revolution) und 2013/14 (Euromaidan) näher analysiert werden. Daraus resultierend ergibt sich folgende Fragestellung, die im Rahmen der Forschung untersucht wurde:

Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Aktivitäten für die Stärkung der Demokratie in der Ukraine während der Orangen Revolution 2004 und des Euromaidan 2013/14?

Ziel der Forschung war es, die Entwicklungsdynamiken der ukrainischen Zivilgesellschaft zu analysieren und somit auf ihre heutige „Gestalt" zu schließen. Auch ihre Funktionen und die Wirkung auf den Demokratisierungsprozess der Ukraine wurden untersucht. In welchem Maße es hierbei zu einer Beeinflussung des Demokratisierungsprozesses kommt, wurde mithilfe eines qualitativen Forschungsansatzes analysiert. Auch der Annahme, dass die fortschreitende Wiederbelebung und zunehmende Heterogenität der Zivilgesellschaft zwischen 2004 und 2013/14 eine wesentlich stärkere Erfolgswahrscheinlichkeit für eine wirkliche demokratische Konsolidierung in der heutigen Ukraine bietet, wurde nachgegangen.

Dabei wurde ein tieferer Einblick in die Hintergründe der zu untersuchenden Revolutionen geschaffen und auf folgende Fragen eingegangen:

Welche Ursachen hatte das Erstarken der ukrainischen Zivilgesellschaft vor der Orangen Revolution? Welchen Einfluss hatte die ukrainische Zivilgesellschaft auf den Verlauf der Orangen Revolution? Welche AkteurInnen spielten hierbei eine entscheidende Rolle?

Da eine differenzierte Betrachtungsweise in Bezug auf postkommunistische Zivilgesellschaften notwendig ist, um die aktuellen Phänomene erfassen zu können, wurde in dieser Forschung nicht nur auf den Dritten Sektor in der Ukraine, sondern auch auf den nicht-institutionalisierten Bereich der Zivil-gesellschaft eingegangen. Während zivilgesellschaftliche Organisationen 2004 eine tragende Rolle bei der Organisation und Durchführung der Proteste spielten, zeigen Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Kiewer Internationalen Institutes für Soziologie (KIIS) vom 7./8. Dezember 2013 am Maidan, dass 91,8% der befragten DemonstrationsteilnehmerInnen weder einer

politischen Partei, noch einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder Bewegung angehörten.[5]

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die zunehmende Heterogenität und Emanzipation der ukrainischen Zivilgesellschaft zwischen 2004 und 2013/14. Inwieweit hier eine Weiterentwicklung stattgefunden hat, wird mit folgenden Unterfragen erörtert:

Welche AkteurInnen trugen zum Erfolg des Euromaidan bei und was waren ihre Motivationen? Welche Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede gibt es zwischen den Aktivitäten/Zielen der Zivilgesellschaft vor und während der Orangen Revolution und dem Euromaidan? Was hat die ukrainische Zivilgesellschaft aus der Orangen Revolution gelernt und am Euromaidan umsetzen können?

1.3 Forschungsdesign

Die Auswahl des Themas der Masterarbeit erfolgte einerseits aufgrund der Relevanz der Ukraine für die Entwicklungs- und Transformationsforschung, andererseits aber auch aus persönlichem Interesse. Während einer ausführlichen Literaturrecherche und der Suche nach relevanten Daten, fiel außerdem der Mangel an fundierten Studien zur ukrainischen Zivilgesellschaft auf. Auf dieser Basis wurde das Forschungsinteresse formuliert und die für die Forschung als sinnvoll erscheinenden Methoden ausgewählt. Die ukrainische Zivilgesellschaft wird auf zwei Ebenen analysiert werden. Die Mesoebene bezieht sich auf die Analyse des Dritten Sektors, d.h. auf die Strukturen, Entwicklungen und Ziele der Organisationen. Da aber im Jahre 2013 laut Umfragen etwa 84% der ukrainischen Bevölkerung kein Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation sind[6], wurde auch eine Analyse auf Mikroebene, also auf Ebene der Individuen, durchgeführt, um u.a. deren Motivation und Verhalten während der Proteste zu erforschen.

[5] vgl. KIIS (10.12.2013)
[6] vgl. Ukraine-Analysen Nr. 114, 12.03.13, Statistik

Um den oben beschriebenen Forschungsfragen nachzugehen, ist ein empirisch-analytischer Forschungsansatz ausgewählt worden. Die Analyse wurde in folgenden Schritten realisiert: um das Forschungsfeld mit theoretischem Hintergrundwissen zu untermauern, wurde zunächst eine ausführliche Literatur-recherche durchgeführt. Die Beschäftigung mit relevanter Fachliteratur zielte vor allem darauf, einen konzeptuellen Rahmen für die Forschung zu erstellen, d.h. die Erläuterung wichtiger Schlüsselbegriffe, historische und aktuelle Gegebenheiten sowie Fakten zur ukrainischen Zivilgesellschaft, ihrer Entwicklung und ihrer Funktionen zu erarbeiten. Ausführungen zu unterschiedlichen theoretischen Ansätzen, ebenso wie Untersuchungen zur Entwicklung anderer post-kommunistischer Länder waren ebenfalls nützliche Quellen. Auch relevante wissenschaftliche Zeitschriften, wie das *Journal of Democracy*, *East European Politics and Societies* und *Democratization* wurden ausgewertet. Als zweite Methode ist die Sekundäranalyse gewählt worden, also eine Analyse bereits vorhandenen Datenmaterials, um daraus Schlüsse für das eigene Forschungs-interesse zu ziehen. Hierbei wurden diverse Statistiken und Meinungsumfragen von 2003 bis 2005 und von 2012 bis 2014 für die vergleichende Analyse herangezogen. Zur Datenauswertung wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring[7] verwendet.

Die Sekundäranalyse

Im Gegensatz zur Primäranalyse, bei der die Daten selbst erhoben und ausgewertet werden, werden bei der Sekundäranalyse bereits vorhandene Daten analysiert und dargestellt, jedoch meist mit einem anderen Forschungsinteresse. Hierbei werden sozialwissenschaftliche Erhebungen und Meinungsumfragen von demographisch-statistischem Material, wie amtlichen Statistiken, unterschieden.[8] Für diese Forschung wurden sowohl Statistiken, als auch Meinungsumfragen herangezogen. Hierzu wurden u.a. Studien und Umfragen des Counterpart Creative Centers, des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie, des Fonds demokratischer Initiativen, des Zentrums für Sozial- und Marktforschung, des

[7] siehe Mayring (1991: 209f)
[8] vgl. Banakh (2013: 25)

Razumkov Centres und des Soziologischen Instituts der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine ausgewertet. Die vorhandenen Daten beziehen sich vor allem auf Alter, Geschlecht, ethnische und regionale Herkunft, sozialen Status, Bildungsgrad etc. der Protestierenden 2004 und 2013/14, ebenso wie auf deren Motivation, Organisation und Zugehörigkeit zu bzw. Vertrauen in zivil-gesellschaftliche(n) Organisationen. Ebenso sind Informationen zu Aufgaben-bereichen, Mitgliedschaften und Finanzierungsquellen von NGOs vorhanden, die für die Analyse der Mesoebene nützlich waren.

Die Inhaltsanalyse

Bei einer Inhaltsanalyse geht es vor allem um die systematische Bearbeitung von Daten, welche aus Kommunikationsprozessen gewonnen wurden. Voraussetzung dafür ist das Vorliegen des Materials in festgehaltener Form. Der Psychologe Philipp Mayring definiert drei Grundformen der qualitativen Inhaltsanalyse, welche sich im Hinblick auf das zuvor festgelegte Erkenntnisinteresse und auch die konkrete Auswertungstechnik unterscheiden. Zum einen nennt er die *zusammen-fassende Inhaltsanalyse*, welche auch als Modell für die vorgenommene Forschung dienen soll. Zum anderen beschreibt Mayring die *explizierende Inhalts-analyse* und die *strukturierende Inhaltsanalyse*. Erstere, für das Forschungs-vorhaben gewählte, kommt vor allem dann zum Einsatz, wenn besonderes Interesse an der inhaltlichen Ebene des Materials vorherrscht. Im Zuge dieser Methode wird das vorhandene Material auf das Wesentliche komprimiert.[9]

1.4 Forschungsstand

Demokratietheorien gehen davon aus, dass eine liberale Demokratie ohne eine aktive und partizipierende Zivilgesellschaft nicht existieren kann. Ebenso beschreiben sie eine dynamische Zivilgesellschaft als Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Demokratisierung. Zivilgesellschaften entstehen jedoch nicht auf einer „tabula rasa“, historische und kulturelle Einflussfaktoren ebenso wie der

[9] vgl. Mayring (1991: 209f)

vorherrschende Systemtyp wirken in ihre Entwicklung ein. Ausmaß und Intensität autokratischer Regime bestimmen den Spielraum für die Herausbildung und Vitalität der Zivilgesellschaft. Deshalb ist eine universelle Definition von Zivilgesellschaft nicht möglich und muss je nach Kontext konzeptualisiert werden.[10]

Marc Morjé Howard definiert Zivilgesellschaft in seinem Buch *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe* folgendermaßen: *„Civil society refers to the realm of organizations, groups, and associations that are formally established, legally protected, autonomously run, and voluntarily jointed by ordinary citizens".*[11] Diese Definition umfasst zwar ein breites Spektrum, erscheint jedoch in zwei Aspekten problematisch: zum einen geht sie von einer Staatsunabhängigkeit der Zivilgesellschaft aus. Diese trifft aber nicht vollkommen zu, da der Staat die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten schafft und somit ihren Handlungsrahmen festlegt. Die postulierte Autonomie kann vor allem durch autoritäre Regierungsstrukturen, ebenso wie durch die Abhängigkeit externer Subventionen eingeschränkt werden.[12] Zum anderen schließt Howards Definition der Zivilgesellschaft spontane oder ad hoc-Aktivitäten von BürgerInnen nicht mit ein. Die meisten Untersuchungen setzen Zivilgesellschaft mit dem Dritten Sektor weitgehend gleich und analysieren somit nur ihren institutionalisierten Kern. Auch wenn die Zahl der registrierten NGOs in der Ukraine in den letzten fünfzehn Jahren stetig stieg[13], ist die ukrainische Zivilgesellschaft ein komplexes Phänomen, das über die NGO-Szene hinausgeht. Vor allem die Ereignisse des Euromaidan zeigen, dass spontane Protestmaßnahmen zunehmen, um gesellschaftlichen Druck auf die politische Sphäre auszuüben. Die Entwicklung sozialer Medien erleichtert die Durchführung kurzfristig angelegter Proteste und kann zur Massenmobilisierung dienen. Somit wird ein breiteres Verständnis der ukrainischen Zivilgesellschaft notwendig, das auch den nicht-institutionalisierten Bereich der Zivilgesellschaft miteinschließt.

---

[10] vgl. Lauth/Merkel (1997: 13ff)
[11] Howard (2003: 34f)
[12] vgl. Betz (2005: 14/18)
[13] vgl. Stewart (2009: 177f)

Auch wenn der Zivilgesellschaftsbegriff in die Transformationsforschung Einzug gefunden hat, gibt es bisher wenige Studien, die die Rolle der Zivilgesellschaft im Transformationsprozess der Ukraine analysieren. Wenn die ukrainische Zivilgesellschaft untersucht wurde, dann meistens nur der Dritte Sektor, also der institutionelle Kern. Studien zum nicht-institutionalisierten Bereich der Zivilgesellschaft und ihre Wirkung auf den Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozess der Ukraine sind kaum vorhanden. Dieser spielt aber vor allem während den Protesten des Euromaidan eine wichtige Rolle. Ein weiteres Problem stellt die Informationslage zum Euromaidan dar. Die Aktualität der Geschehnisse bietet wenig fundierte Arbeiten und den meisten europäischen, ukrainischen und russischen Medienberichten wird ein Mangel an Objektivität vorgeworfen, weshalb diese nur in geringem Maße als Quellen nutzbar sind. Um die oben erwähnte Lücke zu schließen und einen Vergleich zwischen der Orangen Revolution und dem Euromaidan durchführen zu können, dienten neben der vorhandenen Literatur vor allem Statistiken und Meinungsumfragen von 2004/2005 und 2013/2014 als Informationsquelle.

2. Theoretischer Rahmen: Zivilgesellschaft & Demokratisierung

In diesem Kapitel sollen zunächst ein kurzer ideengeschichtlicher Abriss sowie eine Definition des Begriffs der Zivilgesellschaft gegeben werden. Auch der „Dritte Sektor“ als Teil der Zivilgesellschaft soll hier definiert werden. Daraufhin wird auf die Spezifika postkommunistischer Zivilgesellschaften eingegangen und das funktionalistische Konzept von Zivilgesellschaft nach Lauth und Merkel vorgestellt, bevor in einem weiteren Kapitel erläutert wird, welche Rolle der Zivilgesellschaft im demokratischen Transformationsprozess zukommt.

2.1 „Zivilgesellschaft“: Ideengeschichtlicher Abriss & Definition

Der Begriff der „Zivilgesellschaft“ ist nicht nur im Rahmen der Transformations-forschung, sondern auch in der sozialwissenschaftlichen sowie politischen Debatte ein häufig verwendetes Stichwort. Bei der Suche nach den Wurzeln des Begriffs Zivilgesellschaft und seines Bedeutungs- und Funktionswandels lassen sich mehrere Etappen ausmachen. Einige wichtige sollen im Folgenden erläutert werden.

Ideengeschichtlicher Abriss

Die Basis der Betrachtungen bilden die Werke von Plato, Aristoteles, Thomas Hobbes und John Locke. Während Plato, Aristoteles und Hobbes noch von einer grundsätzlichen oder zumindest weitest gehenden Übereinstimmung von Gesellschaft und Staat ausgehen, beschreibt erst John Locke, als "body politic" bezeichnet, zum ersten Mal die theoretisch begründete Idee einer Zivilgesellschaft, die über eigene Rechte gegenüber dem Staat verfügt. Die geschichtliche Herkunft des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft stammt aus dem griechischen politiké koinonia bzw. aus dessen Übertragung ins Lateinische zu societas civilis. Nach Aristoteles stellt die Polis eine Gemeinschaft von BürgerInnen dar, die das gemeinsame Ziel verfolgen, ein gutes, im aristotelischen

Sinne glückliches und tugendhaftes Leben, miteinander zu verwirklichen. Laut Aristoteles sind die bürgerliche Gesellschaft und der Staat identisch.[14] Auch Thomas Hobbes geht in seinem "Leviathan" von einer grundsätzlichen Übereinstimmung von bürgerlicher Gesellschaft (societas civilis) und Staat (res publica) aus. Für ihn existiert dabei keine Differenz oder gar ein Gegensatz.[15]

Erst John Locke beschreibt diese Emanzipation von Zivilgesellschaft und Staat. Er formuliert dabei die Idee einer unabhängigen "dritten Sphäre", die nicht in direkter Korrelation zu staatlichen Zielen und Vorstellungen steht, sondern vielmehr eigenständig und weitgehend unbeeinflusst von diesen agiert. Damit entwickelt Locke die Idee der Zivilgesellschaft als einen *"vorpolitischen Zusammenschluss der Bürger, die ihre (negative) Freiheit, ihr Leib und Leben und ihre privaten, durch Handel und Industrie entwickelten Eigentumsverhältnisse gegen staatliche Willküreingriffe durch gleiche Rechte schützen."*[16]

Auch Montesquieu versteht unter Zivilgesellschaft ein Geflecht von rechtlich sanktionierten, aber vom Staat unabhängigen Körperschaften, die der Sicherung des Gleichgewichts in seinem Modell der Gewaltenteilung dienen. Tocqueville erweitert Montesquieus Funktion der Zivilgesellschaft um die Aufgabe der Wertebildung und Werteverankerung bei den BürgerInnen, um Toleranz, gegenseitiges Vertrauen und Zivilcourage zu fördern. Zivilgesellschaftliche Institutionen sind *„Schulen der Demokratie, in denen demokratisches Denken und ziviles Verhalten durch die alltägliche Praxis eingeübt und habitualisiert werden."*[17]

Ebenso hat sich Jürgen Habermas in seinen Theorien über Demokratie und Öffentlichkeit mit dem Konzept der Zivilgesellschaft befasst. Für ihn umfasst die Zivilgesellschaft auf freiwilliger Basis bestehende Organisationen, Vereinigungen und Bewegungen, die gesellschaftliche Problemstellungen thematisieren und an die Politik weiterleiten. Ausgeschlossen bleiben hierbei staatliche Institutionen, politische Parteien sowie wirtschaftliche Interessensgruppen. Somit können die

[14] vgl. Aristoteles (1989: 74ff)
[15] vgl. Lohmann (2003: 12)
[16] Lohmann (2003: 13)
[17] Merkel/Lauth (1998: 5)

AkteurInnen der Öffentlichkeit mit zivilgesellschaftlichem Engagement zwar Einfluss, jedoch keine politische Macht nehmen.[18]

Zivilgesellschaft heute

Das Konzept der Zivilgesellschaft wurde vor allem in den 1980er Jahren durch die polnische Oppositionsbewegung und die darauffolgende weltweite Welle der Demokratisierung neu belebt. In die heutige Verwendung von Zivilgesellschaft wirken insbesondere vier der historischen Bedeutungsstränge, die jeweils unterschiedliche Funktionen einbringen: die von Locke konstruierte „dritte Sphäre“, als Schutzraum gegen die Staatsgewalt, Montesquieus Verzahnung der Zivilgesellschaft mit dem politischen System und somit die Kontroll- und Sicherungsfunktion demokratischer Systeme, ebenso wie Tocquevilles Ort der Verankerung demokratischer Normen und Werte und Habermas „öffentlicher Raum“, in dem BürgerInnen ihre Meinungen in Vereinigungen und Organisationen öffentlich positionieren und ihre Interessen somit in das politische System einbringen (können). Auch wenn diese Funktionen nicht spannungsfrei zueinanderstehen, bilden sie doch den Rahmen einer idealistischen Zivil-gesellschaft im Hinblick auf eine nachhaltige staatliche sowie gesellschaftliche Demokratisierung. Trotzdem konnte bis jetzt keine einheitliche Definition von Zivilgesellschaft herausgearbeitet werden. Vor allem die Abgrenzung zu Staat und Wirtschaft wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur weiterhin diskutiert.

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf einen analytischen Ansatz der Zivil-gesellschaft. Hierbei wird die Zivilgesellschaftsdefinition von Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel herangezogen sowie deren funktionalistisches Konzept der Zivilgesellschaft als Analyserahmen angewendet.

Merkel und Lauth plädieren für ein dynamisches Zivilgesellschaftskonzept, das zwischen Privatsphäre und Staat angesiedelt ist und das, im Gegensatz zu Politik und Wirtschaft, in denen Eliten als Machtinstanzen fungieren, aus BürgerInnen

[18] vgl. Habermas (1992: 443/450)

besteht, die ihre Bedürfnisse und Interessen innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen und Vereine artikulieren. Zu diesen gehören u.a. soziale, kulturelle oder politische Organisationen, Stiftungen, Umweltorganisationen, Studierenden- oder Jugendorganisationen, Frauengruppen, Menschenrechts-organisationen, religiöse Organisationen oder Kirchengemeinden, etc. Da ihre Zielsetzungen auch an den Staat gerichtet sind, sind die AkteurInnen der Zivilgesellschaft auf unterschiedlichster Art und Weise in die Politik involviert, ohne jedoch staatliche Ämter zu bekleiden.[19]

> *„Die Zivilgesellschaft ist kein homogener Akteur. Vielmehr ist sie sofern heterogen strukturiert, als sie ein Sammelbecken höchst unterschiedlicher Akteure darstellt, die allerdings einen bestimmten normativen Minimalkonsens teilen. Dieser beruht im Kern auf der Anerkennung des Anderen (Toleranz) und auf dem Prinzip der Fairneß. Ausgeschlossen ist die Anwendung von physischer Gewalt. Doch dieser Grundkonsens hebt die bestehende interne Konkurrenz nicht auf, sondern befähigt allenfalls in extremen politischen Abwehrsituationen die Akteure der Zivilgesellschaft zu kollektivem strategischen Handeln".*[20]

In diesen Merkmalen fallen die deskriptiv-analytische Ebene und die normative Dimension zusammen. Diese normative Dimension dient als Leitbild eines „guten und gerechten Zusammenlebens" in der Demokratie, bleibt jedoch immer eine unerfüllbare Idealvorstellung.

Mit Blick auf postkommunistische Zivilgesellschaften kann jedoch festgestellt werden, dass Zivilgesellschaften wandelbar sind. Je nach Kontext muss der Begriff Zivilgesellschaft somit unterschiedlich betrachtet werden. Während die Zivilgesellschaft in etablierten Demokratien in einem wechselseitigen und unterstützenden Verhältnis zum Staat steht, wird sie in autoritären oder totalitären Systemen als Opposition gegen den Staat angesehen. Im Zuge des Demokratisierungsprozesses verändert sich die Rolle der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat und ihr kommt die Aufgabe zugute, die kollektiven Interessen der BürgerInnen zu vertreten und als Vermittler zwischen dem Staat

[19] vgl. Merkel/Lauth (1998: 7f)
[20] Merkel/Lauth (1998: 7)

und seinen BürgerInnen zu fungieren. Ebenso ist es Aufgabe der Zivilgesellschaft, einen öffentlichen Raum zu schaffen, in welchem politische Diskussionen ermöglicht werden. Diejenigen jedoch, die in jeglicher Art nach staatlicher Macht streben, werden von dieser Definition der Zivilgesellschaft ausgeschlossen. Auch umfasst diese Zivilgesellschaft den Ausschluss von allen Vereinigungen und Organisationen, die die normativen Standards der Zivilität – Fairness, Toleranz und Gewaltfreiheit – nicht erfüllen.

2.1.1 Zivilgesellschaft in postkommunistischen Staaten

Zivilgesellschaften als dynamisches Phänomen, befinden sich in stetigem Wandel. Der vorherrschende Typ des Regimes spielt für die zivilgesellschaftliche Entwicklungsdynamik eine tragende Rolle. Autoritäre Regime begrenzen den Entfaltungsspielraum zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Somit sind Zivilgesellschaften in autokratischen Systemen stark marginalisiert und haben wenig politischen Einfluss. Im Zuge der Liberalisierung und den dadurch erworbenen Freiheiten, kann es zur (Wieder-)Belebung der Zivilgesellschaft kommen. Es wird angenommen, dass je kürzer die autokratische Herrschaft war, desto leichter fällt das (Wieder-)Aufblühen zivilgesellschaftlicher Traditionen.[21] Die Besonderheit dieser Zivilgesellschaft liegt in ihrer Wandlung von einer homogen angepassten hin zu einer heterogen demokratischen. Deshalb benötigt es ein offeneres Zivilgesellschaftskonzept, um diesen emanzipatorischen Prozess und die Genese der heutigen Zivilgesellschaft erfassen und verstehen zu können.

Aus diesem Grunde stützt sich vorliegende Arbeit auf einen analytischen Ansatz zur Untersuchung der ukrainischen Zivilgesellschaft. Hierbei handelt es sich um das funktionalistische Konzept der Zivilgesellschaft nach Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel. Dieses Konzept ermöglicht es, die Funktionsleistungen einer Zivilgesellschaft während des Transformationsprozesses zu untersuchen.

[21] vgl. Croissant/Lauth/Merkel (2000: 22f)

Auf Basis der langen Theorietradition von Zivilgesellschaft formulieren sie folgende fünf demokratie-fördernde Funktionen:[22]

1. *Die Schutzfunktion:* Auch als Lockesche Funktion bezeichnet, dient diese Funktion der Zivilgesellschaft zum Schutz der Privatsphäre der BürgerInnen vor staatlichen Eingriffen ebenso wie der Sicherung und Gewährleistung der privaten und der Eigentumsrechte.

2. *Die Kontroll- und Vermittlungsfunktion:* Diese Funktion beruht auf Montesquieus Überlegungen in seinem Werk „Vom Geist der Gesetze“ und auf seinem Modell der Gewaltenteilung. Hierbei geht es vor allem um die Beobachtung und Kontrolle staatlicher Macht sowie die Sicherung der Balance und Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft.

3. *Die Sozialisierungsfunktion:* Verknüpft mit den liberalen Überlegungen von Locke und Montesquieu, benennt Tocqueville zivilgesellschaftliche Vereinigungen als „Schulen der Demokratie“, in denen nicht nur ein Verständnis für Demokratie vermittelt, sondern auch demokratische Werte und Normen, wie Toleranz, Solidarität und Kompromissbereitschaft gefördert und habitualisiert werden. Eine demokratisch-partizipatorische Zivilgesellschaft schützt die individuellen Rechte und Freiheiten der BürgerInnen vor staatlichem Machtmissbrauch und trägt in erheblichem Maße zur Stabilisierung der Demokratie bei.

4. *Die Kommunikationsfunktion:* Die vierte demokratiefördernde Funktion von Zivilgesellschaft geht vor allem auf die Demokratietheorien von Jürgen Habermas zurück. Habermas beschreibt die Zivilgesellschaft als „öffentlichen Raum“, in dem BürgerInnen ihre Interessen und Werte unabhängig von Politik und Wirtschaft artikulieren können. Für diskriminierte oder marginalisierte Gruppen erscheint die kommunizierende Funktion der Zivilgesellschaft besonders wichtig, da auch sie dadurch die Möglichkeit erhalten, ihre

[22] vgl. Croissant/Lauth/Merkel (2000: 11-14)

Bedürfnisse und Interessen öffentlich zu thematisieren. Die Zivilgesellschaft als öffentliche Sphäre bietet den BürgerInnen also *„[…] einen Raum für freie Debatte, Beratung und Teilhabe an demokratischer Willensbildung […]“*, in dem *„[…] spontan entstehende Gruppen, Organisationen und Bewegungen […] soziale Problembereiche thematisieren und aus der privaten in die politische Sphäre tragen“.*[23]

5. *Die Gemeinschafts- und Integrationsfunktion:* Der Fokus der fünften Funktion von Zivilgesellschaft liegt insbesondere auf den sozialen Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft. Durch zivilgesellschaftliche Netzwerke, Assoziationen und Bewegungen entstehen überlappende Mitgliedschaften und kollektive Identitäten, die tiefe soziale Konfliktlinien überbrücken und dadurch zur Schwächung gesellschaftlicher Konflikte beitragen können.

Diese fünf Funktionsleistungen der Zivilgesellschaft beziehen sich nicht nur auf Zivilgesellschaften, die sich im Demokratisierungsprozess befinden, sondern können allen Zivilgesellschaften zugesprochen werden. Damit gelang es Lauth und Merkel ein analytisches Konzept der Zivilgesellschaft zu entwickeln, das sowohl auf stabile als auch auf junge Demokratien anwendbar ist. Sie betonen die Notwendigkeit, Zivilgesellschaft nicht mehr als historische Form zu sehen, sondern die *„kulturell unspezifischen Funktionen der Zivilgesellschaft“*[24] und ihren Beitrag zur Demokratisierung zu betrachten. Die Konsolidierungschancen junger Demokratien hängen u.a. davon ab, inwieweit die oben genannten Funktionen der Zivilgesellschaft erfüllt sind. Somit eignet sich dieses funktionalistische Konzept der Zivilgesellschaft auch für die Analyse der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihres Beitrags zur demokratischen Konsolidierung der Ukraine.

[23] Croissant/Lauth/Merkel (2000: 14)
[24] Croissant/Lauth/Merkel (2000: 15)

2.1.2 Der Dritte Sektor als Teil der Zivilgesellschaft

Der Dritte Sektor wird als Gesamtheit aller nichtstaatlichen und nicht-profitorientierten Organisationen verstanden. Als Teil der Zivilgesellschaft, stellt er den institutionellen Kern der organisierten Gesellschaft dar. Die Organisationen des Dritten Sektors zeichnen sich dadurch aus, dass sie privat und nicht gewinnorientiert sind sowie auf freiwilliger Basis (freiwillige Mitgliedschaft und Beiträge) bestehen. Zu diesem Sektor zählen Vereine, Assoziationen, Stiftungen, Interessens- und Wohlfahrtsverbände etc. Ihr Ziel ist es, unterschiedliche kollektive Interessen der BürgerInnen zu realisieren und deren kollektive Rechte zu schützen. Der Begriff Dritter Sektor dient zur Abgrenzung zum ersten Sektor - dem Staat - und zum zweiten Sektor - der Wirtschaft.[25] Freiwilliges Engagement innerhalb der Organisationen und Vereine des Dritten Sektors wird auch als *gebundenes* Engagement bezeichnet. Im Gegensatz hierzu steht das *ungebundene* Engagement, das im Kontext informeller Netzwerke und nicht-institutionalisierter Gruppen stattfindet. Hierzu zählt nicht nur die Teilnahme an freiwilligen öffentlichen Aktionen, wie z.B. Demonstrationen, Streiks und Boykottmaßnahmen, sondern auch zeitlich begrenztes Engagement in Projekten, Bürger- und Stadtinitiativen oder Organisationskomitees, das als „temporäre Organisiertheit“ bezeichnet wird. Beide Formen spielen für die Stärke der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle, jedoch wird das ungebundene Engagement in mittel- und osteuropäischen Gesellschaften stärker wahrgenommen, da dieses in Zusammenhang mit den Erfahrungen aus dem Ende der Sowjetzeit gebracht wird.[26]

2.2 Demokratisierung

Die dritte Demokratisierungswelle ab Mitte der 1970er Jahre in Südeuropa, Ostasien, Lateinamerika und vor allem der Zerfall der kommunistischen Regime Osteuropas in den 1980er Jahren waren gefolgt von einer Flut an

[25] vgl. Banakh (2013: 171ff)
[26] vgl. Welzel (1999: 212ff)

sozialwissenschaftlichen Transformationsanalysen. Unter Transformation wird nicht nur der Wechsel eines politischen Systems, sondern auch der der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungen verstanden. Post-kommunistische Transformationsprozesse beschreiben diejenigen Umwandlungs-prozesse, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa einsetzten und eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation mit sich bringen. Gemeint ist der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie und von der Zwangswirtschaft zu freier Marktwirtschaft, ebenso wie der Wandel von geschlossenen zu offenen Gesellschaften und die Formierung der Zivilgesellschaft.[27] Dieser Umwandlungs-prozess vollzieht sich idealerweise Schritt für Schritt, angefangen mit dem politischen System und darauffolgend mit anderen Teilsystemen. Was sich in Westeuropa als tiefgreifender Prozess über Jahrhunderte vollzogen hat, verlief in Mittel- und Osteuropa, trotz territorialer Probleme und noch nicht abgeschlossener Staatsbildungsprozesse, parallel und innerhalb weniger Jahre. Dies zeigt auch die Spezifik und Komplexität der postkommunistischen Transformation, die sich von allen anderen Systemwechseln unterscheidet. Die parallel verlaufenden Wandlungsprozesse auf allen drei Ebenen werden auch als *„Dilemma der Gleichzeitigkeit“*[28] bezeichnet.

Die Transformationsforschung unterscheidet drei Phasen der politischen Transformation, in denen unterschiedliche Wirkungsmechanismen zum Tragen kommen. Zunächst kommt es in der *Liberalisierungsphase* zur vorsichtigen Öffnung des alten Regimes und zum Abbau repressiver Funktionen des Staates. Es folgen ein Zusammenbruch des alten politischen Regimes sowie ein Machtwechsel, dem unterschiedliche Ursachenkomplexe zugrunde liegen können. Wolfgang Merkel unterscheidet zwischen systeminternen (z.B. Legitimitätsverlust aufgrund wirtschaftlicher Ineffizienz oder politischer Schlüssel-ereignisse) und systemexternen Ursachen (z.B. Kriegsniederlage oder Wegfall externer Unterstützung). Ebenso lassen sich sechs idealtypische Verlaufsformen

[27] vgl. Merkel (2010: 324)
[28] Offe (1991: 280f)

für die Ablösung autokratischer Systeme ausmachen: eine langandauernde Evolution, ein von alten Eliten gelenkter, von unten erzwungener oder ausgehandelter Systemwechsel, ein Regimekollaps oder ein Zerfall und die Neubildung von Staaten.[29]

Die darauffolgende *Demokratisierungsphase* beginnt mit der Übertragung der politischen Macht von alten politischen Eliten auf institutionelle Prozesse. Institutionelle Strukturen entstehen, demokratischer Wettbewerb wird eingeführt sowie demokratische Wahlen durchgeführt. Die Demokratisierungsphase endet mit der Verabschiedung einer demokratischen Verfassung, die *„die politischen Entscheidungsverfahren verbindlich normiert".*[30] Jedoch muss angemerkt werden, dass die oben beschriebenen Phasen sich zeitlich überschneiden, parallel verlaufen oder gar ihre Reihenfolge wechseln können.

Die dritte und letzte Phase des politischen Systemwechsels ist die *Konsolidierungsphase*. In dieser Phase müssen die neu entstandenen bzw. umstrukturierten Institutionen und demokratischen „Spielregeln" an Legitimität und Stabilität gewinnen. Auch hier differenziert Merkel die Konsolidierung der Demokratie auf vier Ebenen: die konstitutionelle Konsolidierung (Verfassungsinstitutionen), die repräsentative Konsolidierung (politische AkteurInnen), die Verhaltenskonsolidierung (informelle politische AkteurInnen) und die Konsolidierung der Bürgergesellschaft (Zivilgesellschaft).[31] Ein System gilt erst als demokratisch konsolidiert, wenn alle Ebenen erfüllt sind, wobei die Konsolidierung der letzten Ebene am längsten dauert. *„Erst dann haben wir es mit einer weitgehend krisenresistenten Demokratie zu tun, deren Existenz nicht von kurzfristigen ökonomischen, sozialen und politischen Krisen gefährdet wird".*[32]

Jedoch ist nicht auszuschließen, dass die Transformation auch anders verlaufen kann. Ebenso kann auf dem Weg zur Demokratie ein Rückschritt in Richtung Restauration eines autoritären Regimes erfolgen oder können - durch stockende

[29] vgl. Merkel (2010: 98ff)
[30] Merkel (2010: 105)
[31] vgl. Merkel (2010: 112ff)
[32] Merkel (2010: 127)

Konsolidierungsprozesse - Zwischenphasen bzw. politische *„Grauzonen“*[33] entstehen. Auch die Ukraine befindet sich in einer solchen Phase und wird deshalb bis heute als „defekte Demokratie“ bezeichnet.

2.3 Die Rolle der Zivilgesellschaft im Transformationsprozess

Postkommunistischen Zivilgesellschaften wird ein Funktionswandel innerhalb der einzelnen Transformationsphasen zugesprochen. Trotz des offenen und dynamischen Zivilgesellschaftskonzepts von Merkel und Lauth, erfüllen Zivilgesellschaften nicht alle postulierten Merkmale und Kriterien und können somit in unterschiedliche demokratische Subtypen kategorisiert werden. Lauth spricht von einer ambivalenten, einer reflexiven und einer strategischen Zivilgesellschaft[34], wobei erstere als demokratieproblematisch bezeichnet wird.

Eine strategische Zivilgesellschaft ist vor allem zu Beginn des Transformationsprozesses und eine reflexive Zivilgesellschaft in der Konsolidierungsphase junger Demokratien am günstigsten. Vor allem die ambivalente Zivilgesellschaft bringt die oben erwähnten negativen Faktoren zum Ausdruck, da zwischen ihren Akteuren eine hohe Konfliktintensität besteht, die wiederrum die Stabilität junger Demokratien gefährden kann. Eine strategische Zivilgesellschaft hingegen zeigt wenig Konfliktpotenzial zwischen ihren Akteuren auf, ist aber durchaus hierarchisch strukturiert, wie es z.B. Kirchen oder Gewerkschaften aufweisen. Mit dem Staat besteht wenig Kooperation, eher wird die Kontrolle der politischen Herrschaft angestrebt. Gerade diese eher autoritär strukturierte Zivilgesellschaft erweist höchstes strategisches Handlungspotenzial, das zu Beginn der Systemtransformation äußerst wichtig ist. Ein reflexiver Typus hätte in dieser Phase nicht dieselbe Wirkung, da sich dieser nicht als Opposition zum Staat, sondern als *„kritisches Korrektiv“*[35] versteht. In der Konsolidierungsphase hingegen bildet die rechtsstaatliche Demokratie den Rahmen für zivilgesellschaftliches Handeln. Eine reflexive Zivilgesellschaft dient nun als Garant

[33] Carothers (2002: 9)
[34] vgl. Lauth (2003: 44f)
[35] Lauth (2003: 45)

für demokratische Prinzipien. Gegensätzliche Partikularinteressen und daraus entstehende gesellschaftliche Konflikte werden verstanden als

> *„Ergebnis der pluralistischen Ausdifferenzierung der zivilgesellschaftlichen Sphäre und damit zugleich [als] ein wesentlicher Ausdruck der demokratischen Interessens-vermittlung. […] Allerdings darf damit der gesellschaftliche Basiskonsens nicht aufgehoben werden, der auf der Akzeptanz demokratischer Verfahren und der sie tragenden Werte beruht".*[36]

Postkommunistischen Zivilgesellschaften wird nach dem Systemwechsel jedoch ein Bedeutungsverlust unterstellt. Dieser ist einerseits auf die Erreichung ihres Zieles – die Abschaffung des alten autoritären Regimes – und andererseits auf die Umwandlung in politische Parteien von Teilen der Zivilgesellschaft zurückzuführen.[37] Untersuchungen, wie die von D'Anierei, Kravchuk und Kuzio (1999) zeigen, dass die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft diesem Entwicklungsverlauf zu Beginn der Transformation teilweise folgte. In der Liberalisierungsphase trug das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure zwar wesentlich zum Erstarken der Oppositionsbewegung bei. Eine Schlüsselrolle während des Regimewechsels kam der ukrainischen Zivilgesellschaft allerdings nicht zu, da sich der Systemwechsel eher durch ein Umschwenken der kommunistischen Elite als durch beachtlichen Druck zivilgesellschaftlicher Akteure „von unten" vollzog.[38] Die Demokratisierungsphase war, wie postuliert, von geringem zivilgesellschaftlichen Engagement und einer insgesamt schwachen Zivilgesellschaft geprägt. Da die demokratische Konsolidierung in der Ukraine noch nicht abgeschlossen ist, bleibt die Frage nach der Bedeutung der Zivilgesellschaft für diese Phase bestehen. Die Revolutionen von 2004 und 2013 zeigen, trotz der erwarteten Stagnation, ein Erstarken der ukrainischen Zivilgesellschaft.

---

[36] Merkel/Lauth (1998: 10)
[37] vgl. Croissant/Lauth/Merkel (2000: 33ff)
[38] D'Anierei/Kravchuk/Kuzio (1999)

2.3.1 Die „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft

Obwohl in den Theorietraditionen vor allem die demokratiefördernden Funktionen pluralistischer Zivilgesellschaften betont und negative Einflüsse auf die Demokratie / Demokratisierung meist ausgeblendet werden, dürfen diese jedoch nicht unterschätzt werden. Denn eine Zivilgesellschaft besteht aus heterogenen Akteuren mit unterschiedlichen Werten, Interessen und Weltanschauungen, was wiederrum auch zu Konflikten führen kann. Vor allem ethnische und religiöse Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft können zur Spaltung zivilgesellschaftlicher Gruppen und teilweise auch zu gewaltsamen Konflikten führen. Somit ist Zivilgesellschaft nicht per se demokratiefördernd, sondern kann auch negative Auswirkungen auf die Konsolidierungschancen junger Demokratien haben.[39]

Auch Forbrig betont, dass das Handeln der Zivilgesellschaft und dessen Auswirkungen auf die Demokratie bzw. auf den Demokratisierungsprozess nicht immer von positiver Natur sind. Er verweist auf folgende dysfunktionale Aspekte der Zivilgesellschaft:

Politische Kooptation: sowohl für politische AkteurInnen, als auch für zivilgesellschaftliche Organisationen bieten gegenseitige Kooperationen oder gar Bündnisse einige Vorteile. Für politische AkteurInnen stellt eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Möglichkeit dar, ihre politischen Agenden in der Gesellschaft zu verankern und somit weiter an Legitimität innerhalb der Bevölkerung zu gewinnen. Im Gegenzug werden die kooperierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen beim Zugang zu Informationen sowie bei der Verteilung von öffentlichen Geldern und anderen Ressourcen bevorzugt behandelt. Da auch unter zivilgesellschaftlichen Organisationen Konkurrenz in Bezug auf politische Beachtung, gesellschaftliche Unterstützung und materielle Ressourcen herrscht, bietet ihnen eine enge Zusammenarbeit mit politischen Eliten somit ebenfalls große Anreize. Jedoch

[39] vgl. Lauth/Merkel (1997: 28)

birgt die politische Kooptation die Gefahr, dass die Zivilgesellschaft ihrer Rolle als „watchdog“ über die Ausübung staatlicher Macht nicht gerecht werden kann. Die Folge: anstatt den Staat und seine politischen AkteurInnen auf Einhaltung demokratischer Prozesse und Normen zu kontrollieren, können die zivil-gesellschaftlichen AkteurInnen selbst von den jeweiligen politischen Eliten zu deren Zwecken instrumentalisiert werden.[40]

Verdeckte Entscheidungsfindung: die Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Einbindung ihrer Partikularinteressen in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse stellt eine große Herausforderung für die Entscheidungsträger dar. Durch den organisierten Druck wird eine breitere Auswahl an Interessen miteinbezogen, was wiederrum zu komplexeren Verhandlungs- und Entscheidungsfindungsprozessen führt. Dies erschwert politischen AkteurInnen alle Interessenlagen innerhalb bestimmter Zeitlimits einzuschließen und zu Kompromisslösungen zu kommen. Oft sind die endgültigen Entscheidungen dann weit weg von den anfänglichen Verhandlungsvorhaben. Hinzu kommt die Schwierigkeit, diese komplexen Verhandlungsdynamiken sowohl den unterschiedlichen involvierten zivilgesellschaftlichen AkteurInnen also auch der breiten Bevölkerung verständlich darzustellen und somit die gesellschaftliche Legitimierung dieser Prozesse und deren Ergebnisse zu erreichen.[41]

Einseitige Interessensvertretung: obwohl es zunächst scheint, dass allen sozialen Gruppen die Möglichkeit geboten wird, ihre Interessen innerhalb zivil-gesellschaftlicher Organisationen zu artikulieren und in weiterer Folge den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen, gibt es bei genauerer Betrachtung große Unterschiede in der Interessensvertretung durch die Zivil-gesellschaft. Die Effektivität der Interessensmediation hängt stark von drei Faktoren ab: der strategischen Position innerhalb der Gesellschaft, den unterschiedlichen Organisations- und Durchsetzungsfähigkeiten und den Beziehungen und Zugängen zu politischen AkteurInnen und Prozessen der jeweiligen sozialen Gruppe. Da diese Faktoren zwischen den vielfältigen sozialen

[40] vgl. Forbrig (2003: 4)
[41] vgl. Forbrig (2003: 4-5)

Gruppen unterschiedlich ausgeprägt sind, kann es bei der Interessensvertretung durch zivilgesellschaftliche Organisationen zu Bevorzugungen bestimmter Gruppen kommen. Somit kann nicht immer von einer gleichwertigen Interessens-repräsentation durch die Zivilgesellschaft gesprochen werden.[42]

Gesellschaftliche Segregation: die Überbrückung sozialer Spannungen und Konfliktlinien wird Zivilgesellschaften meist als positiver Effekt angerechnet. Jedoch kann sich eine Gesellschaft auch entlang bestehender politischer, ökonomischer, sozialer oder kultureller Spaltungen und Konfliktlinien in mehrere Zivilgesellschaften aufsplittern und damit mehrere segregierte organisatorische Milieus bilden. Diese abgespalteten Zivilgesellschaften leben oft in kompletter Isolation zu anderen gesellschaftlichen Gruppen – vor allem ethnische, religiöse und sprachliche Differenzen innerhalb einer Gesellschaft können zu einer Abspaltung der jeweiligen Gruppen führen und dadurch bereits bestehende Konfliktlinien und die Ignoranz gegenüber anderen sozialen Gruppen weiter verstärken.[43]

Undemokratische Vorgänge, Ziele und Strategien: auch zivilgesellschaftliche Organisationen können strenge Hierarchien und autoritäre Strukturen aufweisen. Gerade bei großen Organisationen laufen interne Abläufe und Entscheidungs-prozesse nicht immer transparent für alle Mitglieder ab. Dabei können sowohl ihre Zielsetzungen als auch ihre Strategien demokratischen Werten und Normen teils oder gänzlich widersprechen. In solchen zivilgesellschaftlichen Institutionen findet eine demokratische Sozialisierung im Sinne Tocquevilles nicht statt. Schlimmer noch, die eingeübten undemokratischen Denkmuster und Verhaltensweisen der Mitglieder der jeweiligen zivilgesellschaftlichen Organisationen können dadurch in der Öffentlichkeit verbreitet und die Gesellschaft negativ beeinflusst werden.[44]

Mit Blick auf den Euromaidan spielen gerade diese negativen Aspekte der Zivilgesellschaft eine große Rolle im Hinblick auf die (Un-)Einigkeit der

---

[42] vgl. Forbrig (2003: 5)
[43] vgl. Lauth/Merkel (1997: 20); Forbrig (2003: 5-6)
[44] vgl. Forbrig (2003: 6)

ukrainischen Zivilgesellschaft. Hier führen vor allem ethnische Unterschiede und kulturelle Traditionen zu einer Spaltung der ukrainischen Zivilgesellschaft und auf dem Höhepunkt der Revolution 2013 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die in einigen Regionen der Ukraine bis heute andauern.

2.3.2 „Struktur- und funktionsprägende“ Faktoren der Zivilgesellschaft

In der Transformationsforschung herrscht Einigkeit darüber, dass Zivilgesellschaften nicht aus dem Nichts und ohne jegliche Einflüsse von außen entstehen können. Der historisch-traditionelle, kulturelle und regionale Kontext einer Gesellschaft spielen bei der Entwicklung einer Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Ob sie sich zu einer demokratiefördernden oder zu einer ambivalenten Zivilgesellschaft entwickeln und welche Organisations- und Handlungsspielräume sich ihnen bieten, hängt von mehreren Faktoren ab. Die einflussstärksten von ihnen sind laut Croissant, Lauth und Merkel folgende:[45]

- Die Institutionen und Strukturen autoritärer Regime
- Das sozio-kulturelle Erbe
- Die ökonomischen Umweltbedingungen der Transformation
- Die internationalen Einflussfaktoren

Je nach Kontext prägen diese vier Faktoren die zivilgesellschaftliche Entwicklungsdynamik in unterschiedlichem Maße. Wenn man die Genese einer bestimmten Zivilgesellschaft analysieren und verstehen will, dürfen diese Einflussfaktoren nicht außer Acht gelassen werden.

1. Die politischen Institutionen des autokratischen Regimes

Totalitäre und autoritäre Regime begrenzen den Entfaltungs- und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in erheblichem Maße. Viele Untersuchungen zeigen, dass Zivilgesellschaften *„während der autokratischen*

[45] Croissant/Lauth/Merkel (2000: 21)

Ära schwach, marginalisiert und politisch weitgehend einflußlos waren".[46] Wenn diese Regime jedoch anfangen zu bröckeln, nehmen zivilgesellschaftliche Aktivitäten stark zu, da die autokratischen Systeme nicht mehr in der Lage sind, ihre verhaltenssteuernde und repressive Kraft aufrechtzuerhalten. Auch wurde festgestellt, dass sowohl die Dauer als auch die institutionelle Stärke autoritärer bzw. totalitärer Herrschaftssysteme auf das Ausmaß der Organisations- und Handlungsspielräume postkommunistischer Zivilgesellschaften einwirken. Je länger also ein autokratisches Regime und dessen institutionelle Verankerung andauerten, desto schwieriger war es für die Zivilgesellschaft, sich nach dem Umbruch zu entfalten.

2. Das sozio-kulturelle Erbe

In welche Richtung und in welchem Ausmaß zivilgesellschaftliche Entwicklungsprozesse verlaufen, hängt auch von historischen Erfahrungen, Traditionen und Wertevorstellungen einer Gesellschaft ab. Bei Systemumbrüchen werden diese Traditionen oft mit dem Ziel der Unabhängigkeit und der nationalen Selbstbestimmung verknüpft und können dadurch stärker revitalisiert werden. Auch hier gilt, je kürzer die autoritäre Herrschaft war, desto leichter fällt es, an zivilgesellschaftliche Traditionen anzuknüpfen und sich in Richtung demokratiefördernde Zivilgesellschaft zu entwickeln. Wenn eine Gesellschaft jedoch ethnisch oder religiös gespalten ist, kann dies einen negativen Einfluss auf die Entwicklungschancen postautokratischer Zivilgesellschaften haben. Ethnisch segmentierte Gesellschaften weisen oftmals ambivalente zivilgesellschaftliche Züge auf, in dem Sinne, dass *„sie die vertikale Fragmentierung der Gesellschaft verstärken, ethnische Minderheiten exkludieren und den liberalen Werten und Prinzipien von Rechtsstaat und Demokratie ein illiberales Gegenbild entgegenstellen".*[47]

---

[46] Croissant/Lauth/Merkel (2000: 22)
[47] Croissant/Lauth/Merkel (2000: 27)

Trotzdem können solche nationalistischen bzw. ethnisch-fragmentierten Organisationen auf dem Prinzip der Gleichheit und des Gemeinwohlgefühls – im Tocqueville'schen Verständnis – basieren und dennoch exkludierend wirken. Hier werden die für die Demokratie unverzichtbaren Werte, wie Fairness und Toleranz jedoch nicht vermittelt und die edukative und integrative Funktion der Zivilgesellschaft nicht erfüllt. Deshalb ist es wichtig zu differenzieren, ob zivilgesellschaftliche Organisationen *„staatsbürgerliches Kapital für die Gesamtgesellschaft [oder] soziales Kapital nur für ethnisch oder religiös segmentierte Gemeinschaften exklusiv produzieren".*[48]

3. Die sozio-ökonomischen Umweltbedingungen

Auch das sozio-ökonomische Entwicklungsniveau eines Landes spielt bei der Stärke zivilgesellschaftlichen Engagements eine nicht unbedeutende Rolle. Zwei Thesen konkurrieren hierbei innerhalb des Zivilgesellschaftsdiskurses: einerseits besagt die modernisierungstheoretische These, dass ökonomisch stärker aufgestellte Staaten bessere Entfaltungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Aktivitäten bieten und somit gesellschaftlicher Pluralismus erzeugt wird. Im Gegensatz dazu steht der zweite Entwicklungsweg, der nicht auf Wohlstand basiert, sondern auf Krisen und staatlicher Repression. Ein Beispiel hierfür sind viele afrikanische Länder, in denen gerade die schwierige sozio-ökonomische Lage und staatliche Unterdrückung ein Stimulus für die Herausbildung der Zivilgesellschaft darstellte. Zivilgesellschaftliche Netzwerke fungierten hier teilweise als Ersatz des staatlichen Apparates und als Vermittler zwischen Staat und BürgerInnen. In den osteuropäischen Staaten hingegen bietet sich ein zwiespältiges Bild: ein hohes Bildungsniveau auf der einen und der Einbruch der Wirtschaft nach dem Zusammenbruch des Kommunismus auf der anderen Seite. Somit waren zwar die kognitiven Ressourcen für eine zivilgesellschaftliche Entfaltung gegeben, die ökonomischen Rahmenbedingungen zwangen die

[48] Croissant/Lauth/Merkel (2000: 27)

Menschen jedoch dazu, sich um ihre privaten existentiellen Angelegenheiten zu kümmern als um gemeinwohlorientierte Aktivitäten.[49]

4. Die internationalen Einflussfaktoren

Neben den institutionellen, sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Wirkungsfaktoren für die Herausbildung der Zivilgesellschaft eines Staates, sind als vierter und letzter Punkt die internationalen Einflussfaktoren zu nennen. Internationale Unterstützung wurde vor allem in den 1980er und 1990er Jahren verstärkt für Länder der „dritten Demokratisierungswelle“ eingesetzt. AkteurInnen und Geberorganisationen, wie UNO, UNDP, USAID, Weltbank, OSZE, EU und international agierende NGOs etc., boten zunächst finanzielle Unterstützungsleistungen, später auch Trainings- und Schulungsmaßnahmen, um den Wissenstransfer zu fördern. Ziel der internationalen Geberorganisationen war es auch, demokratische Werte und Normen zu tradieren und so die Transformationsländer in Richtung Demokratie zu führen. Diese externe Unterstützung setzte wichtige Impulse bei der Genese der Zivilgesellschaften vieler Transformationsstaaten.[50]

Auch wenn die Unterstützung der internationalen Geberorganisationen einen unbestreitbar positiven Effekt auf die Entwicklungsdynamiken post-kommunistischer Zivilgesellschaften hatte, kommt dennoch immer wieder Kritik aus wissenschaftlichen Kreisen auf. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen die finanzielle Abhängigkeit, die die internationalen Subventionen verursachen. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen konkurrieren um finanzielle Mittel und tendieren oftmals dazu, ihre Ziele und Tätigkeiten an die Anforderung der internationalen Geldgeber anzupassen, um mehr Unterstützung zu beziehen. Dabei würden einerseits die Bedürfnisse der Bevölkerung außer Acht gelassen, andererseits verhindert dieser Konkurrenzkampf auch die Kooperation lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen untereinander und begrenzt damit auch den Entfaltungsspielraum der Zivilgesellschaft.[51]

---

[49] vgl. Croissant/Lauth/Merkel (2000: 27-30)
[50] vgl. Croissant/Lauth/Merkel (2000: 30-32)
[51] vgl. Fagan (2006: 115ff)

3. Die Genese der ukrainischen Zivilgesellschaft

Die Ukraine galt nach ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1991 vor allem unter westlichen Beobachtern als Hoffnungsträger der postkommunistischen Transformation. Die Annahme, dass sich die Ukraine ohne Verzögerungen in Richtung konsolidierte Demokratie transformiert, wich jedoch bereits nach kurzer Zeit der ernüchternden Tatsache, dass die Ukraine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht nur eine demokratische und ökonomische Transformation gleichzeitig bewältigen, sondern nach jahrhundertlang andauernder Fremdherrschaft auch einen eigenen Staat aufbauen sowie eine eigene nationale Identität samt vitaler Zivilgesellschaft entwickeln musste. Dieses sog. *„Dilemma der Gleichzeitigkeit"*[52] bzw. die sog. *„Quadruple Transition"*[53] war unmöglich innerhalb so kurzer Zeit zu bewältigen, sodass in der Ukraine zwar eine formale Demokratie entstand, diese jedoch durch Einschränkungen grundlegender demokratischer Rechte, wie Presse- und Versammlungsfreiheit etc., gekennzeichnet war. Zurückzuführen ist die Entstehung dieses defekten Systems vor allem auf die kulturhistorische, regionale, sprachliche und ethnische Heterogenität des Landes.

Dem zweitgrößten Staat Europas mit knapp 46 Millionen Einwohnern[54] fehlt es an Erfahrungen mit staatlicher Eigenständigkeit: das Territorium der Ukraine war zunächst auf mehrere Staaten aufgeteilt (die heutige Westukraine war nacheinander Teil Litauens, Polens und Österreich-Ungarns), bevor der Großteil der Gebiete 1922 unter sowjetische Herrschaft fiel. Die westlichen Gebiete hingegen wurden 1919 nochmals von Polen beansprucht und erst 1939 nach dem Hitler-Stalin-Pakt von der Sowjetunion annektiert. Sowohl die „Russifizierung" ukrainischer Eliten als auch die postsowjetische Elitenkontinuität verhinderten eine vollständige politische, ökonomische sowie gesellschaftliche Transformation in der Ukraine. Die Geschichte machte aus der Ukraine auch einen Vielvölkerstaat. Ca. 78% der Bevölkerung sind ethnische Ukrainer, 17% bilden

[52] Offe (1991: 280)
[53] D'Anieri/ Kravchuk/ Kuzio (1999: 3)
[54] Freedom House: Nations in Transit 2014 - Ukraine

ethnische Russen, die vorwiegend im östlichen Teil der Ukraine leben. Weitere 100 Nationalitäten, darunter Polen, Krimtataren, Weißrussen und Deutschstämmige etc., bereichern die ukrainische Bevölkerung.[55]

Diese Multikulturalität führte aber gleichzeitig zu einer Spaltung des Landes entlang ethnischer Konfliktlinien und dazu, dass die Herausbildung einer nationalen Identität verzögert oder gar verhindert wird.[56] Auch wenn viele Kulturen im Land leben, ist die Ukraine vorwiegend ein bi-ethnischer Staat. Ebenso kann der ukrainische Staat als bi-linguistisch bezeichnet werden, da die ukrainische und die russische Sprache aufgrund der Historie des Landes im Alltag fast die gleiche Popularität genießen. Diese kulturelle und ethnische Spaltung wird auch auf regionale und ökonomische Unterschiede überlagert. Unter grober Betrachtung leben in den westlichen Regionen des Landes vorwiegend Ukrainisch sprechende ethnische UkrainerInnen, die vielfach Landwirtschaft betreiben, während der Süden und Osten der Ukraine durch stark industrialisierte Wirtschaft charakterisiert und größtenteils von Russisch sprechenden ethnischen RussInnen besiedelt ist.[57] Auch wenn diese Ansicht nicht generalisiert werden kann, spiegelt diese Spaltung vorherrschende Konfliktlinien wider, die durch die Historie des Landes ausgelöst wurden und durch bestimmte Ereignisse verstärkt werden können. Wenn nun eine Nation nicht vereint ist und keine Solidarität zwischen den BürgerInnen dieser Nation herrscht, kann es dann eine Zivilgesellschaft geben, die sich für die Anliegen all ihrer BürgerInnen einsetzt?

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die ukrainische Zivilgesellschaft unter solch schwierigen Bedingungen entfalten konnte. Wo liegen die Ursprünge der Zivilgesellschaft in der Ukraine und wie sieht ihr Entwicklungsweg aus?

---

[55] vgl. Simon (2002: 7f)
[56] vgl. Riabchuk (2012: 441f)
[57] vgl. Shulman (2006: 250)

Liberalisierung

Da zivilgesellschaftliche Aktivitäten während des sowjetischen Regimes weitestgehend unterdrückt wurden, war die Zivilgesellschaft zwangsweise homogen ausgeprägt und hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die politische Sphäre. Erst im Zuge der Perestroika[58] unter Michail Gorbatschow ab Mitte der 1980er Jahre entstanden bzw. blühten die ersten zivilgesellschaftlichen Oppositionsbewegungen wieder auf. Der unterschiedliche historische Verlauf der einzelnen Regionen führte dazu, dass die Wurzeln der Zivilgesellschaft in der Westukraine bis zur Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie Ende des 19. Jahrhunderts zurückgehen, wohingegen in der Ostukraine keine Erinnerungen an zivilgesellschaftliche Hinterlassenschaften vorhanden waren. Und dennoch: *„The Soviet totalitarian system destroyed all vestiges of an already weak society in eastern and southern Ukraine and undermined that in western region as well".*[59]

Ein entscheidendes Ereignis, das erstmals zur Mobilisierung der ukrainischen Bevölkerung führte, war die Katastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986. Die Verharmlosung dieser Katastrophe sowie verzögerte Sicherungsmaßnahmen durch die sowjetische Regierung lösten eine Oppositionsbewegung aus, die sich gegen das sowjetische Zentrum in Moskau richtete. Weitere Forderungen der nationalen Bewegung waren u.a. die Wiederzulassung der Ukrainisch-Katholischen Kirche in Galizien und eine sprachliche Ukrainisierung.[60]

1989 schlossen sich unterschiedliche oppositionelle Kräfte - darunter auch antisowjetische Dissidenten - schließlich zur „Volksbewegung der Ukraine für den Umbau" (ukrainisch: *Ruch*) zusammen. Ruch gelang es, die Massen zu mobilisieren und somit zur nationalen Unabhängigkeitsbewegung anzuwachsen, die die Politik in der Ukraine deutlich beeinflusste. *„Bereits zum Jahresbeginn*

---

[58] Perestroika meint die ab 1986 von Michail Gorbatschow eingeleitete Reformpolitik, die zur Modernisierung des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems der Sowjetunion führen sollte. In diesem Zusammenhang steht auch das Schlagwort Glasnost, das die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit aufheben und damit auch eine Demokratisierung des Staates herbeiführen sollte.

[59] D'Anieri/ Kravchuk/ Kuzio (1999: 141)

[60] vgl. Kappeler (2014 [1994]: 247ff)

1990 wurde das Ukrainische zur Staatssprache erklärt. Entscheidend für die weitere Entwicklung war, dass Teile der alten Partei-Elite wesentliche Punkte des Programms von Ruch übernahmen und ebenfalls Kurs auf die Unabhängigkeit der Ukraine nahmen".[61] Ein weiterer wichtiger Etappensieg auf dem Weg zur Unabhängigkeit der Ukraine war der durch einen Studentenstreik erzwungene Rücktritt des kommunistischen Ministerpräsidenten im Oktober 1990. Nach dem Scheitern des Putsches in Moskau 1991, erklärte neben zahlreichen anderen Sowjetrepubliken nun auch die Ukraine ihre Unabhängigkeit. Leitfigur der nationalen Unabhängigkeitsbewegung war Leonid Krawtschuk, der 1991 schließlich zum ersten Staatspräsidenten der Ukraine gewählt wurde.[62]

Die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft während der Phase der Liberalisierung entspricht größtenteils dem von Croissant/ Lauth/ Merkel beschriebenen Entwicklungsverlauf der Zivilgesellschaft zu Beginn einer Transformation. Neu erworbene Freiheiten der ukrainischen Bevölkerung durch Perestroika und Glasnost ermöglichten ein Aufblühen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und ein Erstarken der nationalen Oppositionsbewegung. Viele Forderungen konnten durch zivilgesellschaftliches Engagement durchgesetzt werden. Die ukrainische Zivilgesellschaft kann in dieser Phase als strategisch handelnde Kraft bezeichnet werden, die sich zu Beginn der Transformation zunächst als Opposition gegen den Staat versteht. Von den von Merkel und Lauth aufgestellten fünf Funktionsleistungen der Zivilgesellschaft, ist vor allem die Lockesche Schutzfunktion in der Liberalisierungsphase der Ukraine am deutlichsten ausgeprägt. Jedoch ist auch festzustellen, dass die Zivilgesellschaft beim Regimewechsel keine entscheidende Rolle spielte, da sich dieser eher durch ein Umschwenken der alten kommunistischen Elite vollzog.

[61] Kappeler (2014 [1994]: 251)
[62] vgl. Simon (2002: 10f)

Demokratisierung

Die Demokratisierung der Ukraine begann mit ihrer Unabhängigkeit 1991. Der Übergang vom autokratischen zu einem demokratischen System war allerdings durch politische und wirtschaftliche Krisen gekennzeichnet. Auf der einen Seite waren heftige innenpolitische Auseinandersetzungen ein Grund, weshalb die ukrainische Verfassung erst 1996 verabschiedet wurde. Zudem wurde Krawtschuk bei den zweiten Präsidentschaftswahlen 1994 von seinem ehemaligen Premierminister Leonid Kutschma besiegt, der das Amt des Staatspräsidenten daraufhin antrat. Auf der anderen Seite stand die Wirtschaftskrise, die die Verarmung großer Teile der Bevölkerung zur Folge hatte. Die Unzufriedenheit der BürgerInnen stieg und löste Protest- und Streikbewegungen, u.a. in den Kohlebergwerken des Donbass, aus. Trotz des hohen zivilgesellschaftlichen Drucks, blieben notwenige wirtschaftliche Reformen auch während der ersten Amtsperiode Kutschmas aus.[63]

Politische und ökonomische Reformprozesse stagnierten, die politische Spitze der Ukraine hatte somit auch wenig Interesse daran, die ukrainische Zivilgesellschaft zu unterstützen und damit zu ihrer Stärkung beizutragen. *„A robust civil society at a time of socio-economic crisis may not be welcomed to the Ukrainian authorities. Such a civil society would protect society from authoritarianism, make the authorities more accountable, and increase the danger of exposure and prosecution of corrupt practices".*[64] Der Aufstieg ukrainischer Oligarchen begann mit dem Zerfall der Sowjetunion. Vor allem der Handel mit Gütern und Rohstoffen sowie Finanzgeschäfte stellten die ersten Profitquellen dar. Enge Beziehungen zur Regierung waren wichtig, um profitable Geschäfte betreiben und auszubauen zu können und gleichzeitig erheblichen Einfluss auf die Politik aufzubauen. Im Gegenzug profitierte auch die Politik von der Unterstützung der Oligarchie.[65] Das politische System der Ukraine war somit geprägt von Korruption und Klientelismus, sodass auch die Oligarchen keine Etablierung einer starken

[63] vgl. Simon (2002: 18ff)
[64] D'Anieri/ Kravchuk/ Kuzio (1999: 146)
[65] vgl. Halling (2014)

ukrainischen Zivilgesellschaft anstrebten. Um dies zu verhindern, gründeten die Oligarchen teilweise eigene zivilgesellschaftliche Vereinigungen oder finanzierten bereits bestehende, um diese schließlich im politischen Wahlkampf zu ihren Gunsten zu nutzen. Das Vertrauen in zivilgesellschaftliche Vereinigungen war daher auch gering ausgeprägt, da eine Unabhängigkeit von der politischen und wirtschaftlichen Elite nicht eindeutig gegeben war. Dies verdeutlichen auch Umfragen von 1994 bis 1997, dass in dieser Zeit etwa 88% der UkrainerInnen kein Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation waren.[66]

Ein weiterer wichtiger Grund für das geringe zivilgesellschaftliche Engagement Anfang der 1990er Jahre war die rechtliche Lage: erst 1996 wurden Prinzipien wie Meinungs- und Pressefreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit durch die Verfassung garantiert – diese Rechte galten jedoch nur auf dem Papier, in Realität wurden sie nicht immer gewährleistet, da zivilgesellschaftliche Aktivitäten für Politik und Wirtschaft oftmals ein Hindernis darstellten. Dadurch wurde nicht nur die Neugründung von NGOs erschwert, auch die finanzielle Unterstützung des Staates war nur für einige wenige NGOs zugänglich.[67]

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement der ukrainischen Bevölkerung in der Demokratisierungsphase gering war. Vor allem die wirtschaftliche Situation, aber auch ein Misstrauen in zivilgesellschaftliche Vereinigungen und Gewerkschaften führte dazu, dass der Großteil der UkrainerInnen zivilgesellschaftlich inaktiv blieb. Die Phase der Demokratisierung in der Ukraine verlief – wie von Croissant/ Lauth/ Merkel beschrieben – ohne erheblichen Einfluss der ukrainischen Zivilgesellschaft. Sie verlor nach der Unabhängigkeit das Ziel, das sie einte und die Hoffnungen, die die UkrainerInnen in die neue politische Elite gesetzt hatten, wurden zudem vom Verlauf des Demokratisierungsprozesses bitter enttäuscht. Aufgrund der geringen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten dieser Jahre, kann die ukrainische Zivilgesellschaft nicht eindeutig als reflexiv, strategisch oder ambivalent handelnd kategorisiert werden.

---

[66] vgl. D'Anieri/ Kravtchuk/ Kuzio (1999: 147)
[67] vgl. Freedom House: Nations in Transit 1998 – Ukraine

Ihrer Aufgabe, mit staatlichen Institutionen zusammenzuarbeiten und dadurch zur Etablierung der demokratischen Ordnung beizutragen, wird die Zivilgesellschaft in der Ukraine der 1990er Jahre nicht gerecht. Auch wenn die ukrainische Zivilgesellschaft in der Demokratisierungsphase nicht mehr als direkte Opposition zum Staat steht, so hat ihre Schwäche in dieser Phase zur Folge, dass sich bei den Präsidentschaftswahlen 1999 durch Wahlfälschung und Korruption erneut Leonid Kutschma durchsetzen konnte.

Konsolidierung

Auch nach seiner Wiederwahl 1999 versuchte Leonid Kutschma, seine Machtbasis zu verbreitern und ein semi-präsidentielles System aufzubauen. *„Zentrales Merkmal der zehnjährigen Präsidentschaft Leonid Kučmas waren die ständigen Versuche der institutionellen Machtvergrößerung und –sicherung, die sich zunehmend repressiver und illegaler Regierungspraktiken bedienten sowie der starke formelle und informelle Einfluß der Oligarchen“.*[68] Trotz der autokratischen Strukturen und des systematischen Klientelismus herrschte innerhalb der Bevölkerung Hinnahme und Resignation. Zwar konnte die politische Opposition verhindern, dass Kutschma im Jahr 2000 die von ihm geforderte Verfassungsänderungen durchsetzen und seine Kompetenzen dadurch erweitern konnte, dennoch kontrollierte der Präsident die Regionalverwaltung sowie die Medien und hegte enge Beziehungen zur wirtschaftlichen Elite des Landes.[69]

Erst Ende 2000 löste das sog. „Kutschmagate“ eine Welle von Protesten aus. Im Raum stand der Vorwurf der Verstrickung in die Entführung und Ermordung des regimekritischen Journalisten Heorhij Gongadze. Belastende Tonbandaufnahmen wurden im November 2000 publik und lösten einen politischen Skandal aus. Diese Affäre führte zu einem enormen Vertrauensverlust des Präsidenten innerhalb der Bevölkerung, aber auch außerhalb der Ukraine. Rücktritts-forderungen der Opposition ließen nicht lange auf sich warten und auch die Öffentlichkeit konnte sich nach vielen Jahren der Untat endlich wieder

[68] Strasser (2006: 46)
[69] vgl. Kappeler (2014 [1994]: 259f)

mobilisieren. Die Demonstrationen fanden unter dem Slogan „Ukraine ohne Kutschma“ in Kiew und Lemberg statt, ohne jedoch auf das ganze Land überzugehen. Grund hierfür war u.a. die Kontrolle der Massenmedien durch den Präsidenten. Zudem gab es keine oppositionelle Alternative, da sich die Opposition nach dem Kutschmagate wieder in ihre Lager teilte und wenig zusammenarbeitete. Auch die Proteste der darauffolgenden zwei Jahre konnten dem amtierenden Präsidenten trotz Korruptions-, Bestechungs- und Veruntreuungsvorwürfen nicht viel anhaben.[70]

Erst 2003 vereinigte sich die Opposition bei den Vorbereitungen für die im Jahr 2004 anstehenden Präsidentschaftswahlen und forderte die ukrainische Bevölkerung mit der Kampagne „Erhebe dich, Ukraine!“ dazu auf, den oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Viktor Juschtschenko zu unterstützen. Diese Vereinigung kann auf die vorangegangenen Ereignisse und auf den Versuch Kutschmas, die Opposition im Jahr 2001 durch die Inhaftierung der Vize-Ministerpräsidentin für Energiefragen Julija Tymoschenko sowie durch die Entlassung Viktor Juschtschenkos als Premierminister zu zerschlagen, zurückgeführt werden. Die gewünschte Isolierung beider PolitikerInnen trat jedoch nicht ein. Tymoschenko bildete in einem Bündnis mit anderen Parteien den *Block Julija Tymoschenko* und Juschtschenko, ebenso als Wahlbündnis, die Oppositionspartei *Nascha Ukrajina (dt.: Unsere Ukraine)*, die sich gemeinsam gegen Kutschma und sein korruptes Regime stellten.[71]

Nicht nur Kutschma, dessen Wahlkampf größtenteils von Oligarchen finanziert wurde, und Tymoschenko, die selbst ihre Karriere im Dnepropetrovsker Clan begann, sondern auch Juschtschenko bediente sich oligarchischer Unterstützung, indem er einige oppositionelle Oligarchen, wie Petro Poroschenko, in seinen Wahlblock integrierte. Trotzdem galt Juschtschenko als moderat und unbestechlich und konnte so an Popularität und Zuspruch innerhalb der ukrainischen Bevölkerung gewinnen.[72]

---

[70] vgl. Simon (2002: 25)
[71] vgl. Strasser (2006: 53ff)
[72] vgl. Kappeler (2014: 261/262)

Und dennoch schien die ukrainische Zivilgesellschaft zu diesem Zeitpunkt in Passivität zu verharren und Kutschmas Machtspielchen zu tolerieren. Zwar flammten seit dem „Kutschmagate“ immer wieder Proteste auf, diese erwirkten jedoch keine großen Veränderungen im politischen System der Ukraine. Die Resignation der UkrainerInnen ist vor allem auf drei wesentliche Punkte zurückzuführen: erstens auf die schwache Organisiertheit der ukrainischen Zivilgesellschaft selbst und der Tatsache, dass 2003 nur rund 12% Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation waren[73], zweitens auf den blockierten Medienzugang, der eine Mobilisierung der Massen in allen Regionen der Ukraine verhinderte und drittens auf das mangelhafte und uneinige Wahlprogramm der Opposition, die nur das gemeinsame Ziel eines Machtwechsels, nicht aber konkrete gemeinsame politische Ziele präsentierten.[74] Von einer aktiven und vitalen ukrainischen Zivilgesellschaft konnte zu dieser Zeit also keine Rede sein.

Die Entwicklung des Dritten Sektors

Wie vorher bereits erläutert, wurde die Entwicklung einer partizipierenden Zivilgesellschaft während der Sowjetunion weitestgehend verhindert. Es gab zwar einige wenige Massenorganisationen, wie z.B. *komsomol*, eine Jugendorganisation, die junge Erwachsene für ihre Teilnahme in der kommunistischen Partei vorbereitete, die kommunistische Ideologie akzeptierte aber nur diejenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von der Staatspartei gegründet und kontrolliert wurden. Diese Organisationen dienten dazu, die ideologischen Ziele und Werte zu vermittelt und jegliche Kritik oder gar Widerstand zu unterbinden. Die Mitgliedschaft in solchen Organisationen *„was based mainly on obligation, obedience, and external conformity, rather than internal and voluntary initiatives“.*[75]

Mit der Unabhängigkeit der Ukraine und dem damit eingehenden dem Wegfall der sowjetischen Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten haben sich

[73] vgl. Soziologisches Institut der Nationalen Akademie der Wissenschaft der Ukraine (2010)
[74] vgl. Strasser (2006: 57)
[75] Howard (2003: 27)

allmählich auch von BürgerInnen initiierte zivilgesellschaftliche Organisationen herausgebildet und ihre Tätigkeit in diversen Bereichen aufgenommen. Ende der 1990er Jahre kam es zu einem regelrechten Gründungs-Boom von NGOs. Laut des Justizministeriums der Ukraine stieg die Zahl der NGO-Registrierungen zwischen den Jahren 1995 und 2000 von 4000 auf 30.000 an, im Jahr 2005 waren es bereits 41.000 und 2011 sogar knapp 80.000.[76] Auf den ersten Blick scheint die ukrainische Zivilgesellschaft bzw. dessen institutionalisierter Kern sehr engagiert und vital, jedoch wird angenommen, dass nur etwa 5% der registrierten NGOs auch aktiv sind, der Rest sind sog. „Karteileichen", die ihre Tätigkeit aufgegeben aber es nicht gemeldet haben. Aus diesem Grund fällt es schwer, ein umfassendes und detailliertes Bild des Dritten Sektors in der Ukraine zu erarbeiten und präzise Aussagen über ihren aktuellen Zustand zu formulieren.

Das Counterpart Creative Center führte zwischen 2002 und 2012 jährlich Erhebungen über die Dynamiken zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Ukraine durch, um den Entwicklungsstand der ukrainischen Zivilgesellschaft zu erforschen.[77] Hierbei wurden jedes Jahr rund 600 *(2012: 637)* Civil Society Organizations (im Folgenden CSOs genannt) in allen Regionen der Ukraine mittels Fragebogen u.a. über ihre Tätigkeitsbereiche und Zielgruppen, ihre organisatorische Entwicklung, externe Beziehungen und Zusammenarbeit, Finanzierungsquellen sowie über bestehende Probleme und Bedürfnisse befragt.

---

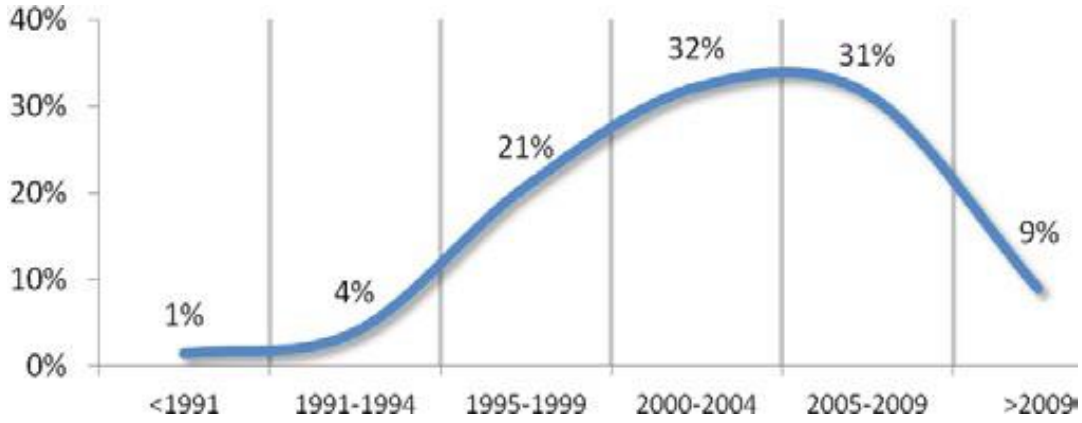
[76] vgl. Justiz Ministerium Ukraine

[77] Die Studie des Counterpart Creative Centers, die jährlich zwischen 2002 und 2012 (außer 2008 und 2010) mit dem Ziel, das Entwicklungslevel des Dritten Sektors der Ukraine zu definieren, durchgeführt wurde, hatte laut eigenen Angaben folgende Sampling-Kriterien: die CSO musste offiziell registriert sein, mind. zwei Jahre Erfahrung in der Projektimplementierung aufweisen, bereits zumindest zwei Projekte oder Programme implementiert haben und erfolgreiche Projekt-abschlüsse nachweisen können sowie in der Region bekannt sein. 58% der 2012 befragten CSOs haben bereits im Erhebungsprozess von 2002 bis 2010 teilgenommen, die restlichen 42% wurden anhand der Sampling-Kriterien neu ausgesucht und eingeladen, an dieser Studie teilzunehmen. Die Daten wurden mittels eines Fragebogens erhoben, der bereits 1998 entwickelt und 2002 zum ersten Mal eingesetzt wurde. 2008 wurde dieser überarbeitet und mit einigen neuen Fragen komplementiert. Die Feldforschung wurde von 21 Koordinatoren in alle Regionen der Ukraine (24 oblasts, die Autonome Republik der Krim und die Stadt Kiev) durchgeführt. Seit 2009 wird das Projekt von der "Ukraine National Initiatives to Enhance Reform" (UNITER) mit Unterstützung von USAID implementiert und finanziert.

Interne Beschaffenheit des Dritten Sektors

Zwischen Mai und Juni 2012 wurden 651 von teilnehmenden CSOs ausgefüllte Fragebögen eingesammelt, von denen 637 zugelassen und ausgewertet wurden. Von den 637 im Jahr 2012 befragten CSOs waren 564 (88%) öffentliche Organisationen und 74 (12%) Wohltätigkeitsorganisationen.[78] Wie Abb. 1 verdeutlicht, gab es zwischen 1991 und 2004 einen stetigen Anstieg an Registrierungen, wobei die meisten der befragten CSOs zwischen 2000 und 2004 ins Leben gerufen wurden. Als Gründungsmotive wurden vor allem zwei Aspekte genannt: das Potential, die Entwicklung der Gesellschaft zu beeinflussen (72%) und der Wunsch, anderen zu helfen (64%). Diese Zahlen sind zwischen 2002 und 2011 konstant geblieben.[79]

Abb. 1: NGO-Registrierungen

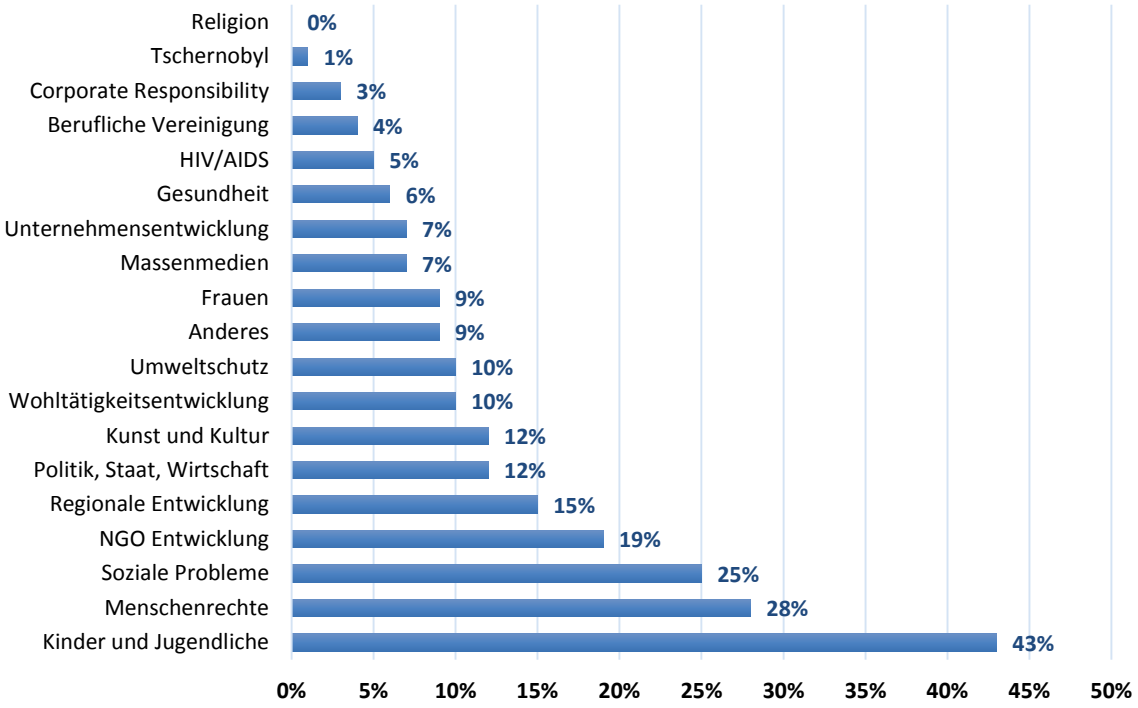


Betrachtet man die Haupttätigkeitsbereiche der Organisationen, sind es vor allem Kinder- und Jugendarbeit, Menschenrechte, Sozialarbeit und Bildung, die die größte Aufmerksamkeit erhalten. Ein Vergleich mit den Zahlen der Vorjahre zeigt, dass diese Bereiche seit 2002 konstant immer die meiste NGO-Aktivität aufweisen konnten. Andere Tätigkeitsbereiche sind z.B. NGO-Entwicklung, Politik/Staat/Wirtschaft, Kunst- und Kultur, Umweltschutz etc. (siehe Abb. 2).

[78] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 19)
[79] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 29/30)

Zu den zentralen Zielgruppen gehörten zwischen 2002 und 2011 durchgehend v.a. Jugendliche, Kinder und Studierende.[80]

Abb. 2: Hauptarbeitsbereiche 2011



In einem anderen Bereich sind allerdings deutliche Entwicklungsdynamiken zu erkennen: die Zahl der CSOs mit ständigen MitarbeiterInnen sank zwischen 2002 und 2011 stark. Während 2002 noch 64% der befragten CSOs angaben, feste MitarbeiterInnen zu beschäftigen, sind es 2011 nur noch 45%. Auch die Arbeit mit Freiwilligen erfuhr einen Abwärtstrend zwischen 2002 und 2011. Nur mehr 69% der CSOs arbeiteten 2011 mit Freiwilligen, darunter vor allem Studierende und Begünstigte des Programmes. 2002 waren es noch 78%.[81] Auch materielle Ressourcen, wie eigene Büroräumlichkeiten, Computer und Internetzugang, spielen sowohl bei der Projektimplementierung als auch beim Serviceangebot und bei der Kommunikation eine wichtige Rolle. Im Jahr 2002 besaßen 55% der CSOs

[80] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 21/25)
[81] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 34-37)

einen Computer, 47% hatten Internetzugang und nur 15% verfügten über eine eigene Homepage. Der Trend zur Digitalisierung und sinkende Preise führten in den letzten Jahren dazu, dass PCs, Laptops und das Internet verfügbarer und leistbarer wurden, sodass die Zahlen deutlich anstiegen. 2011 hatten bereits 82%, einen Computer, 79% Zugang zum Internet und 41% eine eigene Website.[82] Doch auch wenn dies als positiver Trend gesehen werden kann, haben ukrainische CSOs immer noch einige Probleme in den Bereichen Organisation und Professionalität, Glaubwürdigkeit und Akquisition von Mitgliedern, Zusammenarbeit mit dem Staat und Finanzierung.

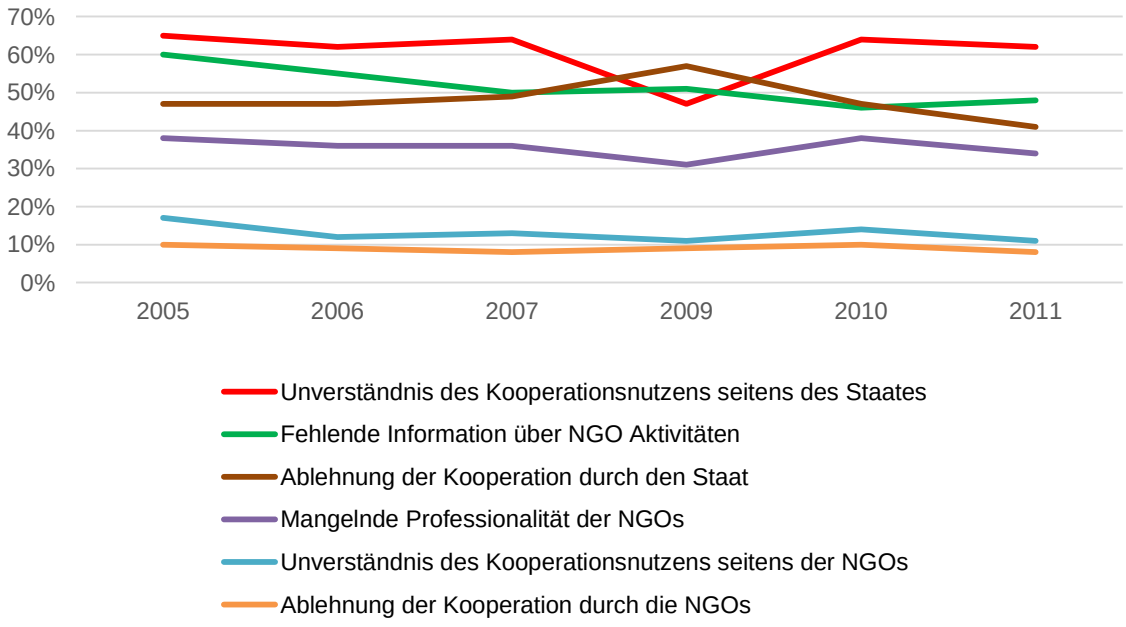
Externe Beziehungen und Zusammenarbeit

Kooperation mit dem Staat: Die Kooperation der CSOs mit der Regierung hat großen Einfluss auf ihre Kapazität, eine demokratische Gesellschaft zu vertreten. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der lokalen Regierung bietet vielen CSOs einerseits die Möglichkeit, die Finanzierung für ihre Arbeit aus lokalen Quellen zu gewinnen und andererseits auch die RegierungsvertreterInnen in ihre Arbeit zu involvieren und dadurch ihr Interesse an der Entwicklung der Organisation zu wecken. Denn nur durch effiziente Zusammenarbeit kann es den CSOs gelingen, die Staatspolitik zu beeinflussen und Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene zu erreichen. Im besten Falle beruht diese Kooperation auf Gegenseitigkeit, in dem Sinne, dass die Politik die Arbeit der CSOs unterstützt und versucht, die Probleme des Dritten Sektors zu lösen. Die Umfragen ergaben zwar, dass durchaus von beiden Seiten ein Kooperationswille besteht und die Organisationen bereits in unterschiedlichen Bereichen mit Regierungsstrukturen zusammenarbeiten, dennoch ist diese Zusammenarbeit oftmals begrenzt und nicht immer produktiv. Gefragt nach den Gründen für die mangelnde Zusammenarbeit zwischen ihrer Organisation und dem Staat[83] auf nationaler Ebene, gaben die CSOs 2011 vor allem das Unverständnis des Kooperationsnutzens seitens des Staates (62%), fehlende Information über NGO-Aktivitäten (48%) und die Ablehnung der Kooperation seitens des Staates (41%). Im Schnitt wählten 35% der befragten

[82] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 38/39)
[83] Mehrfachnennungen möglich

CSOs mangelnde Professionalität der NGOs aus. Eine Ablehnung oder Unverständnis seitens der CSOs hingegen werden eher weniger als Ursache gesehen (zwischen 8 und 15%). Bis auf das Jahr 2009 blieben die Werte relativ konstant (siehe Abb. 3). Auch bei der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene sind die Zahlen sehr ähnlich. Hier spielen informelle Beziehungen oft eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Kooperationspartner, was einseitige Vorteilsnahme und intransparente Entscheidungswege zur Folge haben kann.[84] Anzumerken ist jedoch, dass die fehlende Information über NGO-Aktivitäten auf lokaler Ebene seit 2009 deutlich gesunken ist, von 64% im Jahr 2009 auf 45% in 2010 und 2011.[85] Dies deutet - zumindest auf lokaler Ebene - auf eine positive Entwicklung hin. Die lokalen Behörden sind in den letzten Jahren informierter über die Aktivitäten der lokalen CSOs, was eine Kooperation wiederrum deutlich erleichtern kann.

Abb. 3: Ursachen für mangelnde Zusammenarbeit zwischen NGOs und Staat



[84] vgl. Luckfiel (2007: 4)
[85] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 49-52)

Kooperation mit anderen CSOs: nach Angaben der befragten CSOs, sind diese durchaus informiert über die Aktivitäten anderer CSOs mit gleichen oder ähnlichen Arbeitsbereichen, vor allem auf lokaler Ebene. 93% der Organisationen arbeiteten 2011 mit anderen CSOs zusammen, als wichtigste Art der Kooperation gilt der Informationsaustausch, gefolgt von gemeinsamen Aktivitäten und Meetings, gegenseitiger Beratung und Partnerprojekten. Vergleicht man die Zahlen jedoch mit den Vorjahren, ist auch hier ein negativer Trend zu beobachten. Bereits 2003 waren die Zahlen bei allen Kooperationsarten höher als 2011, sie stiegen bis 2007 nochmals deutlich an und erlebten dann einen starken Abwärtstrend (z.B. Informationsaustausch 2003: 89%, 2007: 98%, 2011: 82%).[86] Dies deutet darauf hin, dass auch die Kooperation zwischen CSOs immer noch unzureichend ist. Auch die Ursachen für die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den CSOs wurden vom Counterpart Creative Center erforscht. Hier liegen die Zahlen eng beieinander: für 48% der CSOs ist es die Arroganz der Führungskräfte anderer Organisationen, für 45% der Wettbewerb um Ressourcen und Finanzierungen, für 40% die mangelnde Professionalität anderer NGOs, 37% gaben mangelnde Informationen über die Aktivitäten anderer Organisationen und 29% Probleme, die während der Kooperation mit anderen NGOs auftraten als Gründe dafür an, dass die Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen trotz positiver Zahlen weiterhin auch begrenzt bleibt.[87]

Kooperation mit der Wirtschaft: die Zusammenarbeit mit UnternehmerInnen ermöglicht den Organisationen in erster Linie vorteilhafte Beziehungen aufzubauen und ihre Projekte zu finanzieren. Denn eine der wichtigsten Budgetquellen für CSOs ist die ukrainische Wirtschaft. Dies spiegeln die Angaben der CSOs deutlich wider: für 62% der 637 befragten Organisationen ist es die finanzielle und materielle Unterstützung und für 54% die Partnerschaft in einigen Aktivitäten, die die Kooperation begründen.[88] Die meist finanziellen Beziehungen und deren Probleme werden im nächsten Abschnitt genauer erläutert.

---

[86] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 53)
[87] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 54/55)
[88] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 56)

Kooperation mit den Medien: Kontakte zu Massenmedien spielen vor allem bei der Kommunikation mit der Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle. Einerseits zeigen die CSOs dadurch ihren Willen und ihre Fähigkeit, Informationen an die BürgerInnen weitergeben zu können und andererseits können sie somit auch die öffentliche Meinung zu wichtigen Themen beeinflussen. Sie erreichen nicht nur ihre eigenen Mitglieder, sondern auch die breite Masse und informieren gleichzeitig über ihre Aktivitäten, mit der Möglichkeit neue Mitglieder oder Financiers zu gewinnen. Der wichtigste Informationskanal für zivilgesellschaftliche Organisationen der Ukraine ist die Zeitung, gefolgt von Fernsehen und Radio. In den letzten Jahren hat - durch die zunehmende Verfügbarkeit des Internets – auch die eigene Website als Informationsquelle an Bedeutung gewonnen.[89]

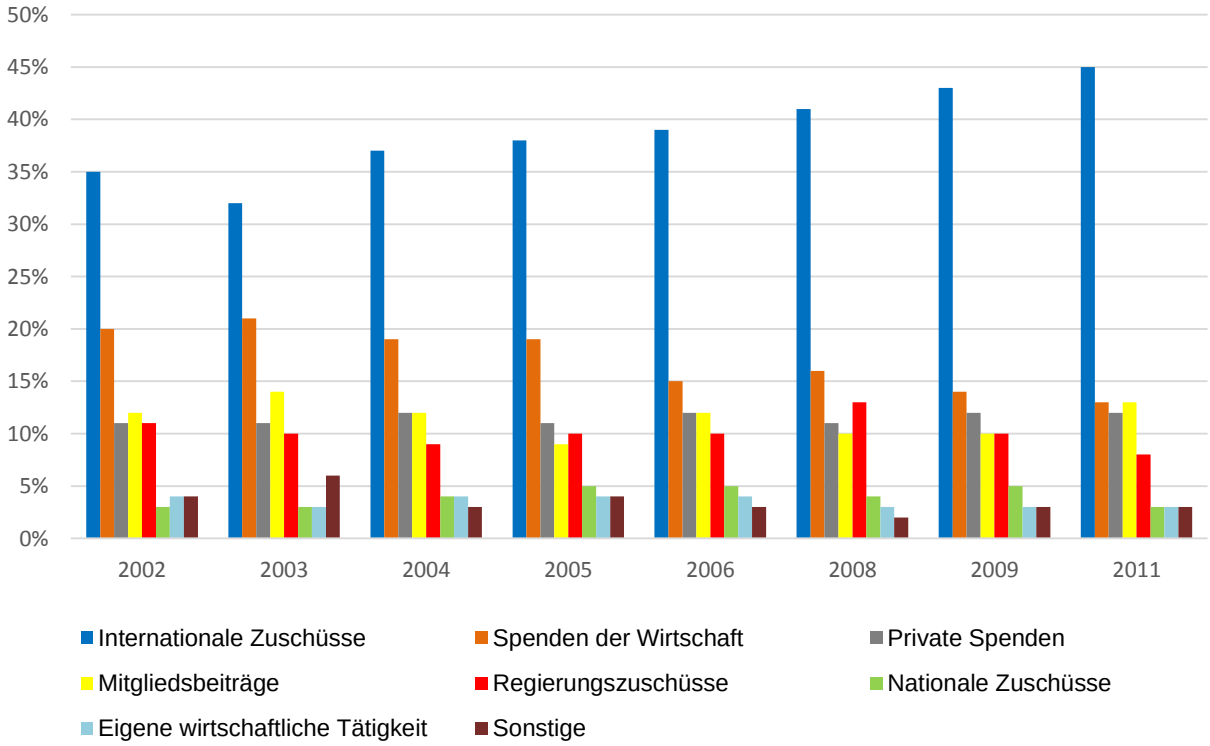
Finanzierung

Bereits seit den 1990 Jahren kam die größte Finanzierungssumme für ukrainische CSOs aus dem Ausland. Vorrangiges Ziel internationaler Geber war und ist es, die Demokratie durch Unterstützung und Stärkung der Zivilgesellschaft zu fördern. Hierbei spielte zu Beginn vor allem die USA als Geber eine Hauptrolle, jedoch holten mit der Zeit die EU und andere internationale NGOs deutlich auf.[90] Auch heutzutage sind sowohl ukrainische NGOs als auch Wohltätigkeitsorganisationen von Spenden und externen Finanzierungsquellen abhängig. Hierbei sind zwei Zahlen voneinander zu unterscheiden: der Anteil der CSOs, die Gelder aus einer bestimmten Finanzierungsquelle erhalten und der Anteil dieser Finanzierung am Gesamtbudget der CSO. 2011 erhielten 56% der befragten CSOs Gelder von internationalen Gebern (2002: 69%), diese Zuschüsse macht aber nur 45% (2002: 35%) des Budgets der Organisation aus. 38% (2002: 35%) gaben Spenden der Wirtschaft als Quelle an, wobei diese rund 13% (2002: 20%) ihres Gesamtbudgets ausmachten. An dritter Stelle stehen 2011 private Spenden, die ebenfalls 38% (2002: 22%) der CSOs erhalten, von ihrem Gesamtbudget machen sie aber nur 12% (2002: 11%) aus. Mitgliedsbeiträge wurden von 33% (2002: 28%) als Finanzierungsquelle genannt, deren Anteil am Budget 13% (2002: 12%)

[89] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 60/61)
[90] vgl. Stewart (2009: 186)

ausmacht. Deutlich weniger Gelder erhielten zivilgesellschaftliche Organisationen von der eigenen Regierung: nur 21% der CSOs gaben an, 2011 Regierungszuschüsse erhalten zu haben, 2002 waren es noch 36%. Am Gesamtbudget machten diese Spenden jedoch nur 8% (2002: 11%) aus. Weitere Quellen waren nationale Zuschüsse und die eigene wirtschaftliche Tätigkeit, die jedoch nur rund 3% im Gesamtbudget einnehmen.[91] Abb. 4 verdeutlicht nochmals die unterschiedlichen Finanzierungsquellen ukrainischer CSOs und den Anteil, den diese Spenden am Gesamtbudget der Organisationen ausmachten. Zwischen 2002 und 2011 stiegen die internationalen Kontributionen deutlich, Spenden der Wirtschaft hingegen nahmen stetig ab. Regierungszuschüsse machen insgesamt relativ wenig des Gesamtbudgets der CSOs aus, wobei diese 2011 im Vergleich zu den Vorjahren nochmals gesunken sind.

Abb. 4: Finanzierungsquellen 2002-2011 (Anteile am Gesamtbudget)



[91] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 39-41)

Die Geldströme verdeutlichen eine massive Unterstützung durch internationale Geber. Als Hauptgeber und Kooperationspartner werden die International Renaissance Foundation, USAID, die Delegation der EU, die Botschaft der USA, die der Niederlande, Deutschlands sowie Schwedens genannt.[92] Diese Spenden sind einerseits sehr wichtig für den Dritten Sektor der Ukraine, da von der ukrainischen Regierung nicht genug Unterstützung zu erwarten ist, jedoch besteht dadurch auch die Gefahr, dass die Organisationen ihre Aufgabenbereiche und Ziele im Wettbewerb um Zuschüsse an die Erfordernisse internationaler Partner anpassen. Der Sorge und Kritik, dass hierbei die eigentlichen Bedürfnisse der ukrainischen Bevölkerung außer Acht gelassen werden, kann teilweise durchaus Recht gegeben werden. Eine finanzielle Abhängigkeit ist also unbestreitbar. Auch die Kooperation zwischen den CSOs wird durch den Konkurrenzkampf teils negativ beeinflusst.

Neben den internationalen Zuschüssen ist der Wirtschaftssektor ein wichtiger Financier. Jedoch kommt auch hier immer wieder Kritik auf, dass die meisten wirtschaftlichen AkteurInnen nur bestimmte Projekte finanzieren wollen, die ihr eigenes Image verbessern. Die Auswahl fällt dementsprechend oft auf Projekte zur Unterstützung kranker oder armer Kinder etc. Im Gegensatz dazu stehen u.a. NGOs, die sich z.B. auf die Überwachung politischer Prozesse spezialisiert haben. Da die Oligarchen eng mit den politischen Strukturen im Land verstrickt sind, wird eine Finanzierung von Organisationen, die sog. „watchdog“ Funktionen erfüllen, eher vermieden.[93] Von staatlicher Seite ist noch weniger zu erwarten. Regierungszuschüsse sind ungenügend, nicht transparent und ungleich verteilt. Z.B. gingen 2009 über 44% der CSO-Finanzierungsgelder der ukrainischen Regierung an nur acht Organisationen. Dennoch gab es in den letzten Jahren auch (positive) Gesetzesänderungen, die u.a. die Registrierung und Arbeit zivil-gesellschaftlicher Organisationen in der Ukraine erleichtern.[94]

[92] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 59)
[93] vgl. Stewart (2009: 187f)
[94] vgl. Ghosh (2014: 7f)

Probleme und Herausforderungen

Der ukrainische Dritte Sektor steht vor einigen Herausforderungen. Einerseits muss die Kooperation mit dem Staat gestärkt werden, um die Bedürfnisse der BürgerInnen artikulieren und die Politik entscheidend mitbestimmen zu können. Trotz diverser legislativer Verbesserungen und der schrittweisen Einbindung von VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen in den politischen Dialog, bleibt der Einfluss auf die politische Sphäre vor allem auf nationaler Ebene relativ gering.[95] Auf der anderen Seite müssen zivilgesellschaftliche Organisationen auch das Vertrauen der BürgerInnen gewinnen, um auch von dieser Seite Unterstützung zu erhalten. Denn diversen Umfragen zufolge, gibt seit 1995 stets über 80% der Bevölkerung an, keiner CSO anzugehören.[96] Für die meisten UkrainerInnen zählen spontane Aktionen als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Handelns mit größerer Reichweite und Erfolgswahrscheinlichkeit.[97] Viele sehen NGOs immer noch als verlängerten Arm der politischen und/oder wirtschaftlichen Elite und nicht als eigenständig und unabhängig agierende Vertretung der BürgerInnen. Das Vertrauen in NGOs ist zwar seit 2004 deutlich gestiegen, dennoch liegt das Misstrauen im Jahr 2013 laut Umfragen des Razumkov Centres noch bei 45,5%.[98] Diese Basis erschwert die Legitimierung und Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen innerhalb der Bevölkerung und Politik. In den nächsten Jahren müssen weitere Schritte unternommen werden, um die Bindung zu beiden Seiten zu stärken und somit einen aktiven Beitrag zur Demokratisierung des Landes leisten zu können.

Abb. 5: Vertrauen in NGOs 2004

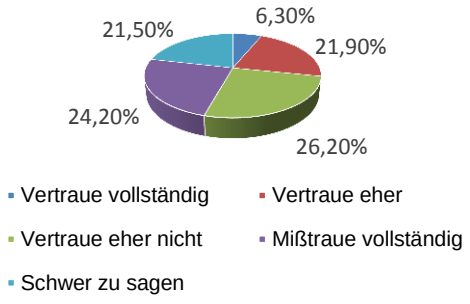
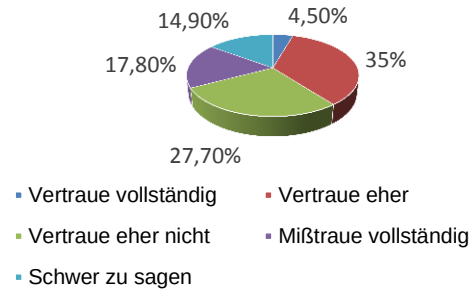


Abb. 6: Vertrauen in NGOs 2013



[95] vgl. Ghosh (2014: 3)
[96] vgl. Soziologisches Institut der Nationalen Akademie der Wissenschaft der Ukraine (2010)
[97] vgl. Stepanenko (2005: 599ff)
[98] vgl. Razumkov Centre (2013)

Zwischenfazit

Der Entwicklungsverlauf der ukrainischen Zivilgesellschaft zeigt, dass sie in allen Phasen der Transformation nicht alle postulierten Funktionen erfüllen konnte. In einer funktionierenden Demokratie soll die Zivilgesellschaft nicht als Gegenmacht zum Staat, sondern als kontrollierende und vermittelnde Kraft agieren. Diesen Funktionen wird die ukrainische Zivilgesellschaft jedoch nicht gerecht. Ihr kurzes Aufblühen im Zuge der Perestroika und des Systemumbruchs mündete bereits nach weniger Zeit wieder in Passivität und Resignation. Ein Grund hierfür sind die negativen Erfahrungen mit der repressiven sowjetischen Staatsgewalt, der strengen Hierarchien und des Eindringens bis in die private Sphäre, die das Verhältnis der Bevölkerung zum Staat prägten. Auch nach der Unabhängigkeit wurde die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen von der ukrainischen Staatsmacht blockiert, sodass weder die rechtlichen noch die materiellen Rahmenbedingungen für die Herausbildung einer vitalen Zivilgesellschaft gegeben waren. Wer sich aktiv engagieren wollte, durfte nicht auf die Unterstützung von Politik und Wirtschaft hoffen, sondern musste sich andere Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Es entstanden zwar staatlich geförderte Institutionen und von Oligarchen und Clans finanzierte Vereine, diese wurden aber massiv für politische Zwecke instrumentalisiert. Der eigentliche Dritte Sektor der Ukraine, in dem sich BürgerInnen selbst organisieren und ihre Interessen nach außen hin vertreten, bleibt bis dahin überschaubar und ihre Einflussnahme auf die politischen Entscheidungsprozesse gering. Es entwickelte sich ein Misstrauen der ukrainischen Bevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen, politischen Parteien und Gewerkschaften, aber auch gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, da ihre Unabhängigkeit nicht immer nachvollziehbar war. Trotz der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System, das durchtrieben war von Korruption und Vetternwirtschaft, war die Zivilgesellschaft bis 2004 dennoch nicht in der Lage, wesentliche Veränderungen herbeizuführen.

Der Dritte Sektor der Ukraine emanzipiert und entwickelt sich weiter, trotzdem weisen sowohl die Zusammenarbeit mit dem Staat als auch die Akquisition und die Vertrauensgewinnung von (potentiellen) Mitgliedern immer noch Defizite auf. Einen weiteren Grund für das geringe zivilgesellschaftliche Engagement innerhalb des Dritten Sektors beschreibt Howard (2003) folgendermaßen: *„ […] it takes a certain level of economic well-being for people to be able to devote time and energy to organizational activities, and countries with greater economic means should have higher levels of organizational membership.“*[99] Die Ukraine ist geprägt von Wirtschaftskrisen und Armut, sodass der Großteil der ukrainischen Bevölkerung eher an ihrer existentiellen Sicherung als an zivilgesellschaftlichem Aktivismus interessiert ist. Das mangelnde Vertrauen in Institutionen sowie der niedrige ökonomische Wohlstand beeinflussen das zivilgesellschaftliche Engagement in der Ukraine bis heute.

Zusammenfassend lässt sich über die Zivilgesellschaft in der Ukraine bis zum Zeitpunkt der Orangen Revolution im November 2004 konstatieren, dass sie sich im Wesentlichen nach den von Croissant/ Lauth/ Merkel beschriebenem Pfad entwickelt hat. Die durch Wegfall repressiver Umstände aufblühende Zivilgesellschaft während der Liberalisierungsphase verlor in der Demokratisierungsphase ihr sie zusammenhaltendes Ziel und zog sich wieder zurück. Sie erfüllt weder ihre Funktionsleistungen, noch kann sie sich gut genug organisieren und strategisch handeln, um ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Ganz im Gegenteil – es entwickelte sich eine Einstellung des passiven Abwartens. Zu dieser Zeit kann keineswegs von einer starken und reflexiven Zivilgesellschaft gesprochen werden. Und dennoch schaffte die ukrainische Zivilgesellschaft sowohl 2004 als auch 2013/14, was niemand von ihr erwartet hätte: eine Massenmobilisierung, organisiert und gemeinsam stark, mit dem Ziel, die korrupte politische Elite zu entmachten und die demokratische Konsolidierung der Ukraine herbeizuführen.

[99] Howard (2003: 74)

4. Die Orange Revolution

Der Orangen Revolution 2004 wird eine große Bedeutung im Demokratisierungsprozess der Ukraine zugesprochen. Auch wenn die erhofften Ziele letztendlich auch von der neuen Regierung nicht umgesetzt werden konnten, so spiegelt die massive Mobilisierung der ukrainischen Zivilgesellschaft ihre Stärke und Willenskraft wider. Ein Ereignis der gleichen Größenordnung stellt der Euromaidan 2013/14 dar. Beide Protestbewegungen zeichnen sich durch eine enorme Aktivierung und Mobilisierung der Massen aus und konnten internationale Aufmerksamkeit erreichen. Viele internationale WissenschaftlerInnen und JournalistInnen – aber auch Einheimische der Ukraine – sehen Parallelen zwischen der Orangen Revolution und dem Euromaidan. Doch sind es wirklich Gemeinsamkeiten, welche die beiden Revolutionen miteinander verbinden? Handelt es sich beim Euromaidan lediglich um eine Beendigung der Orangen Revolution bzw. hätte es einen Euromaidan ohne die vorangegangenen Erfahrungen aus der Orange Revolution geben können? Und welchen Beitrag kann eine Zivilgesellschaft, die sich auf diesem Wege gegen ihre Regierung stellt, für den Demokratisierungsprozess ihres Landes leisten? Diese Fragen stellen sich bei der Analyse dieser Ereignisse und sollen im Folgenden mithilfe der Auswertung von Umfragen sowie zusätzlicher ergänzender Literatur beantwortet werden.

Durch die Verwendung der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring soll es möglich sein, das vorliegende Material aus Umfragen und Länderanalysen auszuwerten. Inhaltsanalysen gehören zur Gattung der theoretischen Analysen und knüpfen auf bereits vorhandene Erfahrungen an und nehmen diese als Basis für die zu analysierende Kommunikation. Diese Technik ermöglicht, Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen. Vorteil an Mayrings Analyse ist, dass das Material nicht frei interpretiert wird, sondern ein systematisches Vorgehen anhand festgelegter Kriterien garantiert werden kann.

Diese Kriterien werden in Form von Regeln nach der ersten Sichtung des Materials – aber vor der eigentlichen Analyse – festgelegt.[100]

Die Qualitative Inhaltsanalyse unterscheidet zwischen drei Arbeitsschritten:

1. Zusammenfassung
2. Explikation
3. Strukturierung

Der erste Arbeitsschritt „Zusammenfassung“ ist von Bedeutung, um das meist sehr umfassende Material zu reduzieren und auf die wesentlichen Inhalte zu kürzen. Dadurch ist es auch möglich, dass die Analyse sehr zielgerichtet angegangen werden kann, ohne Ausschweifungen berücksichtigen zu müssen. Unter „Explikation“ versteht Mayring die Hinzuziehung von weiterem Material, um das Wissen auszubauen. Die Explikation kann einzelne Textteile erläutern (enge Kontextanalyse) oder erweitertes Material zu den Textteilen heranziehen und diese dann analysieren (weitere Kontextanalyse). Dieser Schritt ist notwendig, um letzten Endes eine Auseinandersetzung mit der „Strukturierung“ zu ermöglichen. Hier werden Kriterien festgelegt, um bestimmte Gesichtspunkte bzw. Ansichten und Standpunkte hervorheben zu können. Kriterien können auch hilfreich sein, um das Material objektiv einzuschätzen. Die Strukturierung per se kann in vier Bereiche gesplittet werden. Einerseits kann auf die innere Struktur (formale Strukturierung), auf die Zusammenfassung der Textstellen (inhaltliche Strukturierung), markante Passagen (typisierende Strukturierung) oder auf die Skalenform (skalierende Strukturierung) der Fokus gelegt werden.[101]

Für die Auswertung dieser Arbeit wird auf die Technik der Zusammenfassung zurückgegriffen. Das vorliegende Material wird wie folgt analysiert:

[100] vgl. Mayring (2002: 85)
[101] vgl. Mayring (2010: 48-50)

Kodiereinheit: ein Wort.

Kontexteinheit: Umfragen des Counterpart Creative Centres, des Razumkov Centres, der Kiewer Nationalen Taras-Schewtschenko Universität, des Fonds demokratischer Initiativen, des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie und des Ukrainian Centres for Economic and Political Studies sowie Berichte der Länderanalysen.

Auswertungseinheit: jede Fragestellung.

Im Zuge der ersten Analyse (Durchsicht der Umfragen) trat die Frage auf, welche Parallelen und Unterschiede sich beim Vergleich der beiden Revolutionen in Bezug auf die Menschen am Maidan sowie ihre Motivationen und Forderungen finden könnten. Weitere Literatur wurde hinzugezogen, um die Hintergründe der Proteste sowie weitere Faktoren, wie z.B. die Rolle der EU, Russlands und der ukrainischen Eliten zu analysieren. Daraufhin wurden folgende Kategorien für die Auswertung beider Revolutionen erstellt:

- Sozialdemographische Aspekte der ProtestteilnehmerInnen
- Motivationen und Forderungen
- Organisiertheit der Bewegung
- Rolle von NGOs und Eliten
- Internationale Einflüsse
- Nationale Identität vs. Nationalismus

Im Folgenden soll die Orange Revolution 2004 nach einem kurzen Abriss über den Auslöser und Verlauf anhand der oben genannten Kategorien analysiert werden. Selbiges erfolgt daraufhin in Bezug auf den Euromaidan 2013/14. Ein Vergleich der Ergebnisse beider Revolutionen soll es abschließend ermöglichen, Schlussfolgerungen bzgl. des Einflusses der ukrainischen Zivilgesellschaft auf den Demokratisierungsprozess des Landes zu ziehen.

4.1 Auslöser und Verlauf

Wie bereits im 3. Kapitel erläutert, konnte Leonid Kutschma im Jahr 1999 die Wahl zum Präsidenten erneut für sich entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch wenig Gegenwind von der politischen Opposition und auch die ukrainische Zivilgesellschaft wurde trotz Wahlfälschungs- und Korruptionsvorwürfen nicht aktiv. Nach seiner Wiederwahl erklärte sich Kutschma dazu bereit, sich in Richtung Europäischer Union zu öffnen und über eine Beitrittskandidatur nachzudenken. Problematisch erwiesen sich aber die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Ukraine, wodurch Reformen angedacht werden mussten. Diese Reformen sollten dazu beitragen, die Demokratie, die Einhaltung und Sicherung der Menschenrechte und die Justiz zu verbessern und das Land zu „europäisieren".[102] Die Reformen konnten zunächst allerdings nicht in die Tat umgesetzt werden: vielmehr standen hohe Korruption, Steuerbetrüge in Unternehmen und geringe Staatseinnahmen, bedingt durch staatliche Miss-wirtschaft, an der Tagesordnung.[103] Am Ende des Jahres 1999 wurde daher der ehemalige Nationalbank-Vorsitzende Juschtschenko zum Ministerpräsidenten ernannt, der sich von nun an um die genannten Probleme des ukrainischen Staates kümmern sollte. U.a. wurden Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, sowie Wirtschafts- und Verwaltungsreformen angesetzt. Die Reformen erwiesen sich als großer Erfolg für die Ukraine, wodurch die Staatseinnahmen und das Bruttoinlandsprodukt deutlich erhöht werden konnten.[104] Dennoch wurde Juschtschenko 2001 durch ein Misstrauensvotum der Regierung von seinem Amt als Ministerpräsident entlassen und durch seinen späteren Konkurrenten Janukowytsch ersetzt.[105]

Obwohl man bereits 1998 Hoffnungen auf den Status eines „Beitrittskandidaten" hatte, waren die Auflagen der Union noch lange nicht erfüllt worden. Dennoch ließ die Union nicht von einer Zusammenarbeit mit der Ukraine ab und sicherte der

[102] vgl. Vogel (2012: 2)
[103] vgl. Aslund (2006: 328)
[104] vgl. Franzen/Haarland/Niessen (2005: 32-33)
[105] vgl. Wilson (2005: 48f)

Ukraine 1999 eine potentielle Aufnahme zu. In den Jahren 1999 bis 2000 arbeitete die Ukraine zielstrebig an mehreren Initiativen, um die Integration in die EU zu erlangen. Zur selben Zeit wurden jedoch geplante Reformen in Bezug auf Menschenrechte und soziale Wohlfahrt auf Eis gelegt - was die Bevölkerung am deutlichsten zu spüren bekam. Dies führte zu einem langsamen Legitimitäts-verlust des Präsidenten, der durch die Enthüllung der Beteiligung Kutschmas am Mord des Journalisten Gongadze im November 2000 verstärkt wurde und erste Protestbewegungen - initiiert durch die Gruppe „Ukraine ohne Kutschma“ - auslöste.[106]

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 erlangte Kutschmas Partei nur noch den zweiten Platz. Juschtschenkos Partei „Unsere Ukraine“ konnte die Wahl für sich entscheiden und ging bis zu den Präsidentschaftswahlen 2004 eine Koalition mit Julija Tymoschenko ein.[107] Nachdem Kutschma kein drittes Mal zu den Präsident-schaftswahlen antreten konnte, musste ein passender Kandidat gefunden werden, um eine ähnliche politische Linie verfolgen zu können.[108] Dem neuen Präsidentschaftskandidaten Wiktor Janukowytsch, der die gleichen Interessen wie Kutschma vertrat, war somit die Unterstützung des damaligen Präsidenten sicher. Es begann ein Wahlkampf gekennzeichnet durch Korruption, Schmiergelder und Erpressung, gefälschte Pressemitteilungen und letztendlich auch durch massive Wahlfälschungen.[109] Der Großteil der staatlichen Organe und der Oligarchen unterstützte die Wahl zugunsten von Janukowytsch, um die gewohnten Privilegien und politischen Einflüsse bewahren zu können. Ebenso bestand die Angst, bei einem Sieg von Juschtschenko von der neuen Regierung wegen Korruption verfolgt zu werden.[110] Janukowytsch selbst stand durch sein Minister-präsidentenamt der Zugriff auf hohe finanzielle Mittel offen, die für den Wahlkampf genutzt wurden. Auch Kutschmas Einfluss auf die Medien wurde ausgenutzt, um Janukowytsch zu „vermarkten“.[111]

---

[106] vgl. Aslund (2006: 15)
[107] vgl. Karatnycky (2006: 35-36)
[108] vgl. Kubicek (2009: 327)
[109] vgl. Kuzio (2010b: 285)
[110] vgl. Kuzio (2005: 124) / Pleines (2009: 116ff)
[111] vgl. Wilson (2005: 130-133)

Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2004 brachte keinen eindeutigen Sieger hervor. Weder Janukowytsch noch Juschtschenko konnte eine absolute Mehrheit erreichen, beide lagen knapp unter 40 Prozent. Nach der zweiten Wahlrunde jedoch gaben Schätzungen der offiziellen Wahlkommission Janukowytsch als eindeutigen Sieger mit 49,46 Prozent der Stimmen bekannt, woraufhin unabhängige Wahlbeobachter und Juschtschenkos Anhängerschaft einen Wahlbetrug zugunsten des pro-russischen Kandidaten Janukowytsch vermuteten und zu Protesten aufriefen.[112]

4.2 ProtestteilnehmerInnen und ihre Ziele

Nach Verkündung des Wahlsieges von Janukowytsch versammelten sich am 22. November 2004 hunderttausende Ukrainer und Ukrainerinnen am Unabhängigkeitsplatz in Kiew und demonstrierten gemeinsam gegen den offensichtlichen Wahlbetrug. 17 Tage lang dauerte die Revolution in Orange mit der Folgewirkung, dass Juschtschenko am 23. Januar 2005 nach Wiederwahlen zum neuen Präsidenten der Ukraine ernannt wurde.[113] Janukowytsch, Kutschma und deren Anhänger rechneten allerdings nicht mit so einem erheblichen Widerstand der Bevölkerung. Die zuvor als nicht existent geglaubte Zivilgesellschaft schaffte es, sich zu organisieren und sich gemeinsam gegen die Manipulationen zu wehren. In Kiew wurden innerhalb von drei Tagen über eine Million Menschen auf den Straßen gezählt und dennoch blieben die Massenproteste friedlich. Der massive Druck der ukrainischen Bevölkerung und ihre Forderung nach fairen und freien Wahlen zwangen die Wahlkommission, die Ergebnisse zu überprüfen. Nachdem in- und ausländische Wahlbeobachter bei der Stichwahl Fehler und Manipulationen feststellen konnten, wurde diese vom Obersten Gericht für ungültig erklärt.[114] Doch wer waren all diese Menschen, die auf die Straßen gingen und ihre Rechte einforderten? Welche Beweggründe trieben sie an und wie haben sie sich organisiert?

---

[112] vgl. Aslund/Mc Faul (2006: 2); Wilson (2005: 114)
[113] Wilson (2005: 123ff)
[114] vgl. Kuzio (2005: 125-126)

Sozialdemographisches Portrait der Demonstrierenden

Laut Untersuchungen der Kiewer Nationalen Taras-Schewtschenko Universität[115], die 2004 insgesamt 1029 Personen auf dem Maidan befragten, waren fast 60 Prozent der ProtestteilnehmerInnen unter 30 Jahre alt. 34,7 Prozent gehörten zur mittleren (30 bis 54 Jahre) und nur 5,6 Prozent zur reiferen (ab 54 Jahre) Altersgruppe. Als treibende Kraft dieser Revolution können deshalb eindeutig SchülerInnen, StudentInnen, Auszubildende und WissenschaftlerInnen (v.a. aus dem Gebiet der Geisteswissenschaften) ausgemacht werden. Die meisten von ihnen waren Angehörige der Mittelschicht. UnternehmerInnen und andere Geschäftsleute hingegen machten nur einen sehr geringen Anteil von unter 6 Prozent aus. Aus regionaler Sicht war der Großteil der Protestierenden mit 53,7 Prozent direkt aus Kiew. Aus dem Westen der Ukraine sind 16,1 Prozent, aus dem Norden 13,4 Prozent, aus dem Zentrum 8,3 und aus dem Osten nur 6 Prozent angereist.[116] Deutlich wird hierbei die überwiegende Teilnahme an den Protesten von Personen, die in westlichen und zentralen Regionen der Ukraine leben. Der Osten hingegen, der vorrangig pro-russische Tendenzen aufweist und das Janukowytsch-Lager unterstützte, hat sich größtenteils aus der Revolution auf dem Maidan herausgehalten. Obwohl eine regionale und ethnische Spaltung des Landes 2004 bereits erkennbar war, kam es zwischen den „Lagern“ zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Man kann sagen, dass die Orange Revolution größtenteils von einer jungen, westlich-orientierten Generation organisiert und durchgeführt wurde. Sie unterstützten Juschtschenkos Vision einer demokratischen und „europäischen“ Ukraine.[117]

---

[115] 2004 führten SoziologInnen und StudentInnen der Kiewer Nationalen Taras-Schewtschenko Universität Umfragen während der Proteste auf dem Maidan durch. Hierbei wurden innerhalb einer Woche insgesamt 1029 Personen verschiedenen Alters und unterschiedlicher Herkunft befragt, um ein genaueres Bild der RevolutionsteilnehmerInnen und deren handlungsleitenden Motiven zu erhalten. Die Ergebnisse wurden u.a. von Bredies (2005) veröffentlicht und in einem Beitrag von Yevtukh (2005) analysiert. Die hier präsentierten Ergebnisse stützen sich auf diese Veröffentlichung, da die originalen Umfragen nicht mehr online verfügbar sind.

[116] vgl. Yevtukh (2005: 37-39)

[117] vgl. Kuzio (2005: 127)

Ihre Motivationen und Ziele[118]

Die eindeutigen Fälschungen der Wahlergebnisse, die am Abend des 21. November 2004 bekannt wurden, mobilisierten die Massen. Dies geben auch 80 Prozent der befragten Protestierenden als Beweggrund an, sich zum Maidan zu begeben. Knapp zwei Drittel der DemonstrantInnen nannten als Motivation, sich für freie Wahlen und für Demokratie einsetzen zu wollen bzw. genug von „Lug und Trug“ zu haben.[119] Hier wird vor allem deutlich, dass den ProtestteilnehmerInnen insbesondere der Schutz und die Einhaltung demokratischer Werte sowie individueller Bürgerrechte ein wichtiges Anliegen sind.

Betrachtet man die Forderungen und Erwartungen der ProtestteilnehmerInnen, so wird deutlich, dass politische Veränderungen im Vordergrund stehen. Hierzu können u.a. Ziele wie „Achtung vor den Bürgern, faire Wahlen und Transparenz der Entscheidungen“ (62 Prozent), „Errichtung von Demokratie und Rechtshoheit“ (52,4 Prozent), „Wahl eines neuen Präsidenten“ (46,9 Prozent) und eine „aufrichtige Staatsführung“ (31,6 Prozent) gezählt werden. Wirtschaftliche Ziele, wie „den Wirtschaftssektor aus der Schattenökonomie herausführen“ (44,2 Prozent) und „keine Wirtschaftskrise mehr“ (24 Prozent), sowie soziale und persönliche Interessen, wie die „Ausrichtung des Budgets auf soziale Bedürfnisse“ (29,4 Prozent) und „neue ehrliche Politiker an die Macht bringen“ (46,1 Prozent) waren 2004 durchaus wichtig, aber eher zweitrangig. Die geforderten Ziele sollten laut den Befragten vor allem durchgesetzt werden durch: „eine effektive Kontrolle der Regierungstätigkeit, um Transparenz zu erreichen“, „die Legitimation des Volkspräsidenten“ *(in diesem Fall den rechtmäßigen, von der Bevölkerung gewählten Präsidenten Viktor Juschtschenko)* und „die Durchführung der politischen Reform“.[120] Insgesamt kann gesagt werden, dass die Protestaktionen ein klares Ziel hatten: die Durchführung fairer und freier Wahlen im Konkreten und soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen.

---

[118] Insgesamt standen den Befragten bei der Frage zu den Handlungsmotivationen 13 Antworten und bei der Frage zu den Forderungen/Erwartungen 18 Antworten sowie jeweils eine eigene alternative Variante zur Auswahl, wovon maximal 5 ausgewählt werden konnten.

[119] vgl. Yevtukh (2005: 33)

[120] vgl. Yevtukh (2005: 34-35)

Organisation und Kommunikation

Bei der Organisation der Proteste spielten zivilgesellschaftliche Vereinigungen eine wichtige Rolle. Vor allem die Jugendorganisation PORA![121] leistete einen großen Beitrag zur Orangen Revolution, indem sie bereits ab März 2004 großangelegte Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit im ganzen Land startete. Ziel war es zunächst, die ukrainische Bevölkerung über die Wahlen und ihre Rechte zu informieren, da man bereits ahnte, dass sich das Kutschma-Regime durch Manipulationen an der Macht halten wolle. Unterstützung erhielt PORA vom Westen - nicht nur finanziell, sondern auch durch Trainings u.a. in sozialer, gewaltfreier Mobilisierung, Transport- und Versorgungsorganisation und Wahlbeobachtung. Ab dem 22. November 2004 bis zum Ende der Proteste koordinierte PORA alle Geschehnisse auf dem Maidan, inklusive Logistik und Versorgung der Massen, Aufbau der Zeltstädte und Administration der Spenden. Ebenso vermittelten die AktivistInnen zwischen den BürgerInnen und der Polizei, wenn es zu Spannungen zwischen den Beteiligten kam.[122]

Der Großteil der ukrainischen Massenmedien war 2004 in Besitz von Oligarchen, sodass die öffentliche Meinung von politischen Werbekampagnen gezielt in eine gewünschte Richtung gelenkt wurde. Die Medien wurden vor allem vom pro-russischen Block rund um Janukowytsch für ihre Zwecke instrumentalisiert.[123] Obwohl Kutschma großen Einfluss auf die Medienwelt hatte und versuchte, die politische Kampagne der Opposition zu boykottieren, konnte sich auch Juschtschenko mithilfe seines Freundes und Parteimitgliedes Petro Poroschenko, Eigentümer des *TV Channel 5*, am medialen Kanal zur Verbreitung seiner Botschaften und Forderungen nach Freiheit und Demokratie bedienen. Auch die unabhängige Zeitung *Ukrainska pravda* berichtete von den Wahlmanipulationen

---

[121] zu unterscheiden ist hierbei die schwarze und die gelbe Pora, die zunächst getrennt voneinander agierten. Erstere war eine Graswurzelbewegung ohne Organisationsstrukturen, die sich bereits 2003 in Lviv formierte. Letztere begann ihre Arbeit Anfang 2004 in Kiew, war hierarchisch strukturiert und hatte gute Kontakte zu anderen NGOs. Doch erst als beide sich zu einer gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Kampagne organisierten, konnten sie durch Öffentlichkeitsarbeit die Massen erreichen und mobilisieren.

[122] vgl. Polese (2009: 262ff) / Kaskiv/Chupryna/Zolotariov (2007: 133ff)

[123] vgl. Pashkouskaya (2005: 10-11)

und später von den Ereignissen der Orangen Revolution, sodass die Bevölkerung - wenn auch eher in den westlichen und zentralen Regionen - dennoch sehr gut informiert war.[124] Vor allem aber das Internet war 2004 von zentraler Bedeutung, da PORA und andere Jugendgruppen Online-Foren ins Leben riefen, um ihre Demonstrationsstrategien mit anderen Juschtschenko-Anhängern zu diskutieren. Um Hacker-Angriffe der Regierung zu vermeiden, wurden hierfür extra Internet-server im Ausland verwendet.[125] Die Orange Revolution wird gar als „Internet Revolution“ bezeichnet, da sich die „Generation Orange“ fast ausschließlich über das Internet organisierte. Diese junge Generation war viel gereist und wusste, dass es durchaus Alternativen zu Kutschmas Regime bzw. dessen Weiterführung durch Janukowytsch gab.[126]

4.3 Internationale Einflüsse

Wie bereits erläutert, hatten die ukrainischen Eliten großen Einfluss auf die Politik. Dieser Einfluss ermöglichte es ihnen, ihre Interessen durchzusetzen und machtvolle Positionen zu besetzen. Um sich diese Positionen zu sichern, lag es im Interesse der meisten Oligarchen einen Regimewechsel zu verhindern. Demzufolge unterstützten sie die Wahlkampagne Janukowytschs. Doch es gab auch einige Oligarchen, die sich auf die Seite der Opposition stellten. Man muss anmerken, dass beide Lager Teil der politischen Elite waren, da auch die Führungsmitglieder der Opposition bereits während des Kutschma-Regimes hohe Positionen inne hatten, die ihnen einen gewissen Einfluss und eine politische Machtstellung ermöglichten. Somit spielten die Eliten des Landes auf beiden Seiten eine wichtige Rolle vor und während der Orangen Revolution. Als Motor dieser Revolution gelten jedoch die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Organisationen, angetrieben durch die Jugend der Ukraine, die es schafften, die Massen zu mobilisieren und die Proteste 17 Tage lang am

[124] vgl. Wilson (2005: 130f)
[125] vgl. Kuzio (2005: 127) / Kaskiv/Chupryna/Zolorariov (2007: 148f)
[126] vgl. Kuzio (2006: 374-375)

Leben zu halten. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die internationalen Einflüsse, vor allem Seitens den USA, der EU und Russlands.

Die Rolle Russlands

Seit vielen Jahren zielte Russlands Außenpolitik darauf ab, den politischen und wirtschaftlichen Einfluss im ehemaligen Sowjetgebiet zu erhalten bzw. zu erweitern. Kutschma pflegte ein gutes Verhältnis zum Kreml, sodass Russlands Präsident Wladimir Putin bereits 2003 öffentlich bekannt gab, Kutschmas Präsidentschaftskandidaten beim Wahlkampf unterstützen zu wollen. Zu dieser Zeit war noch nicht einmal bekannt, wer dieser Kandidat sein wird. Russlands Position war klar: gegen den pro-europäischen und für den pro-russischen Kandidaten. Da Juschtschenko von Anfang an seine pro-europäischen Ziele proklamierte, versuchte der Kreml mithilfe diverser Strategien, die ukrainische Bevölkerung von seinem Gegner Janukowytsch zu überzeugen. Einerseits wurde massiv in Janukowytschs Wahlkampagne investiert, andererseits wurde in den russischen Medien (die auch im Osten und Süden der Ukraine ausgestrahlt werden) die Wichtigkeit der russisch-ukrainischen Kooperation für die ukrainische Bevölkerung propagiert und Juschtschenko und der Westen als „teuflisch“ dargestellt.[127] Ein Großteil des zur Verfügung stehenden Geldes wurde aber als Schmiergeld verwendet, um Leute zum Schweigen zu bringen sowie JournalistInnen, gefälschte Presseartikel oder Wählerstimmen zu kaufen.[128] Der Kreml war sich sicher, dass die Unterstützung und Manipulation ausreicht, um Janukowytsch als Sieger dieser Wahlen hervorzubringen. Die russischen Strategien waren jedoch nicht auf das politische Umfeld der Ukraine abgestimmt, sodass die kritische Kampagne gegen eine „Europäisierung“ nicht die gewünschten Effekte erzielte. Die negative Ausspielung der Ostukraine gegen die Westukraine polarisierte zwar die Wahlen, war aber dennoch nicht siegreich. Russlands Ziel war es schlicht zu verhindern, dass die Ukraine durch pro-westliche PolitikerInnen näher in Richtung EU-Mitgliedschaft und NATO-Beitritt geführt wird und sich dadurch der Einflusssphäre Russlands entzieht.

---

[127] vgl. Petkov/Ryabov (2006: 146ff)
[128] vgl. Wilson (2005: 119)

Der westliche Einfluss

Auf der anderen Seite stehen die USA und die EU, deren Unterstützung ebenfalls an eigene Interessen gekoppelt war. Der Westen hatte großes Interesse daran, die Ukraine wieder auf ihren „richtigen“ Weg zu bringen, der durch Kutschma ins Stocken geriet. Die geopolitische Lage der Ukraine macht das Land nicht nur für die EU, sondern auch für die USA - die im ständigen Machtgerangel mit Russland stehen - attraktiv. Die Unterstützung des Westens stand der Ukraine aber lange vor den Präsidentschaftswahlen 2004 zur Verfügung. Die Involvierung des Westens in den Wahlprozess und in die darauffolgende Revolution nahm jedoch verschiedene Formen an.

Die Europäische Union: Obwohl das semi-autoritäre System der Ukraine weltweit bekannt war, war es der Europäischen Union von Beginn an ein Anliegen, ihre Beziehungen zur ukrainischen Regierung zu verbessern und zu stärken. Die Union hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Demokratie in den osteuropäischen Staaten seit den 1990er Jahren zu fördern. In diesem Sinne ist die Förderung der Stabilität des jeweiligen Landes in Bezug auf Demokratie, freie Marktwirtschaft, die Einhaltung der Menschenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit von besonderer Bedeutung.[129] Bereits im Jahr 1994 wurde das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU unterzeichnet. Dies war ein besonders wichtiger Schritt, da daraufhin der politische und ökonomische Dialog zwischen der Europäischen Union und der Ukraine geführt wurde. Ziel der EU war und ist es, die Ukraine auf ihrem Weg hin zur Demokratie zu begleiten und das Land näher an die EU zu rücken. 2001 wurden daher Strategien entwickelt, die vor allem Reformen der politischen Institutionen und des Verwaltungsapparates sowie des Rechtswesens anstrebten. Prioritäten wurden auch auf die Förderung der ukrainischen Wirtschaft gelegt.[130]

Die EU-Unterstützung des pro-europäischen Präsidentschaftskandidaten Viktor Juschtschenko, der für demokratische Werte einstand, war somit keine große

[129] vgl. Europäisches Parlament (2016a)
[130] vgl. Europäische Kommission (2006: 10)

Überraschung. Im Vorfeld der Wahlen wurden insbesondere ukrainische NGOs gefördert, die sich in den Bereichen der Wahlumfragen (election exit polling) sowie der Wahlbeobachtung (election monitoring) engagierten. Diese wurden nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch durch Trainings auf die bevorstehenden Wahlen vorbereitet. Auch internationale WahlbeobachterInnen wurden in die Ukraine entsandt, um die Durchführung fairer und freier Wahlen zu gewährleisten.[131] Dieses Mittel hat sich 2004 als äußerst effektiv rausgestellt, da die Wahlmanipulationen durch die internationale Wahlbeobachtung und durch großes ziviles Engagement aufgedeckt werden konnten.

Die EU sah die Proteste als einen Ruf der ukrainischen Bevölkerung, sich vom Einfluss des autoritären Russlands lösen und sich in Richtung stabile Demokratie entwickeln zu wollen. Hinzu kamen Forderungen der polnischen und litauischen Staatsführung nach einem aktiveren Handeln der EU in der Ukraine. Beide sprachen sich offen für den Wunsch eines EU-Beitritts der Ukraine aus und engagierten sich persönlich durch Mediation zwischen der EU, Juschtschenko und Janukowytsch. Diese Mediation verhinderte den Einsatz von Gewalt seitens der Regierung und schaffte die Basis für eine friedliche Lösung.[132] Dennoch reagierte die EU zunächst zurückhaltend, denn nicht alle EU-Mitgliedsstaaten vertraten so eine radikale Meinung zur Ukraine wie Polen, Litauen und die Slowakei.

Die USA: Die USA hat sich im Gegensatz zur Europäischen Union deutlich aktiver engagiert. Von Regierungsseite gab es mehrere Gespräche mit der ukrainischen Regierung mit dem Ziel, Kutschma von einem demokratischen Weg und gegen ein Abdriften in Richtung Autoritarismus zu überzeugen. Um den politischen Druck auf die ukrainischen Autoritäten zu erhöhen, wurden zusätzlich Sanktionen angedroht, wenn die Ukraine die demokratischen Freiheiten der BürgerInnen beschneidet und gegen die Einhaltung der Menschenrechte verstößt.[133] Dass es hierbei auch Ziel der USA war, Russlands Einfluss in der Ukraine durch ein US-

[131] vgl. Sushko/Prystayko (2006: 134-135)
[132] vgl. Sushko/Prystayko (2006: 131/140)
[133] vgl. Sherr (2002: 340ff)

freundliches Regime zu verringern und das Land für US-Kapital zu öffnen, kann nicht dementiert werden.

Insgesamt ist die Rolle internationaler AkteurInnen kritisch zu hinterfragen, vor allem wenn es sich um so ein tiefgreifendes Ereignis handelt, wie es die Orange Revolution darstellt. Sowohl Russland als auch der Westen haben sich massiv engagiert und den jeweils Anderen des „Lenkens“ und „Manipulierens“ beschuldigt. Wenn man jedoch die Strategien und Methoden der beiden Parteien vergleicht, wird deutlich, dass der Westen – im Gegensatz zu Russland – nicht direkt in die politischen Prozesse der Ukraine eingegriffen hat. Der „westliche“ Weg einer demokratischen Ordnung wurde zwar lautstark propagiert, aber mit fairen Mitteln, z.B. durch Unterstützung des Dritten Sektors sowie Durchführung von Trainings und Beratung, erreicht. Auch wurde versucht, die ukrainische Bevölkerung über ihre demokratischen Rechte zu informieren. Sowohl die EU als auch die USA hatten faire und freie Wahlen nach demokratischen Regeln und Normen als vorrangiges Ziel. Wohingegen Russlands Rolle vor und während der Orangen Revolution durchaus als schwierig zu betrachten ist: die finanzielle Unterstützung der Wahlkampagne Janukowytschs war legitim und wurde auch von westlicher Seite ähnlich durchgeführt. Die Unterstützung bei den eindeutigen Manipulationen der Medien, der ukrainischen Bevölkerung und letztendlich auch der Präsidentschaftswahlen hingegen kann und ist als anti-demokratisch und rechtswidrig zu bezeichnen. Internationale Einflüsse spielten 2004 eine wichtige Rolle, beeinflussten die politischen sowie gesellschaftlichen Entscheidungen und waren mitverantwortlich für den Ausbruch der Proteste. Dennoch können das enorme Engagement der zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Beitrag zum gewaltlosen Verlauf der Proteste sowie das Durchhalten der ukrainischen Bevölkerung, die trotz Minustemperaturen entschlossen war, ihre Forderung nach demokratischen Wahlen durchzusetzen, als Schlüsselfaktoren für den Erfolg der Revolution ausgemacht werden.

4.4 Ausgang der Revolution

Die Wiederholung der Wahlen am 25. Dezember 2004 brachte ein eindeutiges Ergebnis mit sich: Wiktor Juschtschenko besiegte seinen Konkurrenten Wiktor Janukowytsch mit 52 Prozent zu 44 Prozent der Stimmen und wurde nach letztendlich fairen und freien Wahlen zum dritten Präsidenten der Ukraine ernannt. Ebenso wurde eine noch von Kutschma eingeleitete Verfassungsänderung durchgeführt, die die Vollmächte des Präsidenten einschränkte und die des ukrainischen Parlaments stärkte.[134]

Die westlich orientierte Welt sah den Schritt der Wahlwiederholung schon als großen Fortschritt an und die Orange Revolution wurde als „Triumph der Zivilgesellschaft" gefeiert. Für die AnhängerInnen der „Orangen Regierung" war eines klar: man hoffte nun auf Veränderungen. Hierbei stand vor allem der Demokratisierungsprozess im Vordergrund. Bedingt durch die Förderung der Demokratie sollte auch das gesamte politische, ökonomische und soziale System einen Aufschwung erfahren. Dadurch sollte das staatliche Netz und das Wohl des Volkes verbessert werden, damit es in Zukunft zu keinen neuen Protesten kommen müsse. Von besonderer Bedeutung erweisen sich in diesem Zusammenhang die Bekämpfung der Korruption und die Umsetzung der konstitutionellen Gewaltenteilung.[135] Letztendlich brachte die Verfassungsänderung jedoch auch nicht die gewünschten Ergebnisse mit sich:

> *„Die Verfassungsrevision im Dezember 2004 – auf dem Höhepunkt der Orangen Revolution – verschob zwar die Macht in Richtung auf ein parlamentarisches System und näherte so die Verfassung der europäischen Normalität an, aber die mangelhafte Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Präsident, Ministerpräsident und Parlament wirkte geradezu als Einladung zur Manipulation der Verfassung und führte zur Stagnation des politischen Prozesses".*[136]

[134] vgl. Aslund/Mc Faul (2006: 200f); Kappeler (2014: 287)
[135] vgl. Simon (2009a: 13ff)
[136] Simon (2009b: 3)

Die Ironie der Beschneidung der präsidialen Macht liegt darin, dass die alten Eliten dadurch mehr Kontrolle im Parlament erhielten und Juschtschenko seine Versprechen, die Korruption zu bekämpfen, die Ukraine zu reformieren und die angestrebte EU-Mitgliedschaft zu erreichen, u.a. durch diese Tatsache nicht erfüllen konnte. Hinzu kamen Streitigkeiten innerhalb der Orangen Koalition, zunächst zwischen der Ministerpräsidentin Tymoschenko und dem neuen Chef des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Petro Poroschenko, später auch selbst zwischen Präsident Juschtschenko und Tymoschenko, die im September 2005 wegen Korruptionsvorwürfen von ihrem Amt entlassen wurde.[137]

Die neuen PolitikerInnen schafften es nicht, sich von der Dominanz der alten Eliten und mächtigen Oligarchen zu lösen und so hatte der „Kern" des alten Kutschma Regimes rund um Janukowytsch und seine „Partei der Regionen" weiterhin viel politischen Einfluss.[138] Dies spiegelte sich vor allem in den Parlamentswahlen 2006 wider, als Janukowytsch sein „Comeback" feierte und seine „Partei der Regionen" mit 32,1 Prozent vor Tymoschenkos „BJUT" (22,3 Prozent) und Juschtschenkos „Unsere Ukraine" (13,9 Prozent) als Wahlsieger hervorhing. Die Jahre nach der Orangen Revolution waren von Machtkämpfen, ständigen Regierungswechseln und sogar Handgreiflichkeiten zwischen Abgeordneten im Parlament gekennzeichnet, was zu einem Ansehens- und Vertrauensverlust der politischen Institutionen und der Orangen Regierung führte. Letztendlich verspielten die Orangen Kräfte ihre Chance und gaben Janukowytsch den Weg frei, der am 7. Februar 2010 mit 48,95 Prozent zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt wurde.[139]

Auch die EU hat der Ukraine nach der Orangen Revolution keine Perspektiven für die erwünschte EU-Mitgliedschaft eröffnet. Kooperationsprogramme bestanden zwar weiterhin, jedoch musste die Ukraine ihren Weg in Richtung konsolidierte Demokratie alleine beschreiten, ohne ihre bisherige so wichtige Motivation einer EU-Mitgliedschaft. Russland hingegen versuchte weiterhin, seinen politischen

[137] vgl. Kubicek (2009: 327-331)
[138] vgl. Kubicek (2009: 333) / Pleines (2009: 118ff)
[139] vgl. Kappeler (2014: 290ff)

Einfluss in der Ukraine zu wahren und die Ukraine auf seine Seite zu ziehen. In diesem Spannungsfeld musste die Ukraine nun wichtige Entscheidungen über die Zukunft des Landes treffen. Denn im Gegensatz zu Russland verfügt die Ukraine seit der Orangen Revolution über wichtige Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie: eine starke Opposition, politischen Wettbewerb und faire und freie Wahlen sowie unabhängige Medien.[140]

Auch wenn der Ausgang der Orangen Revolution nicht wie erhofft verlaufen ist, so kann man trotzdem sagen, dass sie einen wichtigen Schritt in Richtung konsolidierter Demokratie darstellt. Aus einem unorganisierten Kampf gegen das Regime ist 2004 ein organisierter geworden, indem die Zivilgesellschaft erkannt hat, dass sie ihre gemeinsamen Interessen und Ziele nur durch kollektive Aktionen bündeln und erreichen kann. Die Orange Revolution kann durchaus als demokratisch bezeichnet werden, denn *„[p]utting pressure on political leaders to play fair and avoid public disapproval is a way of constantly challenging the authorities and prompting them to reckon with public opinion in making policy choices".*[141]

McFaul (2005) beschreibt sieben wichtige Faktoren, die für den Erfolg der Orangen Revolution verantwortlich gemacht werden können: 1) das semi-autoritäre Regime Kutschmas, das es – im Gegensatz zu einem autokratischen System – ermöglichte, politischen Pluralismus und eine Opposition in der Ukraine aufzubauen, 2) ein unbeliebter amtierender Präsident, der einerseits aufgrund von Korruption, aber vor allem durch die „Gongadze-Affäre" stark an Popularität verloren hatte, 3) eine vereinigte Opposition, die sich zu den Präsidentschafts-wahlen organisierte und gemeinsam hinter Juschtschenko stellte, 4) unabhängige nationale und internationale Wahlbeobachter, die es schafften, die Manipulationen aufzudecken und rasch darauf zu reagieren, 5) ein Quäntchen unabhängiger Medien, die die Wahlfälschungen publik machten und die ukrainische Bevölkerung trotz massiven Medieneinflusses des Präsidenten über die Wahrheit informierten, 6) die Mobilisierung der Massen, die vor allem durch PORA dazu

[140] vgl. Simon (2009b: 3)
[141] vgl. Polese (2009: 259)

bewegt wurden, auf die Straßen zu gehen und sich für ihre Rechte einzusetzen und 7) die Spaltung der Sicherheitskräfte, die das Militär und die Polizei dazu bewegte, die Proteste nicht gewaltsam zu beenden.[142] Hinzuzufügen seien moderne Kommunikationsmittel, wie das Internet, die die Organisation und Durchführung der Proteste ermöglichten sowie nationale und internationale Unterstützung, die nicht nur finanzielle Hilfe leisteten, sondern ihr Know-How u.a. durch Trainings weitergaben.

Insgesamt kann man durchaus sagen, dass die zivilgesellschaftliche Organisation PORA mithilfe anderer zivilgesellschaftlicher Vereinigungen der Motor dieser Revolution war, indem sie die Bevölkerung informierte, mobilisierte und während der gesamten Revolution unterstützte. Sicherlich darf die internationale Unterstützung nicht außer Acht gelassen werden, jedoch war sie eher ein Bonus als die treibende Kraft dieser Revolution.

Doch auch wenn die Orange Revolution als Erfolg der Zivilgesellschaft gilt, gibt es ebenso kritische Stimmen, die die Ereignisse 2004 nicht als „bottom up“ Revolution, sondern als von Eliten geleiteten und extern gesponserten Coup bezeichnen. So übt z.B. David Lane (2008) Kritik an der westlichen Sichtweise der Revolution. Diese basiert auf folgenden Überlegungen: erstens spiegle die Teilnahme auf dem Maidan nicht Einstellungen und Interessen der Gesamt-bevölkerung wider, auch wenn die Orange Revolution Dimensionen einnahm, die niemand erwartet hatte. Die meisten ProtestteilnehmerInnen kamen aus dem westlichen und zentralen Teil der Ukraine, sodass die Forderungen nach einem Regimewechsel nicht von der gesamten Ukraine befürwortet wurden. Zweitens kommt die Frage auf, ob die Revolution wirklich ein spontanes zivil-gesellschaftliches Ereignis darstellt oder ein von Eliten geleiteter Coup war. Hierzu zeigen Umfragen, dass 45,2 Prozent der befragten UkrainerInnen die Orange Revolution als „bottom-up“ bezeichnen würden, 36,4 Prozent aber als Eliten-geleitet. Auch hier zeigt sich die regionale Spaltung des Landes: für die

[142] Siehe hierzu den Beitrag von Michael McFaul (2005): Transitions from Postcommunism. In: Journal of Democracy, Vol. 16/3, Juli 2005, S. 5-19

erstere Variante entschieden sich größtenteils Personen aus dem Westen und Zentrum, UkrainerInnen im Süden und Osten benennen die Ereignisse eher als vom Westen inspirierte und finanzierte und von nationalen sowie internationalen Eliten provozierte Revolution.[143]

Diese kritische Betrachtung der Orangen Revolution wird verstärkt durch die Tatsache, dass auch der neue Präsident Juschtschenko nicht in der Lage war seine Versprechen, die Ukraine weiter in Richtung konsolidierte Demokratie zu führen, Korruption zu bekämpfen und den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, zu halten. Einige Zeit nach der Revolution wird klar, dass die Neuwahlen „nur" einen Austausch des Führungspersonals bewirkten, nicht aber den Wechsel des politischen Systems der Ukraine. Die Zeit nach der Orangen Revolution verstärke gar die ethnische Spaltung des Landes, die vor allem beim Euromaidan 2013/2014 zum Ausdruck kommt. *„The events of the Orange Revolution did not initiate, and the consequences did not effect, integrating mechanisms creating solidarity – the formation of a 'civic Ukraine' – but led to greater division between East and West Ukraine. […] The associated 'us' has two different identities: Europe and West Ukraine, on the one hand, and East Ukraine and Russia, on the other".*[144]

[143] zu David Lanes Kritik siehe Lane (2008): The Orange Revolution: 'People's Revolution' or Revolutionary Coup?
[144] Lane (2008: 545)

5. Der Euromaidan

Um verstehen zu können, wodurch die Maidan-Proteste am 21. November 2013 ausgelöst wurden und welche Motivationen und Forderungen die Massen diesmal antrieben, muss vorher ein kurzer Blick auf die Außenpolitik der Ukraine sowie auf die der EU geworfen werden. Seit 2004 versucht die EU mit ihrem Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) auch in den Nachbarstaaten der EU Sicherheit, Stabilität und Wohlstand aufzubauen und zu gewährleisten. Durch die tatkräftige Unterstützung politischer und ökonomischer Reformen soll der Weg in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft geebnet werden. Die Kooperation mit der Ukraine zielt vorwiegend darauf ab, das Land sowohl politisch als auch wirtschaftlich in die EU zu integrieren und die demokratische Konsolidierung durch vielseitige Reformen zu erreichen. Hierfür trat im Jahr 2005 ein zwischen der EU und der Ukraine beschlossener „Aktionsplan“ in Kraft, der innen- und außenpolitische Reformen enthält. Innenpolitische Zielsetzungen betreffen die Entwicklung demokratischer Verhältnisse, die Wahrung demokratischer Grundfreiheiten und der Menschenrechte, die Konsolidierung der Justiz, die Reformierung des öffentlichen Sektors, die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität und die Verbesserung des Investitionsklimas sowie der sozialen Versorgungsdienste. Die Außenpolitik der Ukraine solle einerseits auf eine baldige EU-Integration sowie einen NATO-Beitritt, andererseits aber auch auf eine gute Zusammenarbeit mit Russland setzen, da beide Partner wichtig für die Zukunft der Ukraine sind. Insgesamt soll vor allem der Handel gestärkt werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes voranzutreiben.[145] Der Aktionsplan beinhaltet zwar das Ziel einer EU-Integration, eine konkrete Beitrittsperspektive wurde der Ukraine jedoch bis dahin nicht eröffnet.

Die tatsächliche Innen- und Außenpolitik der Ukraine der letzten Jahre sah jedoch nicht ganz so erfolgsversprechend aus. Nachdem die Sieger der Orangen Revolution nicht im Stande waren, die angestrebten Reformen durchzuführen und das politische System der Ukraine in vollem Maße zu demokratisieren, war die

[145] vgl. Europäische Kommission (2006: 3-6)

ukrainische Bevölkerung enttäuschter denn je. Diese tiefgreifende Enttäuschung führte gar soweit, dass Wiktor Janukowytsch - gegen den die UkrainerInnen 2004 wegen Wahlbetrugs noch demonstrierten - bei den Präsidentschaftswahlen 2010 zu Juschtschenkos Nachfolger gewählt wurde. Innenpolitisch entfernte sich das Land mit dem Amtsantritt Janukowytschs aber wieder vom angestrebten Ziel der Demokratie. Die Verfassungsreform von 2004 wurde als verfassungswidrig erklärt und rückgängig gemacht, sodass der Präsident wieder mehr Befugnisse erhielt und das Parlament im Gegenzug geschwächt wurde. Auch die Beschneidung der Pressefreiheit nahm deutlich zu. Die freie und unabhängige Medienlandschaft - eine der wichtigsten Errungenschaften der Orangen Revolution - wurden mit Hilfe von Einschüchterungsversuchen und Drohungen sowie zahlreichen Verhaftungen dazu gezwungen, regimefreundliche Berichterstattungen zu gestalten.[146] Auch die Rache an seinen politischen GegnerInnen ließ nicht lange auf sich warten. Unter dem Vorwand, die Veruntreuung und Korruption im Lande zu bekämpfen, wurden zahlreiche PolitikerInnen verhaftet und verurteilt, darunter auch Janukowytschs stärkste Rivalin Julija Tymoschenko. Ihr wurde u.a. Unterschlagung von staatlichem Vermögen sowie Amtsmissbrauch vorgeworfen und eine Haftstrafe von sieben Jahren aufgesetzt. Auffällig hierbei war die selektive Verfolgung, da fast ausschließlich die ehemalige „orange“ politische Elite zum „Opfer“ dieser Korruptionsbekämpfung wurde.[147] Auch kritisch zu beleuchten ist, dass sich Janukowytsch selbst massiv am Staatsvermögen bereicherte, wie später nach seiner Flucht während des Euromaidan erst in vollem Ausmaß deutlich wurde.

Die negative innenpolitische Entwicklung während Janukowytschs Regierungsperiode verdeutlicht auch der Freedom House Democracy Score[148], der sich von 4,50 (2005) auf 4,93 (2014) verschlechterte. Wichtige Richtwerte, wie Wahlprozesse, Rechtsrahmen und Unabhängigkeit, demokratische Staatsführung und Korruption erfuhren seit 2004 zunächst eine Verbesserung, ab 2010 jedoch

[146] vgl. Kappeler (2014: 297ff)
[147] vgl. Vogel (2012: 2)
[148] Das Rating basiert auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 das höchste Level demokratischen Fortschritts und 7 das schwächste darstellt.

wieder eine deutliche negative Entwicklung. Nur die Zahlen zur Zivilgesellschaft haben sich seit 2005 kontant positiv entwickelt.[149]

Seine „multivektorale“ Außenpolitik zwischen 2010 und 2013 wird oftmals als widersprüchlich bezeichnet, da Janukowytsch sich einerseits für eine Annäherung an die EU inklusive der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens aussprach, im Gegenzug aber auch immer wieder die Nähe zu Russland suchte. Die Entscheidung für das Freihandelsabkommen mit der EU oder für die Eurasische Wirtschafts- und Zollunion mit Russland wurde von der ukrainischen Regierung lange nicht getroffen.[150] Doch auch die EU sicherte der Ukraine zwar verstärkte Zusammenarbeit und Unterstützung im Reformprozess zu, weigerte sich aber jegliche Zugeständnisse im Hinblick auf einen EU-Beitritt einzuräumen. Das geplante Assoziierungsabkommen würde für die Ukraine dennoch bedeuten, sich vom postsowjetischen Wirtschaftsraum und damit auch von den „Klauen“ Russlands loszulösen.[151]

Die Ukraine stand 2013 somit wie eh und je zwischen den zwei Großmächten Russland und Europäische Union und weit entfernt von einer demokratischen Konsolidierung des Landes.

5.1 Vorgeschichte: Das Assoziierungsabkommen

Bereits im März 2007 wurden die Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine offiziell begonnen, doch es dauerte mehrere Jahre, bis das Abkommen zur Unterzeichnung bereit war. Die Gründe hierfür waren zahlreich: Uneinigkeit zwischen der EU und der Ukraine bzgl. einer im Vertrag festgelegten EU-Beitrittsperspektive, die veränderte demokratische und rechtsstaatliche Lage in der Ukraine seit dem Amtsantritt von Janukowytsch, Uneinigkeit innerhalb der EU, Zugeständnisse trotz der teils undemokratischen Verhältnisse zu machen, aber

[149] vgl. Freedom House: Nations in Transit 2014 - Ukraine
[150] vgl. Vogel (2012)
[151] vgl. Umland (2011: 3-4)

auch eine langwierige juristische und linguistische Ausarbeitung und Überprüfung des Abkommens.[152]

Ziel des Assoziierungsabkommens ist die politische und wirtschaftliche Integration der Ukraine mit dem Kernelement einer *„Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA)"*[153]. Diese Freihandelszone soll einerseits zollfreien Zugang zu den Märkten beider Länder gewährleisten, andererseits soll sie der Ukraine auch ermöglichen, die ökonomischen und rechtlichen EU-Standards zu übernehmen. Das Abkommen legt den Fokus auf folgende Inhalte:[154]

- ***Politischer Dialog und Reformen, Kooperation in Außen- und Sicherheitspolitik*** (u.a. gemeinsames Krisenmanagement, militärische Zusammenarbeit, etc.)
- ***Justiz, Freiheit und Sicherheit*** (u.a. Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Migration und Asyl, Korruption, Terrorismus, etc.)
- ***Handel und handelsbezogene Angelegenheiten*** (u.a. Freihandelszone)
- ***Wirtschaftliche und sektorale Kooperation*** (u.a. in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Transportwesen, etc.)
- ***Finanzielle Zusammenarbeit und Korruptionsbekämpfung*** (u.a. durch EU-Fördergelder, Programme und Finanzinstrumente, etc.)

Am 21. November 2013 sollte es auf dem EU-Gipfel in Vilnius endlich zur Unterzeichnung kommen, doch die ukrainische Regierung beschloss ohne Vorwarnung das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht einzugehen. Als Reaktion auf diesen erneuten Rückschritt versammelten sich die Menschen auf dem Maidan, um für eine europäische Zukunft der Ukraine einzustehen. Die zunächst friedlichen Proteste nahmen jedoch bereits nach kurzer Zeit eine dramatische Wende.[155]

---

[152] vgl. Vogel (2012)
[153] Europäische Kommission: EU-Ukraine Association Agreement: „Guide to the Association Agreement"
[154] vgl. Europäische Kommission
[155] vgl. Wehrschütz (2014: 302)

5.2 TeilnehmerInnen und ihre Forderungen

Weltweit verfolgten JournalistInnen und WissenschaftlerInnen die Geschehnisse von 2013. Sie beschrieben ein rebellierendes Volk, das sich gegen die Regierung stellt und die Manipulationen und Hintergehungen diesmal nicht über sich ergehen lassen wird. Vielmehr ging man davon aus, dass das Volk die Politik für ihre Machenschaften bestrafen wird. Dies trat Ende des Jahres 2013 auch ein.

Im Gegensatz zu 2004 radikalisierten sich die Proteste bereits nach kurzer Zeit, da die Regierung auf die Proteste mit Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden antwortete. Doch diese ließen sich nicht unterdrücken, ganz im Gegenteil mobilisierte die Wut gegen die ukrainische Regierung die Massen, sodass am 1. Dezember 2013 bereits weit über 400.000 Menschen zum Maidan kamen.[156] Die Zahl stieg rasch auf schätzungsweise eine Million. Nicht nur in Kiew versammelten sich die Menschen zu Hunderttausenden, auch in anderen Städten der Ukraine und sogar in anderen europäischen Städten gingen die Menschen auf die Straße, um die Rückkehr zum pro-europäischen Kurs des Landes und die sofortige Absetzung Janukowytschs einzufordern. Rasch wuchs die Bewegung zu einem Massenprotest an, der weit über die Grenzen des ukrainischen Staates hinausging.[157]

Die Gewaltanwendung von Seiten der Regierung stellte gleichzeitig das Ende eines friedlichen Aufmarsches dar. Mit dem 1. Dezember 2013 begannen die Gegenproteste gegen das brutale Vorgehen der Polizei. Am 8. Dezember wurde das gesamte Regierungsviertel besetzt sowie Zelte und Barrikaden errichtet. Einige AnhängerInnen der Protestbewegungen vermummten sich und griffen die Polizei an, woraufhin es zu zahlreichen Festnahmen kam, die laut der Opposition aber mit einer unerklärlichen Willkür erfolgten.[158] Die Gewalt veränderte nicht nur die Einstellungen gegenüber der Regierung, sondern auch die Formation der Zivilgesellschaft.

---

[156] vgl. Strutynski (2015: 14-15)
[157] vgl. Onuch (2014: 45-46)
[158] vgl. Malygina (2013: 3); Diuk (2014: 86)

Soziodemographisches Abbild der ProtestteilnehmerInnen

Das Kiev International Institute of Sociology (KIIS) befragte am 7. und 8. Dezember 2013 gemeinsam mit der Democratic Initiatives Foundation (DIF) insgesamt 1037 ProtestteilnehmerInnen auf dem Maidan, mit dem Ziel, ein genaueres Bild der Demonstrierenden zu zeichnen. Die Umfragen ergaben folgende Ergebnisse: mit 49 Prozent gehörten die meisten TeilnehmerInnen der mittleren Altersgruppe (30 bis 54 Jahre) an, gefolgt von der Gruppe der 15 bis 29-Jährigen mit 38 Prozent. Stolze 13 Prozent waren jedoch über 55 Jahre alt. Auch wenn wieder viele junge Menschen vertreten waren (StudentInnen machten 13,2 Prozent aus), so stellten diesmal gut ausgebildete „SpezialistInnen" mit knapp 40 Prozent die größte Gruppe auf dem Maidan. UnternehmerInnen waren mit 9,3 Prozent und RentnerInnen mit 9,4 Prozent ebenfalls gut vertreten. Insgesamt waren Menschen mit höherer Bildung mit 62,7 Prozent überdurchschnittlich repräsentiert.[159] Unter den Demonstrierenden waren viele AktivistInnen früherer Protestaktionen (1990: anti-sowjetische StudentInnen-Demos, 2001: „Ukraine ohne Kutschma" Kampagne, 2004: Orange Revolution), die auch 2013/14 Schlüsselrollen übernahmen.[160] Regional gesehen war die Hälfte der Befragten aus Kiew, die andere Hälfte ist aus anderen Gebieten (Westen: 51,8 Prozent, Zentrum: 30,9 Prozent, Osten und Süden: 17,3 Prozent) angereist.[161]

Die Gewaltanwendung der ukrainischen Regierung gegen die eigene Bevölkerung radikalisierte nicht nur die Proteste, sondern veränderte auch ihre sozio-demographische Struktur. Dies spiegelt sich in den darauffolgenden Umfragen[162] deutlich wider: die Altersgruppen verlagerten sich zwar nur leicht (die Gruppe der 30-54-Jährigen nahm etwas zu und die der Jugendlichen und junger Erwachsener leicht ab), deutliche Veränderungen gab es aber im Geschlechterverhältnis. Männer waren im Februar 2014 mit 88,2 Prozent (Anfang Dezember 2013 waren

---

[159] vgl. KIIS (10.12.2013)
[160] vgl. Way (2014: 38)
[161] vgl. KIIS (10.12.2013)
[162] Eine weitere Befragung der ProtestteilnehmerInnen fand am 20. Dezember 2013 sowie am 3. Februar 2014 auf dem Maidan statt. Hierbei wurden den 515 bzw. 502 befragten Personen dieselben Fragen gestellt wie bereits am 7./8. Dezember 2013, um mögliche Veränderungen der Demonstrierenden selbst sowie ihrer Motivationen und Forderungen aufzuzeigen.

es noch 57,2 Prozent) in der eindeutigen Überzahl. Der Bildungsgrad der DemonstrantInnen sank leicht, von 62,7 zu 43,1 Prozent (höhere Bildung), dagegen stieg die Zahl von Personen mit mittlerer Bildung von 22,1 auf 43,1 Prozent. Gut ausgebildete SpezialistInnen stellten mit 26,7 Prozent weiterhin die größte Gruppe dar, die Anzahl der UnternehmerInnen stieg aber von 9,3 auf 17,4 Prozent und die der ArbeiterInnen von 6,7 auf 15,2 Prozent. StudentInnen waren mit nur 6,2 Prozent im Februar deutlich weniger vertreten als noch zu Beginn der Proteste. Auch die regionale Verteilung veränderte sich: 87,6 Prozent der Befragten waren im Februar 2014 aus anderen Regionen angereist, darunter 54,8 Prozent aus der Westukraine, 23,0 Prozent aus der Zentralukraine sowie 21,0 Prozent aus der Ost- und Südukraine. Nur mehr 12,4 Prozent waren direkt aus der Hauptstadt.[163] Vor allem der Rückgang jugendlicher und älterer Personen sowie die Dominanz männlicher TeilnehmerInnen lassen sich mit der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste in Verbindung bringen. Die beidseitige Gewaltanwendung veränderte aber nicht nur das Portrait der Demonstrierenden auf dem Maidan, sondern auch ihre Einstellungen und Forderungen gegenüber der Regierung.

Motivationen und Forderungen[164]

Als Hauptmotivationen für die Beteiligung an den Protesten werden Anfang Dezember vor allem vier Punkte genannt: die brutale Niederschlagung der DemonstrantInnen in der Nacht vom 30. November (69,6 Prozent), Wiktor Janukowytschs Weigerung, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen (53,5 Prozent), der Wunsch, das Leben in der Ukraine zu verändern (49,9 Prozent) und der Wunsch nach einem Autoritätswechsel (39,1 Prozent). Die Beweggründe für die aktive Teilnahme auf dem Maidan blieben

[163] vgl. KIIS (06.02.2014)

[164] Insgesamt standen den Befragten bei der Frage nach den Motivationen und Beweggründen, zum Maidan zu kommen, 12 Antworten und bei der Frage nach den Zielen und Forderungen 11 Antworten sowie jeweils eine eigene alternative Variante zur Auswahl, wovon maximal 3 ausgewählt werden konnten.

auch im Verlauf der Revolution dieselben. Aufrufe der Opposition waren - im Gegensatz zu 2004 - kein Motivationsgrund.[165]

Zu Beginn der Proteste waren keine PolitikerInnen auf dem Maidan erwünscht. Auch die Opposition wurde nicht geduldet, da man sich diesmal nicht hinter eine/n bestimmte/n PolitikerIn stellte. Allgemeine Forderungen, wie die *„Rückkehr zur Verfassung von 2004, die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes und eines Gesetzes zur Lustration in den Gerichten, Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden"*[166] wurden gestellt und die Opposition dazu aufgefordert, einen konkreten Reformplan für das kommende Jahr zu erarbeiten. Außenpolitische Forderungen wichen nach der Gewaltanwendung gegen die DemonstrantInnen innenpolitischen Zielen, wie die Reformierung des Machtapparates und des Justizsystems. Es ging den ProtestteilnehmerInnen nicht mehr nur um die Ersetzung einzelner PolitikerInnen, sondern um die Demokratisierung des gesamten politischen Systems der Ukraine.[167] Dieses Umschwenken verdeutlichen auch die Umfragen des KIIS im Dezember 2013 sowie im Februar 2014: die Unterstützung der Forderung nach Freilassung der verhafteten DemonstrantInnen des Maidan und ein Ende der Repressionen sank zwischen Dezember 2013 und Februar 2014 von 81,8 auf 51,1 Prozent, nach Entlassung der Regierung von 51,0 auf 28,0 Prozent und nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU von 43,7 auf 17,3 Prozent. Diese Forderungen waren den DemonstrationsteilnehmerInnen weiterhin wichtig, innenpolitische Ziele, wie Janukowytschs Resignation und vorgezogene Präsidentschaftswahlen (68,2 Prozent), Rückkehr zur alten Verfassung, die die Macht des Präsidenten begrenzte (25,8 Prozent), Entlassung des Parlaments und vorgezogene Parlamentswahlen (24,4 Prozent) und Strafverfolgung aller, die für die gewaltsamen Niederschlagungen der Demonstrierenden des Maidan verantwortlich waren (23,6 Prozent), gewannen im Verlauf der Proteste aber an Bedeutung.[168]

---

[165] vgl. KIIS (06.02.2014)
[166] Malygina (2013: 3)
[167] vgl. Kulyk (2014: 11)
[168] vgl. KIIS (06.02.2014)

Die Taktik der ProtestteilnehmerInnen war eindeutig der Boykott: man boykottierte einerseits Firmen und Produkte von regimetreuen Oligarchen und Abgeordneten von Janukowytschs Partei der Regionen, um diese zu schwächen, andererseits besetzte man Regierungsgebäude, um vor allem darauf aufmerksam zu machen, dass die Regierung keine Kontrolle über die Proteste hat.[169]

Kommunikationskanäle und Koordination der Proteste

Wie bereits bei der Orangen Revolution, spielte das Internet als Kommunikationsmedium auch während des Euromaidan eine entscheidende Rolle. Im Gegensatz zu 2004 sind es diesmal aber insbesondere soziale Netzwerke, wie Facebook und Twitter, die zur schnellen Informationsverbreitung dienten. Die Schnelligkeit und Verfügbarkeit auf mobilen Geräten wurde genutzt, um die Massen rasch mobilisieren zu können. Auch konnte mithilfe des Internets verbreitet werden, welche Bedürfnisse und Interessen die Protestierenden auf dem Maidan haben.[170] Somit konnte die Regierung den Informationsfluss über die Proteste und die Einstellungen der Bevölkerung zur Revolution nicht mehr direkt blockieren bzw. manipulieren.

Seit der Orangen Revolution genießt die ukrainische Führung auch keinen exklusiven Medienzugang mehr, viele Oligarchen, in deren Besitz sich die meisten ukrainischen Fernsehsender befinden, stellen sich während des Euromaidan auf die Seite der DemonstrantInnen und vermittelten die für die Regierung unbequeme Wahrheit in ihren Sendungen.[171] Die Oligarchen, die die Revolution unterstützten, agierten vor allem zu Beginn der Proteste eher im Hintergrund. Sie nutzten ihren Medieneinfluss und boten Geld- sowie Sachspenden, jedoch gab es zunächst keine/n oppositionelle/n PolitikerIn, hinter den oder die man sich positionieren konnte. Ebenso spielten NGOs bei der Organisation und Koordination der Proteste keine wesentliche Rolle. Sicherlich unterstützten viele NGOs den Maidan, aber es kann keine zivilgesellschaftliche

[169] vgl. Bartkowski (2014: 12)
[170] vgl. Kulyk (2014: 11)
[171] vgl. Malygina (2013: 4)

Bewegung ausgemacht werden, die maßgeblich für die Vorbereitung und Durchführung des Euromaidan verantwortlich gemacht werden kann. Nicht der Dritte Sektor war Ende 2013 der Initiator dieser Revolution, sondern die Zivilbevölkerung selbst, die die „Schaukelpolitik“ ihres Präsidenten nicht mehr hinnehmen wollten. Ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft platzten mit der Nicht-Unterzeichnung des Abkommens. Dieser unerwartete Rückschritt löste eine nicht zu bremsende Wut gegen Janukowytsch aus, sodass sich die Bevölkerung spontan selbst organisierte und auf die Straßen ging. Laut Umfragen des KIIS kamen 91,8 Prozent der Befragten UkrainerInnen selbst zum Maidan, 6,3 Prozent kamen organisiert durch eine NGOs bzw. eine zivilgesellschaftliche Bewegung und nur 1,6 Prozent organisiert von einer Partei. Auch gehörten zu Beginn der Proteste 91,8 Prozent der befragten ProtestteilnehmerInnen keiner Vereinigung an.[172]

Der Euromaidan war somit initiiert und getragen von der ukrainischen Bevölkerung. NGOs und andere zivilgesellschaftliche Bewegungen, Oligarchen und die Opposition agierten eher im Hintergrund. Auch wenn nicht jeder aktiv auf dem Maidan teilnahm, so gab es zahlreiche Unterstützung aus der Bevölkerung. Viele freiwillige HelferInnen spendeten Geld, Kleidung, Zelte und Decken oder boten direkt ihre Hilfe u.a. bei der Zubereitung und Verteilung von Speisen an die Demonstrierenden an. Ebenso stellten viele UkrainerInnen Schlafplätze für Anreisende aus anderen Regionen zur Verfügung.[173] Im Verlauf der Revolution gewannen NGOs und Oppositionsparteien an Spielraum, vor allem als es darum ging, die Verantwortlichen für die Gewalt gegen DemonstrantInnen zu finden und zu bestrafen.[174] Im Februar 2014 kamen weiterhin 83,5 Prozent auf eigene Faust, die Anreise von 13,3 Prozent wurde durch eine NGO bzw. eine Bewegung organisiert. Auch gaben zu diesem Zeitpunkt der Revolution bereits 14,2 Prozent an, Mitglied einer Bewegung zu sein, 8,4 Prozent waren Mitglied einer NGO und 7,7 Prozent Mitglied einer Partei.[175]

---

[172] vgl. KIIS (10.12.2013)
[173] vgl. Bartkowski (2014: 11); Diuk (2014: 86f)
[174] vgl. Poltorakov (2015: 32)
[175] vgl. KIIS (06.02.2014)

Der Euromaidan war zu einer heterogenen wandelbaren Protestbewegung geworden.

5.3 Externe Einflussfaktoren

Die Proteste kamen nicht nur für das Ausland und die ukrainische Regierung überraschend, sondern auch für die Opposition, die zunächst keine gemeinsame Strategie hatte. Gründe hierfür waren u.a., dass die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens durch Janukowytsch nicht absehbar war und dass diesmal keine zivilgesellschaftlichen Organisationen im Vordergrund standen, die die Proteste lange im Voraus planten und organisierten. Beide Faktoren – die Voraussehbarkeit der Wahlfälschungen und die Vorbereitung und Koordinierung der Massenproteste durch NGOs – waren 2004 gegeben, 2013 hingegen wurden die Demonstrationen spontan und „von unten“ initiiert.

Als die Oppositionsführer schließlich einen gemeinsamen Plan aufstellten, wurden Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung und der Auflösung des Parlaments sowie Janukowytschs Amtsenthebung laut. Auch wurde die Regierung von der Opposition zur Freilassung inhaftierten DemonstrantInnen und zur Bestrafung derer, die für die Gewalt auf dem Maidan verantwortlich waren, aufgefordert.[176]

Die Rolle der Europäischen Union in diesem Szenario ist relativ eindeutig. Ob Russland – als Gegenpol und „Konkurrent“ zur EU – direkt auf Janukowytschs Entscheidung Einfluss genommen hat, ist unklar. Dennoch kann gesagt werden, dass es stets Ziel des Kreml war und ist, die Ukraine stärker an Russland zu binden und weiterhin in seinen Einflusssphären zu halten. Doch auch für sie kam der Euromaidan überraschend. Eine Wiederholung der Orangen Revolution 2004 schien für Russland unmöglich und zwang Putin diesmal zu massiveren Mitteln zu greifen. Wie die EU und Russland auf die spontanen Massenproteste reagierten, soll im Folgenden geklärt werden.

[176] vgl. Malygina (2013: 3)

Die Rolle der EU

Wie bereits anhand der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union skizziert, war die Rolle der EU vor dem Euromaidan eine eindeutige: die langjährige Zusammenarbeit mit der Ukraine und die Vorbereitung des Assoziierungsabkommens zielte auf eine Intensivierung der ukrainisch-europäischen Beziehungen mit der Möglichkeit einer vollständigen Integration ab. Diese Kooperation dauerte bereits viele Jahre und wurde von beiden Seiten begrüßt. Dennoch versuchte Janukowytsch weiterhin zwischen der EU und Russland zu manövrieren.

Die Ereignisse in Vilnius und die darauffolgenden Proteste auf dem Maidan sowie der Versuch, diese gewaltsam aufzulösen, zwang die EU zum Handeln. Am 12. Dezember 2013 wurde daher zu einem Dialogforum aufgerufen, um die Regierungsmitglieder und die Opposition zusammenzubringen. Zwar hat die EU die Gewaltanwendung gegen die DemonstrantInnen auf dem Maidan scharf kritisiert, der Aufforderung nach Sanktionen gegen Janukowytsch wurde jedoch zunächst nicht nachgegangen, da sich die Union nicht dazu bemächtigt fühlte, in das interne politische Gefüge der Ukraine eingreifen zu dürfen.[177] Kontrovers diskutiert wird auch, inwieweit westliche Regierungen die Proteste direkt unterstützten. Russland und Janukowytsch beschuldigten die USA sowie die EU der aktiven Steuerung der Maidan-Proteste aus geopolitischem Kalkül[178], diese wehrten sich hingegen gegen die russischen Anschuldigungen mit der Begründung, die Ukraine bereits seit ihrer Unabhängigkeit zu unterstützen:

> *„Since Ukraine's independence in 1991, the United States has supported Ukrainians as they build democratic skills and institutions, as they promote civic participation and good governance, all of which are preconditions for Ukraine to achieve its European aspirations. We've invested over $5 billion to assist Ukraine in these and other goals that will ensure a secure and prosperous and democratic Ukraine."*[179]

---

[177] vgl. Malygina (2013: 5- 6)
[178] vgl. Lenta.ru (2013)
[179] Victoria Nuland (Abteilungsleiterin im Bureau of European and Eurasian Affairs des US-Außenministeriums) in ihrer Rede bei der U.S.-Ukraine Foundation Conference am 13. Dezember 2013

Die später verhängten Beschränkungen und Strafen für einige russische PolitikerInnen und Oligarchen sowie Staatsbetriebe scheinen Russland jedoch nicht allzu viel auszumachen und deuten auf eine unzureichende Intervention von Seiten der EU. Die Schweizer Regierung veranlasste die Sperrung einiger Bankkonten, ebenso wurde gegen Janukowytsch und seinen Sohn ein Strafverfahren wegen schwerer Geldwäsche eröffnet.[180] Auch die USA verhängten Einreisesperren gegen einige ukrainische sowie russische Funktionäre mit dem Vorwurf der Bedrohung der Souveränität der Ukraine, der Untergrabung demokratischer Prozesse sowie der Verletzung der Menschenrechte. Weitere Sanktionen wurden seitens den USA und der EU angedroht, wenn die Regierungsspitzen beider Länder nicht zu diplomatischen Gesprächen bereit wären, um den Konflikt schnellstmöglich zu lösen.[181]

Russlands Reaktionen

Die russische Regierung wollte von Beginn an eine Unterzeichnung des Abkommens mit der EU verhindern, da eine Annäherung der Ukraine an die EU Putins Plänen einer Eurasischen Union in die Quere käme. Aus Angst, die Hegemonie in der postsowjetischen Region zu verlieren, wurde mehrfach versucht, die ukrainische Regierung von der Unterzeichnung abzubringen und vor allem die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine gegen das Abkommen und gegen die EU zu stimmen. Hierfür standen Russland mehrere Methoden zur Verfügung:

1) Die Medien: Russland betreibt einige russische Fernsehsender in der Ukraine, um die westliche Prägung des Staates zu verhindern. Daher wird bereits seit langem durch russische Medien versucht, ein allgemein negatives Bild des Westens zu verbreiten und insbesondere die negativen Folgen der Assoziierung mit der EU für die Ukraine aufzuzeigen. Hierbei wird vor allem auf die historische und kulturelle Zusammengehörigkeit gesetzt und die (trotz der ukrainischen Unabhängigkeit) enge Bindung zwischen der Ukraine und

[180] vgl. Spiegel Online (2014a)
[181] vgl. Spiegel Online (2014b)

Russland betont.[182] Als die Proteste auf dem Maidan begannen und schnell zu einer Revolution anwuchsen, versuchte Russland ein „Überschwappen“ der Demonstrationen nach Russland zu verhindern, indem diese als gut geplante Pogrome definiert und die Demonstrierenden als gekaufte und gewalttätige Putschisten bezeichnet wurden.[183]

2) Die Wirtschaft: Die intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine ermöglichten Putin eine enorme Einflussnahme auf die ukrainische Wirtschaft u.a. durch Importbeschränkungen und Preiserhöhungen russischer Exportgüter. So wurde z.B. mittels Importstopps von ukrainischen Gütern nach Russland versucht, den Druck auf die ukrainische Regierung zu erhöhen. Auch die Androhung einer Visapflicht sollte der Ukraine aufzeigen, welche Konsequenzen die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens für das Land haben könnte. Auf der anderen Seite lockte Russland mit diversen Anreizen, wie Krediten in Millionenhöhe und einer vorübergehenden Gaspreis-senkung.[184]

3) Territoriale Macht: Der Sieg der Zivilgesellschaft über ihren semi-autoritären Präsidenten und der Umsturz seiner Regimes wurde von Russland negativ aufgenommen und als vom Ausland gelenkt dargestellt. Große Sorge bereitete der russischen Regierung aber vor allem, dass dieser Sieg auch die russische Opposition beflügeln könnte, sodass Russland beschloss direkt in die Geschehnisse einzugreifen. Unter dem Vorwand, die russische Bevölkerung und deren Interessen im Osten der Ukraine und auf der Krim schützen zu müssen, wurde ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt. In einem Referendum im März 2014 stimmte eine erstaunende Mehrheit von 96,8 Prozent für eine „Wiedervereinigung der Krim mit Russland“, sodass die Krim am 18. März zum unabhängigen Staat erklärt und bereits am 20. März in die

[182] vgl. Kappeler (2014: 334-335)
[183] vgl. Malygina (2013: 6); Diuk (2014: 87)
[184] vgl. Kappeler (2014: 336)

Russländische Föderation aufgenommen wurde.[185] Die Annexion der Krim war innerhalb weniger Tage vollzogen:

> *„Die Uhren wurden auf Moskauer Zeit umgestellt, bis Ende Mai der Rubel als Zahlungsmittel eingeführt. […] Die Bewohner der Krim erhielten die Staatsbürgerschaft Russlands, wer ukrainischer Staatsbürger bleiben wollte, hatte erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen. Die Krim wurde in die administrative Ordnung Russlands eingegliedert, und die russischen Gesetze wurden eingeführt.“*[186]

Russlands ständiger Konkurrenz- und Machtkampf mit dem Westen trug zur Destabilisierung der Ukraine bei. Präsident Putin geht es aus externer Sicht vorwiegend darum, seine Hegemoniebestrebungen im postsowjetischen Gebiet aufrecht zu erhalten und Europa davon abzuhalten, in russische Interessens- und Einflusssphären einzugreifen.[187]

5.4 Ein Ende der Revolution?

Mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens erhoffte sich die ukrainische Bevölkerung – oder zumindest der Teil der Bevölkerung, der eine Annäherung an die EU unterstützte – eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und damit einhergehend eine positive Entwicklung des Landes. Rechtsstaatlichkeit, Medien- und Meinungsfreiheit und Wohlstand standen dabei an oberster Stelle. Diese Hoffnungen, an die auch eine Verbesserung der eigenen persönlichen Situation gekoppelt war, wurden durch die Weigerung ihres Präsidenten, das Abkommen mit der EU einzugehen, mit einem Mal zerstört. Dieser unerwartete Rückschritt brachte die Menschen derart außer sich, dass sie sich verpflichtet fühlten, auf eigene Faust auf die Straßen zu gehen und für ihre Bedürfnisse und Erwartungen einzustehen. Der zunächst friedliche Protest eskalierte mit der Gewaltanwendung der Regierung und mündete in einer teils gewaltsamen Massenauflehnung, die erst durch den Rücktritt Janukowytschs und der Wahl einer neuen Regierung beendet werden

[185] vgl. Shevtsova (2014: 76ff)
[186] Kappeler (2014: 354)
[187] vgl. Shelest (2014: 4)

konnte. Der Auslöser des Euromaidan kann eindeutig ausgemacht werden, der Verlauf hingegen war unabsehbar und das „letzte Wort“ ist noch nicht gesprochen.

Poltorakov weist darauf hin, dass der Euromaidan in zwei unterschiedliche Phasen eingeteilt werden muss: eine erste Phase öffentlichen Protests bzw. einer sozialen Bewegung unter Ausgrenzung der politischen Opposition mit dem vorrangigen Ziel einer EU-Integration ging bereits Anfang Dezember über in einen Protest gegen die negativen sozialen Bedingungen im Land und mündete schließlich in der zweiten Phase einer politisierten Bewegung mit der Opposition als treibender Kraft und dem Ziel eines Regimewechsels.[188] Auch die Umfrage-ergebnisse zeigen leicht veränderte Ambitionen des Protests sowie einen höheren Grad der Organisiertheit durch zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen, ebenso wie durch politische Parteien. Die Politisierung des Protests versprach aussichtsreichere Erfolgswahrscheinlichkeiten eines Regimewechsels.

Am 22. Januar 2014 starben erstmals Menschen durch Kugeln der ukrainischen Polizei. Nachdem es auch im Februar 2014 trotz vereinbartem Waffenstillstandes wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und der Polizei mit zahlreichen Verletzten und Toten kommt, unterzeichnet der ukrainische Präsident gemeinsam mit den Oppositionsführern einen Vertrag, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Dieser wurde jedoch von den Regierungs-gegnerInnen nicht akzeptiert, da die sofortige Amtsenthebung Janukowytschs hierbei nicht vereinbart wurde. Eine Abstimmung des Parlaments brachte folglich die endgültige Entscheidung: eine sofortige Absetzung des Präsidenten und Neuwahlen im Mai. Diese Entscheidung wurde am 24. Februar von der EU anerkannt, nachdem Janukowytsch kurz zuvor nach Russland geflohen war. So wurde Petro Poroschenko am 26. Mai 2014 mit einer absoluten Mehrheit zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt.[189]

[188] vgl. Poltorakov (2015: 34)
[189] vgl. Fraczek / Ignatzi (2014)

Als Reaktion auf die Maidan-Proteste und vor allem auf die Amtsenthebung Janukowytschs demonstrierte die „Anti-Maidan“-Bewegung im Osten und Süden der Ukraine gegen die neue Regierung, woraufhin es Ende Februar auf der Krim zu Auseinandersetzungen zwischen AnhängerInnen und GegnerInnen der neuen Spitze in Kiew kommt. Bewaffnete pro-russische Separatisten besetzen staatliche Institutionen auf der Halbinsel und setzen die regionale Regierung ab. Daraufhin kündigt die ukrainische Regierung eine landesweite „Antiterror-Aktion“ an, um die Separatistenbewegungen einzudämmen. Doch auch diese Maßnahmen können das Unabhängigkeitsreferendum und die darauffolgende Annexion der Krim nicht verhindern.[190]

Die Proteste auf dem Maidan klangen nach der Flucht Janukowytschs langsam ab, im Osten der Ukraine eskalierten die Konflikte hingegen. Am 1. März bewilligt das russische Parlament Präsident Putin eine Entsendung russischer Truppen auf das Territorium der Ukraine. Gleichzeitig wird Russland sowohl von der ukrainischen Regierung als auch von NATO-SicherheitsexpertInnen beschuldigt, mehrere Tausend Soldaten sowie Panzerfahrzeuge auf der Krim positioniert zu haben und damit die territoriale Integrität der Ukraine zu untergraben. Auch in Donetzk, Luhansk und Kharkiv besetzen Separatisten öffentliche Verwaltungsgebäude sowie den Flughafen und liefern sich heftige Gefechte mit dem ukrainischen Militär. Die russische Intervention im Osten der Ukraine kann aufgrund der unübersichtlichen Lage nicht genau datiert werden, jedoch ist sie trotz mehrfacher Dementi seitens des russischen Präsidenten und verdeckten Eingriffen zweifellos.[191] Diese Einmischung in den innerpolitischen Konflikt der Ukraine verursachte einen regelrechten Krieg auf ukrainischem Staatsgebiet. Diese Kriegssituation erschwerte die Bemühungen des Euromaidan, die Ukraine politisch und sozial zu reformieren und ihren Weg in Richtung EU-Annäherung weiter fortzuschreiten. Russlands militärische Eingriffe verletzten nicht nur die Souveränität der Ukraine, sondern verstärkten die inner-ukrainischen Konflikte deutlich. Unter dem Vorwand, die russische Bevölkerung schützen zu müssen,

[190] vgl. Europäisches Parlament (2016b)
[191] vgl. Fraczek / Ignatzi (2014)

scheint es Russlands eigentliches Ziel durch eine Destabilisierung der Ukraine deren Aussichten auf eine NATO- und EU-Mitgliedschaft zu verhindern oder zumindest lange zu verzögern. Doch trotz der schwierigen Situation im Lande, gelang es den teils neuen politischen Eliten einen Reformplan aufzustellen und die Verhandlungen mit der EU weiterzuführen.

Nach den umstrittenen Wahlen, die am 2. November 2014 in der Region der Ostukraine abgehalten wurden, verkündeten die Separatisten den Sieg, welcher jedoch nur von Russland anerkannt wird. Im Dezember 2014 sollte ein Waffenstillstand wieder Ruhe in die chaotische Lage und Gelegenheit für eine gewaltfreie Einigung zwischen den Parteien bringen – dieser wurde aber weder vom ukrainischen Militär, noch von den pro-russischen Separatisten eingehalten. Im 2. Minsker Abkommen, welches am 12. Februar 2015 unterzeichnet wurde, einigten sich die Konfliktparteien auf eine Waffenruhe im Donbass. Doch auch diese Waffenruhe wird immer wieder durch Feuergefechte gestört. Aufgrund der Nichteinhaltung fast aller Punkte des Abkommens, wird dieses von der Presse mittlerweile als gescheitert tituliert.[192]

Seither unterstützt die Europäische Union die Ukraine sowohl finanziell als auch auf politischer Ebene. Auch der Europarat leistet politische Unterstützung für die angestrebten Reformen. Denn ohne externe Hilfe wird es der Ukraine kaum gelingen, die massiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformprozesse zu bewerkstelligen. Der Rückhalt der EU zeigt der ukrainischen Zivilgesellschaft aber vor allem, dass ihr Kampf nicht umsonst gewesen ist. Und dennoch: Der Erfolg der Reformen liegt nicht in den Händen internationaler AkteurInnen oder der Zivilgesellschaft, sondern in denen der ukrainischen politischen Kräfte sowie ihrer Reformbereitschaft und ihrem Willen, die Korruption im Land zu bekämpfen, die einflussreiche Oligarchie politisch zu entmachten und damit eine politische Klasse zu bilden, die das Vertrauen ihrer BürgerInnen genießt.

[192] vgl. von Salzen (2017)

6. Orange Revolution und Euromaidan – ein Vergleich

Im Februar 2014 begann in der Ukraine die postrevolutionäre Zeit voller Unsicherheiten und Risiken. Es stellt sich die Frage, ob die zweite ukrainische Revolution erfolgreicher und nachhaltiger war, als jene von 2004. Beide Revolutionen stellen ein bedeutendes Ereignis in der noch relativ kurzen Geschichte der Ukraine als souveränes europäisches Land dar. Oft ist die Rede von einer engen Verbindung zwischen beiden Revolutionen bzw. gar von einer Weiterführung der 2004 nicht vollendeten Proteste. Doch trifft dies wirklich zu? Können die Ereignisse von 2004 und 2013/14 in Bezug auf ihren Verlauf, ihre AkteurInnen (und deren Motivationen, Ziele und Strategien) sowie ihre Reichweite gleichgesetzt werden? Vor allem aber stellt sich die Frage, welchen Beitrag die ukrainische Zivilgesellschaft durch diese Art von zivilgesellschaftlichem Einsatz für den Demokratisierungsprozess ihres Landes leisten kann.

Auf den ersten Blick zeigt sich ein demonstrativ auffälliger Aspekt, der die beiden Revolutionen sehr ähnlich erscheinen lässt: die Massenbewegung. Beide Revolutionen zeigen Menschenmassen, die auf die Straße gingen, um gegen die Ungerechtigkeiten und Manipulationen in ihrem Land zu demonstrieren. Ein erster eindeutiger Unterschied liegt in der Dauer der Proteste. Die Orange Revolution dauerte genau 17 Tage, verlief friedlich und endete mit Neuwahlen, wohingegen der Euromaidan sich über mehrere Monate teils gewaltsam hinzog. Für beendet erklärt werden können nur die Proteste direkt auf dem Maidan in Kiew, denn die Lage im Donbass hat sich bis heute nicht normalisiert.

Welche weiteren Gemeinsamkeiten und Unterschiede ausgemacht werden können und was die ukrainische Zivilgesellschaft aus der Orangen Revolution 2004 gelernt hat und 2013/14 umsetzen konnte, wird im Folgenden erörtert. Des Weiteren wird analysiert, welche Funktionen die Zivilgesellschaft durch diese Art von Partizipation erfüllt und ob sie dadurch einen Beitrag zur demokratischen Konsolidierung der Ukraine leisten kann.

6.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Revolutionen

Die Zivilgesellschaft auf dem Maidan[193]

Während 2004 noch rund die Hälfte der Protestierenden auf dem Maidan zwischen 15 und 29 Jahre alt war, ist 2013/14 nur jeder Dritte ein Jugendlicher bzw. junger Erwachsener. Im Gegensatz hierzu gehörte beim Euromaidan jeder Zweite der mittleren Altersgruppe (30-54 Jahre) an, 2004 machte diese Altersgruppe nur rund ein Drittel der TeilnehmerInnen aus. Es wird angenommen, dass viele der jungen Erwachsenen, die 2004 überrepräsentiert waren und eine tragende Rolle spielten, auch an den Protesten des Euromaidan knapp zehn Jahre später teilnahmen. Dadurch kann auch die Verschiebung der Altersgruppen zwischen 2004 und 2013/14 erklärt werden, da viele der Protestierenden von damals heute der mittleren Altersgruppe angehören. SchülerInnen, StudentInnen und DoktorandInnen waren mit 30,2 Prozent das Gesicht der Orangen Revolution und dessen treibende Kraft. Der Euromaidan wurde nur in den ersten Tagen von StudentInnen angeführt. Nach ihrer brutalen Niederschlagung durch die Polizei-Sondereinheit, verringerte sich der Anteil der studentischen Jugend massiv (auf 6,2 Prozent im Februar 2014). SpezialistInnen, BeamtInnen, Geschäftsleute und UnternehmerInnen sowie ManagerInnen traten an ihre Stelle und machten im Februar 2014 über die Hälfte der Befragten aus. Betrachtet man den Bildungsgrad, so sind Personen mit Hochschulabschluss im Dezember 2013 mit 62,7 Prozent und im Februar 2014 mit 43,1 Prozent deutlich in der Überzahl. Auch diese Tatsache kann ein Indiz dafür sein, dass *„das überdurchschnittlich hohe zivilgesellschaftliche Engagement der Studenten im Jahre 2004 in ein Engagement der Akademiker von 2013/2014 umschlug."*[194]

Auch die Beweggründe, sich zum Maidan zu begeben und aktiv an den Protesten teilzunehmen, unterscheiden sich: mobilisiert durch Wahlfälschungen kamen rund 80 Prozent im Jahr 2004 zum Maidan, im Jahr 2013 wurde zunächst die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, ab Dezember vor allem die

[193] Gegenüberstellung der Umfrageergebnisse von 2004 und 2013/14
[194] Banakh (2014: 15)

Gewaltanwendung der Regierung als Hauptmotivation genannt. Die Ziele der Demonstrationen scheinen in beiden Fällen ähnlich: man suchte und forderte mehr Demokratie, Reformationen des politischen Systems und eine europäische oder europäisch orientierte Zukunft. Beide Revolutionen stellten sich gegen die Präsidentschaft von Janukowytsch und dessen AnhängerInnen.[195] Bei genauerer Betrachtung ging es den TeilnehmerInnen der Orangen Revolution aber hauptsächlich um faire und freie – also demokratische – Präsidentschaftswahlen und Transparenz. Der Euromaidan hingegen war getrieben vom Wunsch, die Ukraine grundlegend zu verändern. Nicht nur der Machthaber sollte ausgetauscht, sondern das komplette System reformiert und korrupte Machenschaften bestraft werden. Vor allem ging es aber um die Wahrung der Menschenrechte und eine europäische Zukunft des Landes - in der Hoffnung, dass sich das Leben jedes Einzelnen verbessern kann.

> *„For the „Orange" Maidan of 2004 this purpose was served by the general idea of democratic elections and by the particular project of electing the „people's president" Yushchenko. The original Euromaidan of November 2013 was mobilized by the general "European idea" and by the particular goal of signing the Association Agreement with the EU."*[196]

Zivilgesellschaftliche Organisationen spielten 2004 eine wesentlich wichtigere Rolle als 2013/14. Vor allem PORA war vor und während der Orangen Revolution massiv an der Vorbereitung, Durchführung und Koordination der Proteste beteiligt. Viele kleine NGOs schlossen sich zusammen und organisierten gemeinsam Camps, Versorgungs- und Logistikmöglichkeiten. Dadurch verliefen die Proteste 2004 von Beginn an sehr koordiniert und friedlich. NGOs vermittelten zwischen der Bevölkerung, der Opposition und der Regierung und leisteten somit einen aktiven Beitrag zum Verlauf und Ausgang der Revolution. Dennoch war der Großteil der ProtestteilnehmerInnen niemals in einer dieser Organisationen aktiv. Beissinger zeigt gar auf, dass die ProtestgegnerInnen 2004 deutlich mehr in

[195] vgl. Aslund (2014: 68)
[196] Poltorakov (2015: 36)

solchen Organisationen involviert waren als die ProtestanhängerInnen.[197] Im Gegensatz zu 2004 war der Dritte Sektor zu Beginn des Euromaidan kaum vertreten. Diesmal waren die Proteste nicht im Voraus geplant worden, alles Organisatorische entstand spontan als Reaktion auf die Krise, da die Unterzeichnungsverweigerung Janukowytschs und die Anwendung von Gewalt von Seiten der Regierung für die meisten UkrainerInnen doch eher überraschend kam. Auch ausländische BeobachterInnen und die EU waren darauf nicht vorbereitet. Dieses Vorgehen der Regierung brachte viele Menschen außer sich, da man hoffte, dass sich mit der Unterzeichnung des Abkommens auch die wirtschaftliche und soziale Lage der Ukraine verbessern wird. Die Menschen versammelten sich daher spontan, um zu protestieren. Dass die noch relativ kleine und friedvolle Demonstration eskalierte und sehr rasch zu einer Massenbewegung anwuchs, hat die Regierung durch die brutale Gewaltanwendung gegen demonstrierende StudentInnen womöglich selbst verursacht.

Laut den Umfragen des KIIS war die Anreise zum Maidan von knapp 92 Prozent selbstorganisiert. Nur sehr wenige wurden durch eine Partei oder eine zivilgesellschaftliche Organisation mobilisiert. Die Organisationen fassten erst später Fuß am Maidan, wobei sie dennoch eher im Hintergrund agierten. So kamen im Februar 2014 ca. 13 Prozent der Demonstrierenden mit Hilfe einer NGO zum Maidan.[198] Diese Tatsache ist ein wesentlicher Unterschied zwischen 2004 und 2013/14. Warum der Euromaidan im Großen und Ganzen auf die aktive Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen verzichtete, ist nicht bekannt. Umfragen aus dem Jahr 2013 verdeutlichen, dass zu dieser Zeit noch immer sehr viele UkrainerInnen zivilgesellschaftlichen Organisationen eher nicht oder gar nicht vertrauen. Auch eine Mitgliedschaft in einer CSO wird vom Großteil der Bevölkerung weiterhin abgelehnt.[199] Möglicherweise war die Enttäuschung nach der Orangen Revolution so tief in den Menschen verankert, dass auch das Misstrauen gegenüber CSOs nicht ganz abgebaut werden konnte. Dennoch muss angemerkt werden, dass sich im Verlauf der Revolution viele Engagierte einer

[197] vgl. Beissinger (2013: 581/582)
[198] vgl. KIIS (06.02.2014)
[199] vgl. Razumkov Centre (2013)

Assoziation anschlossen, was auf eine schrittweise Institutionalisierung der Protestbewegung hindeutet. Im Februar 2014 gaben bereits 31 Prozent der Befragten an, einer Partei, einer NGO oder einer Bewegung anzugehören.[200]

Eine Gemeinsamkeit zwischen den beiden Revolutionen findet sich wiederrum in den Kommunikationskanälen. Sowohl die Protestierenden der Orangen Revolution, als auch die des Euromaidan nutzten vor allem das Internet, um sich zu organisieren und Informationen auszutauschen. Strategien und Bedürfnisse wurden so rasch verbreitet, um schnell reagieren zu können. 2013 kamen zusätzlich soziale Medien hinzu, die die landesweite Kommunikation nochmals erleichterten. Aber vor allem gelang es durch soziale Medien auch den Rest der Welt über die Geschehnisse auf dem Maidan zu informieren und dadurch internationale Aufmerksamkeit für die Anliegen des Protestes zu erreichen.

Nationale Identität als Motor für Demokratisierung vs. Nationalismus als Auslöser für Gewalt

Viele Nationalismus-Theorien gehen davon aus, dass regionale und ethnische Heterogenität zu Konflikten innerhalb eines Staates führt und damit auch Nationsbildungsprozesse behindert. Folglich ist die nationale Identität und nationale Einheit in einem Staat schwächer ausgeprägt, wenn dieser stark kulturell gespalten ist, als wenn bestimmte kulturelle Eigenschaften, wie eine gemeinsame Sprache, Ethnizität, Religion, historische Gegebenheiten oder gemeinsame Werte die Individuen eines Landes verbinden. So stellt sich die Frage, ob die in der Ukraine vorherrschende Multikulturalität und vorwiegend regionale, sprachliche und ethnische Spaltung tatsächlich einen negativen Einfluss auf die nationale Identität des Landes hat, wie es von den Theorien prognostiziert wird.

Stephen Shulman untersuchte 2006 die kulturellen Unterschiede der ukrainischen Bevölkerung und deren Einflüsse auf die nationale Einheit des Landes basierend

[200] vgl. KIIS (06.02.2014)

auf im Jahr 2001 durchgeführte nationale Meinungsumfragen[201]. Hierbei unterscheidet er zwischen der Stärke nationaler Identität – dem (positiven) Gefühl, Mitglied einer Nation zu sein - und nationaler Einheit – dem Zusammenhalt und der Solidarität zwischen den Mitgliedern einer Nation. Die Untersuchungen ergaben, dass Ukrainisch sprechende UkrainerInnen den größten Nationalstolz und die stärkste nationale Identität (im Vergleich zu regionaler und lokaler Identität), Russisch sprechende RussInnen hingegen die am schwächsten ausgeprägte nationale Identität besitzen.[202] Diese Aussage spiegelt die regionalen und ethnischen Konfliktlinien wider und könnte als Erklärung für die massive Spaltung des Landes während des Euromaidan herangezogen werden.

Betrachtet man jedoch den Aspekt der nationalen Einheit, zeigten die Umfragen - entgegen der Theorien - den höchsten Grad an nationaler Einheit zwischen den in der Ukraine lebenden ethnischen UkrainerInnen und ethnischen RussInnen auf, wohingegen Mitglieder derselben Ethnie (UkrainerInnen) aus verschiedenen Regionen der Ukraine überraschenderweise als unterschiedlicher angesehen werden und deren Grad an nationaler Einheit somit geringer ausfällt. Insgesamt stellt Shulman fest, dass die nationale Identität in der Ukraine schwächer scheint, als die nationale Einheit, jedoch benennt er keinen Zusammenhang zwischen kultureller Diversität und nationaler Identität.[203]

Auch Kuzio (2010) bezieht sich u.a. auf Shulmans Untersuchungen, stellt jedoch eine positive Korrelation zwischen Nationalismus und demokratischen Revolutionen fest. Für seine Untersuchungen zieht er die Orange Revolution als Fallbeispiel heran und betont, dass ukrainischer Nationalismus eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Massenproteste 2004 spielte. Für Kuzio stellen demokratische Revolutionen ein Aufeinanderprallen unterschiedlicher Formen von Nationalismus bzw. verschiedener nationaler Identitäten dar. Im Falle der Ukraine

---

[201] Vom 25. Mai bis 07. Juni 2001 führte das Ukrainian Center for Economic and Political Studies repräsentative Meinungsumfragen in allen ukrainischen Provinzen durch. Hierbei wurden 1500 Personen mit Hilfe von face-to-face Interviews zum Thema nationale Identität befragt.
[202] vgl. Shulman (2006: 249/255)
[203] vgl. Shulman (2006: 251/261)

unterscheidet er zwischen der „ethnisch-ukrainischen, pro-westlichen“ nationalen Identität und der „pro-russischen, anti-westlichen, östlich-slawischen“ Identität. Erstere befürwortet Reformen und eine EU-Integration, während Letztere Reformen und einer EU-Integration eher negativ gegenübersteht. Der ukrainische Nationalismus war bereits die treibende Kraft hinter der Mobilisierung für die Unabhängigkeit der Ukraine und wurde zum Hauptmotor für demokratische Reformen in der unabhängigen Ukraine. Ebenso trägt nationale Identität stark zur Formierung der ukrainischen Zivilgesellschaft bei. Da sich die Anzahl der UkrainerInnen mit „ethnisch-ukrainischer“ Identität in den letzten zwei Dekaden erhöhte, gelang es auch 2004 das demokratische politische Camp durch zivilen Protest zu stärken und Juschtschenko als Wahlsieger hervorzubringen.[204] Kuzio sieht den ukrainischen Nationalismus folglich als positiven Effekt und als Motor für den „Kampf“ für die Demokratie in der Ukraine. Können diese Annahmen auch in Bezug auf den Euromaidan angewendet werden?

Banakhs Untersuchungen[205] der ukrainischen Zivilgesellschaft zeigen, dass die Protestbereitschaft der westukrainischen Bevölkerung deutlich höher ist als die in der Ostukraine. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Umfrageergebnissen beider Revolutionen, da der Großteil der angereisten Protestierenden aus dem Westen und Zentrum der Ukraine stammte. In diesen Regionen befürworten die meisten BürgerInnen liberal-demokratische Werte und sehen sich selbst damit als europäisch – daher gilt für sie die Unterstützung der Proteste für eine Annäherung an die EU als selbstverständlich. Anzumerken ist jedoch auch, dass man die Ukraine nicht einfach undifferenziert in Ost- und Westlager aufteilen darf, denn auch Ost- und SüdukrainerInnen unterstützten den Maidan bzw. sprachen sich im Westen und Zentrum ebenso Menschen gegen die Revolution aus. Auch wenn die Bereitschaft sich für eine europäische Ukraine mit demokratischen Werten und Normen einzusetzen vor allem in westlichen Regionen überdurchschnittlich hoch ist, zeigen Umfragen, dass eine EU-Integration in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt insgesamt von nur rund 30 - 40 Prozent der UkrainerInnen

[204] vgl. Kuzio (2010a: 286ff)
[205] siehe Banakh (2013)

befürwortet wurde. Fast ebenso viele stimmten für eine Annäherung an Russland.[206] Die Unterstützung der Unterzeichnung des Assoziierungs-abkommens stieg laut Umfragen des Razumkov Centres im Februar 2014 auf rund 49 Prozent, gleichzeitig erhöhte sich aber auch die Anzahl der GegnerInnen von 33 auf 38 Prozent.[207] Ebenso Anfang Februar durchgeführte Umfragen des Centers for Social and Marketing Research (SOCIS) und des Kiev International Institute of Sociology (KIIS) bestätigen diese Zahlen.[208]

Folglich repräsentieren die Euromaidan-Proteste nicht die Meinung des ganzen Landes. Auch der „Anti-Maidan" vertritt die Meinungen ukrainischer BürgerInnen und muss damit ebenfalls als Zivilgesellschaft eingestuft werden. Die Zivilgesellschaft kann nicht als homogene Masse betrachtet werden - so heterogen das Land ist, so heterogen ist auch ihre Zivilgesellschaft. Auch wenn die Verteilung der BefürworterInnen bzw. der GegnerInnen grob in Ost und West erfolgen kann, bedeutet dies jedoch nicht, dass die Einteilung der Pro- und Kontra-Lager gleichzeitig mit den bestehenden ethnischen Unterschieden gleichzusetzen ist. Nationalismus in zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen kann nicht automatisch als Antrieb zu Gewalt interpretiert werden, die Revolution selbst schafft die Rahmenbedingungen für den Erfolg, aber auch für eine mögliche Eskalation und ein Auseinanderdriften zivilgesellschaftlicher Gruppierungen. *"Such a revolution may help the cause of democracy, but they can also destabilize countries by polarizing citizens and boosting extremists."*[209]

Die Rolle der Opposition und der Eliten

Die Opposition tritt 2004 in den Vordergrund der Proteste und stimmt die Massen auf den friedlichen Kampf gegen die Regierung ein. Juschtschenko gilt als Gesicht der Revolution, man stellt sich hinter ihn und seine Partei, um die Forderungen nach fairen und freien Wahlen zu erreichen. Zwar ging es den ProtestteilnehmerInnen nicht vorrangig um Juschtschenko als Wahlsieger,

[206] vgl. Pleines (2014: 18)
[207] vgl. Razumkov Centre (2014)
[208] vgl. KIIS (07.02.2014)
[209] vgl. Onuch (2014: 44)

sondern um demokratische Wahlen, aber seine Ziele und Ansichten im Hinblick auf die EU sowie innerpolitische Reformen waren durchaus erwünscht. Der Euromaidan kooperierte hingegen nicht mit der Opposition. Es gab keinen politischen Anführer, kein „Gesicht der Revolution“. Die Opposition verlor bereits nach 2004 das Vertrauen der BürgerInnen und hatte es schwer, am Maidan Fuß zu fassen. Erst später veränderte sich mit der Eskalation der Gewalt auch das Gesamtbild der Proteste. Die Protestbewegung wurde politisiert und die Opposition als politisches Instrument zur Erreichung der geforderten Ziele angesehen. Die Opposition diente als Mittel zum Zweck, als Sprachrohr, um die Forderungen der Protestierenden an die politische Elite und die internationale Gemeinschaft weiterzuleiten.[210] Ab diesem Zeitpunkt konnten die oppositionellen PolitikerInnen zwar zeigen, dass auch sie die geschehenen Ungerechtigkeiten nicht duldeten und eine Bestrafung der Verantwortlichen forderten, eine Führungsübernahme der Proteste gelang ihnen jedoch nicht.

Wirtschaftliche Eliten spielten im Hintergrund beider Proteste eine wichtige Rolle. Auf der einen Seite standen regimefreundliche Eliten, die Janukowytsch und seine Politik weiterhin unterstützten. Sie profitierten vom Regime und waren nicht an politischen Veränderungen interessiert. Die andere Seite versammelte Regime-GegnerInnen, die die Proteste größtenteils mit Geldspenden, teilweise aber auch aktiv am Maidan unterstützten. Segert betont, dass die wirtschaftliche Elite der Ukraine durch ihren maßgeblichen politischen Einfluss immer wieder um die Umverteilung des Reichtums kämpft. *„Politische Ereignisse wie die „Orange Revolution“ 2004, die Wahl von Janukowitsch zum Präsidenten im Jahr 2010 oder sein Sturz im Februar 2014 führten jedes Mal zum Auf- und Abstieg bestimmter Unternehmensgruppen und Personen.“*[211] 2013/14 zeigte sich dies auch im Donbass. Die in dieser Region mächtigen Oligarchen, die das Janukowytsch-Regime lange unterstützten, verfolgten mit der Zeit eher ukrainische bzw. gar europäische Wirtschaftsinteressen, sodass nicht nur ihre russische Prägung, sondern auch ihre Unterstützung für Janukowytsch abschwächte. Ihre

[210] vgl. Chupryna (2014: 2-4)
[211] vgl. Segert (2015: 23)

Neuorientierung führte zu einer gewissen Rivalisierung und letztendlich zum Fallenlassen des Präsidenten.

Entscheidend für den Sturz Janukowytschs war jedoch die Tatsache, dass 36 Mitglieder der regierenden Partei der Regionen am 20. Februar 2014 für ein Gesetz zum Rückzug der Sicherheitskräfte aus den Straßen der Hauptstadt stimmten und sich innerhalb von 24 Stunden insgesamt über 70 Parteimitglieder der Opposition anschlossen. Vor allem die Gewaltanwendung gegen die eigene, unbewaffnete Bevölkerung wurde vom Großteil der politischen Elite massiv kritisiert. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass einige Überläufer – hauptsächlich diejenigen mit wirtschaftlichen Vernetzungen – durch die Verhängung von Einreiseverboten und finanzieller Sanktionen gegen Mitglieder des Janukowytsch-Clans von Seiten der EU und USA motiviert wurden.[212] Die Überläufe aus den eigenen Reihen schwächten die Legitimation des Regimes, letzten Endes waren es aber die monatelangen, zum größten Teil gewaltlosen Aktionen der Zivilbevölkerung, die das Regime verwundbar machten und Janukowytsch den letzten „Dolchstoß“ verpassten.

Kurz angemerkt werden soll die Rolle der Medien, da diese ebenfalls in den Händen einiger ukrainischer Oligarchen liegen: Für beide Revolutionen spielen die wenigen unabhängigen Medien in der Ukraine eine große Rolle, denn diese transportierten die „unmanipulierte“ Wahrheit an die Öffentlichkeit. Zu nennen sind allen voran der TV Channel 5 und die Zeitschrift Ukrainska pravda. Auf der anderen Seite stehen Medien, die staatstreuen ukrainischen oder russischen Oligarchen gehören. Diese präsentierten ein völlig anderes Bild des Euromaidan und trugen durch negative und EU-feindliche Informationsverbreitung wesentlich zur Spaltung des Landes bei.

Internationale AkteurInnen

Die aktive Involvierung Russlands in den ukrainischen Konflikt ist unbestreitbar. Laut westlicher und diverser ukrainischer WissenschaftlerInnen und Medien war

[212] vgl. Bartkowski (2014: 14f)

es Ziel des Kreml, die Ukraine nach der Annexion der Krim durch die Unterstützung und Bewaffnung pro-russischer Separatisten weiter zu destabilisieren und somit der voranschreitenden „Europäisierung“ des Landes entgegenzuwirken. Die zusätzliche mediale Propaganda führte zu zunehmenden Spannungen entlang bereits bestehender regionaler und ethnischer Konfliktlinien und letztendlich zum Ausbruch eines Bürgerkrieges im Donbass. Auch Umland betont, dass es Ziel des Kremls sei, die *„Leistungsfähigkeit, Sicherheit und Stabilität des ukrainischen Staates in Frage zu stellen“*, um *„das Funktionieren eines europäisierten sozioökonomischen Systems in der Ukraine zu vereiteln.“*[213] Vor allem sollten durch die politische und ökonomische Schwächung des ukrainischen Staates und dessen Investitions- und Geschäftsklimas, ausländische Investoren abgeschreckt und damit auch eine Entwicklung des Landes verhindert werden. Dieses Handeln zeigt jedoch eine klare Richtungsänderung der russischen Außenpolitik, da die Souveränität der Ukraine bis zum Beginn des Euromaidan von Russland anerkannt und geachtet wurde. Im Gegensatz zu den Geschehnissen von 2013/14, hat sich der Kreml während der Orangen Revolution auf die Unterstützung des pro-russischen Präsidentschaftskandidaten beschränkt. Auch wenn hierbei ebenso Manipulationen und Propaganda im Spiel waren, so kam es dennoch zu keinen direkten Eingriffen in die ukrainische Innenpolitik. All dies bestritt die russische Regierung mehrfach und wies lediglich darauf hin, die Rechte der russisch-stämmigen Bevölkerung im Osten der Ukraine schützen zu wollen, sich jedoch nicht direkt in den Konflikt einzumischen.

Ebenso divergieren die Meinungen über Rolle des Westens: der Westen selbst sieht sich als Unterstützer der Ukraine auf ihrem Weg in Richtung konsolidierte Demokratie; dem Weg, für den sich die Ukraine und ihre BürgerInnen selbst entschieden haben. Der Westen biete der ukrainischen Zivilgesellschaft nicht nur finanzielle Hilfen, sondern auch Know-How und Unterstützung bei der Umsetzung von Reformen. Vor allem die EU spielt für die Ukraine eine tragende Rolle, da der Demokratisierungsprozess ohne ihre Unterstützung kaum gelingen könnte. Erst die diversen Kooperationen im Bereich der Politik und Wirtschaft ermöglichen es,

[213] Umland (2014)

wichtige Reformprozesse anzustoßen, die als Voraussetzung für eine Konsolidierung des Landes gelten. Der Dialog zwischen der EU und der ukrainischen Zivilgesellschaft wurde verstärkt, um gemeinsame Projekte zu fördern und den Druck auf die politische Elite ausweiten zu können. Die EU steht daher für viele nicht nur als Geldgeber, sondern auch als Partner und Bezugsrahmen für die ukrainische Zivilgesellschaft da.[214] Während der Orangen Revolution spielte u.a. der damalige polnische Präsident Kwasniewski eine zentrale Rolle als Vermittler in den Verhandlungen zwischen den beiden Lagern. Auch die EU entsendete personelle Unterstützung zur Wahlbeobachtung und konnte so gemeinsam mit ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen erreichen, dass demokratische Wahlen stattfinden konnten. Die Unterstützung intensivierte sich während der Euromaidan-Proteste, als mehrere europäische SpitzenpolitikerInnen den Maidan besuchten, um ihre Solidarität zu signalisieren. Auch die OSZE, die UNO und die NATO haben nach der Gewaltanwendung die Lage als kritisch eingestuft und ihre Unterstützung kommuniziert.[215]

Diese Beteiligung an den innerukrainischen Protestmaßnahmen wird von den Euromaidan-AnhängerInnen als positives Zeichen für die Solidarität der EU mit den Demonstrierenden aufgenommen, kann aber auch als politische Einmischung seitens der EU gedeutet werden. Russland sieht die Unterstützung des Westens gar als Kampfansage und Provokation an und begründet damit auch seine eigenen Aktionen. Wichtig ist es jedoch für beide Parteien anzuerkennen, dass es bei der Revolution weder um die EU noch um Russland geht, sondern um die Zukunft der Ukraine und den Willen der ukrainischen Bevölkerung. Die Ukraine darf nun nicht vor die Wahl gestellt werden, sich für eine Seite entscheiden zu müssen. Ziel sollte sein, eine gemeinsame Lösung am runden Tisch zu finden, da die neue Regierung auf die Kooperation und Unterstützung beider Nachbarn angewiesen ist, um die Stabilität des Landes wiederherzustellen.

[214] vgl. Solonenko (2013: 6)
[215] vgl. Malygina (2013: 6)

Errungenschaften durch zivilen Protest

Die Orange Revolution machte der ganzen Welt deutlich, dass eine ukrainische Zivilgesellschaft entgegen aller Erwartungen existierte. Obwohl diese zunächst schwach und einflusslos erschien, konnte sie beweisen, dass durch koordinierte und kooperative Maßnahmen viel erreicht werden kann. Auch wenn die Sieger der Orangen Revolution ihre Hauptziele, wie Korruptionsbekämpfung, politische und wirtschaftliche Transparenz, Wohlstand sowie eine EU-Integration nicht erreichen konnten, gibt es laut den ExpertInnen dennoch einige wichtige Errungenschaften: die Emanzipation der ukrainischen Massenmedien, der *„Selbstfindungs- und –positionierungsprozess des Dritten Sektors der Ukraine“* sowie ein unabhängiger *„politische[r] Willensbildungs-, Parteiformierungs- und Wahlprozess“.*[216]

Als wichtige Errungenschaft der Orangen Revolution kann die Emanzipation der Medien angesehen werden. Die vormals staatlich kontrollierten Massenmedien entwickelten sich zu unabhängigen Informations- und Kommunikationsträgern und spielten auch bei der Revolution 2013/14 eine bedeutende Rolle.

Der ukrainische Dritte Sektor wurde vor allem auf legislativer Ebene deutlich gestärkt. So wurde u.a. das Gesetz der zivilgesellschaftlichen Assoziationen in den Jahren 2005, 2006, 2008, 2009 und 2012 überarbeitet, was einen positiven Einfluss auf die Arbeit der Organisationen hatte. Erleichterung gab es dadurch vor allem beim Registrierungsprozess sowie bei der Ausweitung ihrer Aktivitäten in alle Regionen der Ukraine. Ebenso wurden in einigen Ministerien öffentliche Räte gebildet, um die Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen voranzutreiben und politischen Dialog zu fördern. Der Dialog zwischen NGO-VertreterInnen und der politischen Riege funktionierte aber nur auf nationaler Ebene und reichte meist nicht bis zur lokalen Ebene.[217] Damit fiel der Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen auf den politischen Entscheidungsfindungs-

[216] Umland (2009: 7)
[217] vgl. Ghosh (2014: 3) / Stewart (2013: 3)

prozess in der Ukraine bis 2013 weiter gering aus und der dadurch erhoffte Effekt einer Verbesserung der Lebensqualität der UkrainerInnen blieb ebenso aus.

Knapp neun Jahre später konnte der Euromaidan vor allem im politischen Kontext deutliche Siege erringen. Einige der Hauptziele der Euromaidan-AktivistInnen, wie die Absetzung des Präsidenten sowie neue Präsidentschafts-, Parlaments- und Lokalwahlen, die 2014-2015 stattfanden und von der internationalen Gemeinschaft als fair und frei anerkannt wurden, konnten bereits erreicht werden. Auch wurde die Rückkehr zur Verfassungsreform von 2004, die eine Monopolisierung der Macht verhindert, sowie die Unterzeichnung und Teil-Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der EU durchgesetzt. Laut Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen und des Razumkov Centres vom Juli 2015 sehen 62 Prozent der Befragten die Annäherung der Ukraine an die EU und in Richtung Europäische Integration als einen der wichtigsten positiven Veränderungen nach der Revolution. Knapp 40 Prozent empfinden die Steigerung sozialer Aktivitäten und Freiwilligenarbeit innerhalb der Bevölkerung sowie die Implementierung notwendiger Reformen als positiven Effekt des Euromaidan und rund ein Drittel meint, dass die Menschen seit 2013 vereinter und patriotischer geworden sind. Als negative Veränderungen werden der Krieg im Donbass, die dadurch gestiegenen Preise bei gleichbleibenden Löhnen sowie die Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft angesehen.[218] Die Hoffnungen liegen nun auf den von der neuen Regierung versprochenen Reformprozessen, um die Stabilisierung und demokratische Konsolidierung voranzutreiben.

Der Einfluss der Zivilgesellschaft auf politische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse hat sich seit den Neuwahlen im Oktober 2014 merklich erhöht. So fanden z.B. 19 bekannte VertreterInnen der Zivilgesellschaft auf Listen der Parteien Einzug in das ukrainische Parlament und vertreten dort seither auch die Interessen der Zivilgesellschaft. Sie setzen sich u.a. für die Verhinderung oligarchischer Beeinflussung der Politik und für Korruptionsbekämpfung ein und

[218] vgl. Fonds demokratischer Initiativen und Razumkov Centre (2015)

zielen auf eine rasche Implementierung des EU-Assoziierungsabkommens ab.[219] Aufgrund dieser positiven Entwicklungen kann durchaus von einer Einfluss-gewinnung zivilgesellschaftlicher Gruppen auf politische Prozesse sowie von spürbaren Verbesserungen in der Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung gesprochen werden. In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass der Protest der ukrainischen Bevölkerung – als nicht-institutionalisierten Teil der Zivilgesellschaft – wesentlich zur Stärkung des Dritten Sektors und damit des institutionalisierten Kerns der Zivilgesellschaft beigetragen hat.

6.2 Euromaidan – eine Orange Revolution 2.0? Lehren aus 2004

Zu Beginn dieser Arbeit war die Vermutung groß, dass sich der Euromaidan und die Orange Revolution in ihren AkteurInnen, deren Zielen und Maßnahmen sowie externen Einflüssen sehr ähneln. Beide Male ging die ukrainische Bevölkerung auf die Straße, um sich für ihre Rechte und Freiheiten sowie für Demokratie einzusetzen. Nach genauerer Betrachtung konnte jedoch festgestellt werden, dass die Revolutionen zwar einige Ähnlichkeiten aufwiesen, die Unterschiede zwischen beiden Ereignisse aber überwiegen.

Ob der Euromaidan aus der Orangen Revolution entsprungen ist bzw. ob es ohne vorangegangene Proteste 2004 eine erneute und gewaltigere Revolution 2013/14 hätte geben können, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Ein Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen tritt jedoch hervor: die Inspiration. Die Geschehnisse und Erfolge der Orangen Revolution inspirierten und stärkten die AnhängerInnen des Euromaidan auf der einen Seite, andererseits gaben ihnen die Misserfolge Input zur Verbesserung. Auch zeigte die 2004 geplante und durchgeführte Revolution, was man mit Mut und Engagement erreichen kann.[220] Auch Magosci (2014) gibt in einem Online-Beitrag zu verstehen, dass seiner Meinung nach die Orange Revolution den „Nährboden“ für den Euromaidan

[219] vgl. Ghosh (2014: 4)
[220] vgl. Lasocki (2014)

darstellt. Durch die Initiativen und Aktionen, die 2004 gesetzt wurden, waren die Anhänger des Euromaidan inspiriert und motiviert worden. Auch wenn die Orange Revolution auf lange Sicht scheiterte, wusste man, dass eine erneute Mobilisierung der Massen und dadurch Veränderungen des politischen Lebens möglich waren. Daraus resultierend entstand erneut die Motivation der Zivilgesellschaft, auf die Straßen zu gehen und für ihr Zivil- und Demokratierecht zu protestieren.[221] Allerdings bildete sich nach 2004 auch eine tiefe Enttäuschung bei vielen BürgerInnen, da weder die politischen und ökonomischen Strukturen noch die Verhaltensmuster der ukrainischen Elite Veränderungen erfahren haben.[222] Deshalb traten 2013/14 gerade diese Themen in den Fokus der Proteste.

Der Euromaidan kann weder als „colour revolution“ bezeichnet werden, noch stellt er die zweite Auflage der Orangen Revolution dar. Bereits der Name Euromaidan zeigt, dass eine deutlich größere Bedeutung auf dem geopolitischen Aspekt der Ukraine liegt. Sowohl die Gründe der Proteste, als auch die Zielsetzungen des Euromaidan sind viel mannigfaltiger als bei der Orangen Revolution 2004. Aus einer gewissen Homogenität der Masse hat sich eine heterogene Zivilgesellschaft entwickelt, die nicht nur in ihrem Sein, sondern auch in ihren Forderungen und Zielen heterogen ist. Diese Weiterentwicklung deutet darauf hin, dass die ukrainische Zivilgesellschaft durch die vorangegangenen Aktionen und Proteste positiv beeinflusst wurde.

Nach 2004 wusste die ukrainische Zivilgesellschaft, dass sie bei ihrem Kampf für Demokratie auf die Unterstützung des Westens zählen konnte. 2013 gar umso mehr, da die EU nach der Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens nun direkt mit dem ukrainischen „Problem“ konfrontiert wurde. Klar war, dass die EU nicht tatenlos zusehen konnte, wie Janukowytsch der Ukraine den Weg in Richtung Demokratie versperrt und schon gar nicht, wie Selbiger die friedlichen Proteste mit massiver Gewalt niederschlug. Man wusste welches Aufsehen bereits die Orange Revolution in der Welt erregte und nutzte diese Wirkung auch

[221] vgl. Magosci (2014)
[222] vgl. Stewart (2013: 4)

diesmal, um der Welt die ukrainische „Wahrheit“ zu zeigen. Soziale Netzwerke wurden einerseits für die Kommunikation und Koordination zwischen den Protest-teilnehmerInnen genutzt, vor allem ging es aber um die rasche Verbreitung von Information nach außen. Somit erhoffte man sich nicht nur Aufmerksamkeit und zivile Anteilnahme, sondern auch externe politische Unterstützung. Hier konnte sich vor allem die junge Generation ein Beispiel an der Orangen Revolution nehmen und ihr Wissen nutzen, um die Proteste auf diesem Weg zu unterstützen.

Eine Lehre aus 2004 war eindeutig, dass man sich nicht mehr auf die politische Opposition verlassen wollte und nach Erreichung erster Ziele den Platz räumte. Denn 2004 löste sich die Massenbewegung bereits nach 17 Tagen auf, nachdem Wiederwahlen Juschtschenko zum neuen Präsidenten hervorhoben. Da das vorrangige Ziel demokratischer Wahlen damit erreicht war, lagen die Hoffnungen und das Vertrauen damals bei den politischen Siegern der Revolution. Aus diesem Fehler lernte die Zivilgesellschaft eindeutig, da sie ihren Kampf diesmal nicht vorzeitig aufgab, sondern auf dem Maidan verharrte, um die entscheidenden Forderungen selbst durchsetzen zu können. Nicht nur die zum damaligen Zeitpunkt regierende politische Elite wurde unter Druck gesetzt, auch die Opposition wurde massiv dazu aufgefordert, alle Forderungen des Maidan umzusetzen, um die Zukunft der Ukraine diesmal nicht aufs Spiel zu setzen. Viel Wert wurde später auch auf den Dialog zwischen Zivilgesellschaft und politischer Elite gesetzt, mit dem Ziel, den „Ball“ diesmal nicht aus der Hand zu geben und dadurch an politischem Einfluss zu gewinnen. Das Misstrauen gegenüber der Opposition, das bereits nach 2004 entstand, stärkte die Zivilgesellschaft bei der Erreichung ihrer Ziele. So gelang es, mehrere VertreterInnen der Zivilgesellschaft direkt in die Politik zu involvieren, um die wichtigen Reformprozesse voran-zutreiben.[223]

Worauf die ukrainische Zivilgesellschaft nach 2004 nicht vorbereitet war, war die zivile Opposition im eigenen Land. Dass sich die GegnerInnen des Maidan nicht erneut eine Regierung aufzwängen lassen, die sie nicht unterstützten, war zwar

[223] vgl. Lasocki (2014)

absehbar, kam für die Protestierenden und die politische Opposition dennoch unerwartet. Der Konflikt entflammte rasch und mündete in einer tiefgehenden Spaltung des Landes, die bis heute vorherrscht. Der Umgang mit dieser Situation stellt alle UkrainerInnen vor eine scheinbar unüberwindbare Herausforderung, da man in diesem Fall nicht auf frühere Erfahrungen zurückgreifen kann. Aufgabe der neuen Regierung wird es nun sein, mit Hilfe der Zivilgesellschaft eine Lösung für die Konflikte zu finden, da die Ukraine ihren angestrebten Weg nur als vereintes und unabhängiges Land fortschreiten kann.

Auch wenn der Euromaidan keine Orange Revolution 2.0 ist, wäre er womöglich ohne die Erfahrungen aus 2004 nicht so erfolgreich sein können. Die Orange Revolution war Inspiration, Schule und Denkzettel für die ukrainische Bevölkerung zugleich. Es entstand daraus eine Bewegung, die nicht nur erneute Massenproteste hervorbeschwor, sondern auch die Tore in Richtung Europa und Europäischer Union öffnete. Der Drang nach Demokratieförderung und Demokratisierung im eigenen Land wurde stärker und es bleibt nun abzuwarten, wie sich diese Strömungen in Zukunft umsetzen lassen. Die ersten „Weichen“ in eine westlich-orientierte, europäische und demokratische Zukunft des Landes wären nun gestellt.

6.3 Heutiger Entwicklungsstand der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihr Beitrag zur Demokratisierung des Landes

Die Transformationsforschung geht davon aus, dass eine aktive Zivilgesellschaft den Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozess junger Demokratien vorantreiben kann. Eine Demokratie gilt aber erst als stabil und konsolidiert, wenn sich eine lebendige und partizipierende Zivilgesellschaft herausgebildet hat, die als Mittler zwischen der Bevölkerung und dem Staat agiert. Dennoch schafft es eine Zivilgesellschaft nicht immer, einen positiven Beitrag für die demokratische Entwicklung ihres Landes zu leisten. Diverse Faktoren beeinflussen ihre Genese und Emanzipation. Diese sog. „struktur- und funktionsprägenden Einflussfaktoren“ spielen auch in der Ukraine eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung und

Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft. Die politischen Institutionen des autokratischen Regimes beeinflussten vor allem vor Zusammenbruch des Kommunismus den Entfaltungs- und Handlungsspielraum der ukrainischen Zivilgesellschaft. Die schwierige gesetzliche Lage, geringe Zusammenarbeit mit dem Staat sowie kaum Akzeptanz oder gar Blockaden der Oligarchie machten es der ukrainischen Zivilgesellschaft zunächst schwer, sich voll zu entfalten und politischen Einfluss zu erlangen. Die negativen historischen, kulturellen und psychologischen Erfahrungen beeinflussten auch noch während der Kutschma-Ära sowohl das Entwicklungslevel organisierter zivilgesellschaftlicher Aktivitäten als auch das Partizipationslevel der ukrainischen Bevölkerung.[224]

Auch die sozio-ökonomischen Umweltbedingungen haben bis heute einen eher negativen Einfluss auf die Vitalität und Stärke der Zivilgesellschaft. Der Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft und die anhaltenden schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen lassen das Engagement der ukrainischen Bevölkerung gering ausfallen. Im Alltag kümmern sich die Menschen eher um ihre eigene Lebenssituation, auch wenn diese oft gerade durch zivilgesellschaftliches Engagement, des damit einhergehenden Erstarkten des Dritten Sektors und folglich möglichen Einflussgewinnung auf die politische Sphäre verbessert werden könnte. Zusätzlich zur wirtschaftlichen Lage erschwert auch ein relativ geringes Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung in zivilgesellschaftliche Organisationen die Bedeutsamkeit und Arbeit des Dritten Sektors.

Der dritte und nicht unwesentliche Faktor sind die internationalen Einflüsse. Bereits seit den 1990er Jahren hat es sich die westliche Entwicklungshilfe zum Ziel gesetzt, zivilgesellschaftliche Organisation der ehemaligen Sowjetunion zu fördern und damit der Demokratisierungsprozess der unabhängigen Staaten einzuleiten.[225] Auch die Ukraine bekam die Unterstützung aus dem Ausland zu spüren und der Dritte Sektor konnte mit dieser Hilfe wichtige Schritte auf ihrem Emanzipationsweg nehmen. Abhängigkeit vom Staat konnte dem ukrainischen Dritten Sektor zwar nicht mehr unterstellt werden, jedoch kam die Kritik nun von

[224] vgl. Howard (2003: 76ff)
[225] vgl. Way (2014: 36)

der anderen Seite: um internationale Finanzierung zu erhalten, würden viele NGOs ihre Projekte an die Wünsche der Geldgeber anpassen, sodass sie nicht mehr frei und unabhängig agieren könnten. Außerdem fördere diese finanzielle Abhängigkeit nicht die Kooperation, sondern eher den Konkurrenzkampf zwischen den Organisationen und hätte damit nicht nur positiven Einfluss auf die Entfaltung der ukrainischen Zivilgesellschaft.

Auch wenn nicht all diese Faktoren gleichen Einfluss auf den Entwicklungsweg und die Stärke einer Zivilgesellschaft haben, können sie, wie z.B. im Falle Russlands oder Weißrusslands, die Organisations- und Handlungsspielräume einer Zivilgesellschaft stark begrenzen. Wenn die Zivilgesellschaft zu schwach ist gegen den Staat zu mobilisieren, wird eine Monopolisierung politischer Kontrolle in autokratischen Regimen erleichtert und die Demokratisierung misslingt.[226]

Im Fall der Ukraine konnte sich der Dritte Sektor trotz der angeführten Schwierigkeiten seit der Unabhängigkeit langsam aber stetig professionalisieren. Auch wenn ihr Einfluss auf politische Entscheidungsfindungsprozesse lange gering ausfiel, zeigten die Orange Revolution und der Euromaidan, dass sich die ukrainische Zivilgesellschaft in einem Prozess der stetigen Weiterentwicklung und Heterogenisierung befindet. Dennoch bedeuten große Proteste nicht automatisch die Präsenz von starken und einflussreichen Organisationen im Land, da die Massenbewegungen spontan entstehen oder gar von „außen“ erzeugt werden können. Wie die Orange Revolution zeigt, kann der Dritte Sektor eine bedeutsame Rolle spielen, vor allem wenn es um die Organisation, Koordination und Versorgung der Proteste geht. Zivilgesellschaftliche Organisationen bewiesen 2004, dass sie – entgegen der öffentlichen und internationalen Meinung – in der Lage waren, gemeinsam zu kooperieren und die Massen zu mobilisieren. Zumindest das Ziel demokratischer Neuwahlen konnte somit erreicht werden und die ukrainische Zivilgesellschaft konnte mehr internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung erlangen.

[226] vgl. Howard (2003: 74)

Nach diesen Ereignissen lag die Annahme nahe, dass sich die ukrainische Zivilgesellschaft zwischen 2004 und 2013 weiter stärken und ihren Einfluss auf die Politik ausbauen konnte. Betrachtet man jedoch die Analysen zum Dritten Sektor, sind zwei unterschiedliche Entwicklungstrends zu verzeichnen: auf der einen Seite stieg die Zahl der NGO-Registrierungen weiter an, ihre Aufgabenbereiche sind weit gefächert und der Digitalisierungstrend sowie der Zugang zum Internet erleichtern und verbessern die Arbeit und Kommunikation. Auch die Kooperation mit den Medien, die sich seit 2004 ebenfalls emanzipiert haben, ebenso wie mit anderen CSOs hat eine positive Entwicklung erlebt. Auf der anderen Seite steht die Kooperation mit dem Staat, die trotz einiger Verbesserungen auf legislativer Ebene sowie schrittweiser Einbindung in den politischen Dialog, immer noch nicht als genügend angesehen werden kann. Sowohl bei der Finanzierung und der gerechten Verteilung der Gelder als auch beim politischen Einfluss auf nationaler und lokaler Ebene gibt es weiterhin Aufholbedarf.

Die Zusammenarbeit mit VertreterInnen der Wirtschaft ist als zwiespältig zu betrachten. Die Wirtschaft ist einerseits ein sehr wichtiger Kooperationspartner und Sponsor, andererseits wird auch hier Kritik laut über die Auswahl der Projekte im eigenen Interesse. Hinzu kommt, dass die Kontributionen der Wirtschaft zwischen 2004 und 2013 abnahmen, sodass die Organisationen auf andere Finanzierungsquellen angewiesen sind und die Abhängigkeit von sowie der Konkurrenzkampf um internationale Zuschüsse steigt. Diese bilden weiterhin einen Großteil der empfangenen Gelder und sind damit unverzichtbar für den ukrainischen Dritten Sektor.[227]

Eine weitere Herausforderung, der der ukrainische Dritte Sektor auch 2013 noch gegenübersteht, ist das mangelnde Vertrauen von Seiten der Bevölkerung und der damit einhergehenden schwachen Mitgliederzahlen. Das Engagement der Bevölkerung in zivilgesellschaftlichen Organisationen hat sich auch nach der

[227] vgl. Counterpart Creative Centre (2012: 39-41)

Orangen Revolution nicht merklich erhöht, obwohl die Orange Revolution als „Sieg der Zivilgesellschaft“ bezeichnet wurde und dieser Erfolg ohne die zahlreichen aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen wohl nicht möglich gewesen wäre. Auch wenn das Vertrauen nach 2004 laut Umfragen um rund 10 Prozent gestiegen ist, geben sich Vertrauen und Misstrauen 2013 die Waage.[228] Um Legitimation von Seiten der Bevölkerung als auch von der Politik für ihre Arbeit zu erhalten, muss noch Einiges getan werden.

Der Dritte Sektor alleine steht in der Zeit vor dem Euromaidan folglich weiterhin nicht als stark und institutionalisiert genug da, um wesentlichen Einfluss auf die politischen Machthaber der Ukraine auszuüben und die Unzufriedenheit der BürgerInnen an die Politik heranzutragen. Die Organisationen schaffen es in den vier Jahren der Präsidentschaft Janukowytschs nicht, genug Druck auf ihn und sein Umfeld auszuüben, um seine in vielen Bereichen aggressive und undemokratische Politik einzudämmen. Doch hier kommt die Qualität und Inspiration der ukrainischen Bevölkerung ins Spiel: die Spontaneität und Selbst-Organisation der UkrainerInnen, die ihre Unzufriedenheit bei friedlichen Protesten äußern und selbst für ihre Rechte einstehen wollen. Der Euromaidan entstand als spontane Reaktion auf die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und hat einen deutlichen Selbstmobilisierungscharakter. Informelle Netzwerke spielten bei der Formation und Organisation der Proteste eine entscheidende Rolle, da - im Gegensatz zu 2004 - zunächst weder Oppositionsparteien noch NGOs an der Planung und Durchführung der Proteste beteiligt waren.[229] Aufgrund dieser Tatsache wurden in dieser Arbeit spontane Protestaktionen ebenso unter Zivilgesellschaft subsumiert, auch wenn sie der allgemeinen Definition nicht entsprechen. Die Zivilgesellschaft der Ukraine zeichnet sich eben gerade durch diese Spontaneität und Selbstmobilisierung aus. Dieser zivilgesellschaftlichen Stärke verdankt die Ukraine den Erfolg auf dem Maidan.

Der Sturz Janukowytschs, die Wahl einer neuen Regierung und eines neuen Präsidenten sowie die Teilratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der EU

[228] vgl. Razumkov Centre (2013)
[229] vgl. Way (2014: 40/41)

können als wichtige Schritte in Richtung Konsolidierung der Demokratie angesehen werden. Bezieht man also auch den nicht-institutionalisierten Bereich der Zivilgesellschaft ein, ist der Beitrag zur Demokratisierung des Landes deutlich höher, als der, den „nur“ der institutionalisierte Kern leisten könnte. Der Erfolg des Euromaidan brachte auch für den Dritten Sektor deutliche Verbesserungen in Bezug auf ihre Einbindung in politische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse. Die neue Regierung ist bemüht, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu verstärken und so besser auf die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung eingehen zu können, um selbstverständlich auch ihre eigene Legitimation innerhalb der Bevölkerung zu erhalten. Zu erkennen ist seit 2014 auch eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen NGOs und lokalen Behörden, begünstigt durch die beginnende Dezentralisierung und damit einhergehender neuer Finanzierungsmöglichkeiten.[230] Des Weiteren haben zivilgesellschaftliche AkteurInnen seit dem Euromaidan zum Teil staatliche Funktionen übernommen, da dieser nach der Annexion der Krim und der Destabilisierung östlicher Regionen selbst nicht in der Lage war, die Situation in den Griff zu kriegen und die Unterstützung der Bevölkerung und der Armee sicherzustellen. Vor allem die Versorgung ukrainischer Truppen, kranker Menschen sowie der Binnenflüchtlinge wurde mehr oder weniger aus der Not heraus von freiwilligen HelferInnen übernommen.[231]

Insgesamt kann die Zivilgesellschaft dadurch insbesondere ihre politischen (Schutz-, Kontroll- und Vermittlungsfunktion) sowie gesellschaftlichen Funktionen (Gemeinschafts- und Integrationsfunktion) erfüllen. Auch ihre Selbstwahrnehmung und das Verhältnis zur breiten Gesellschaft haben sich seither positiv entwickelt, sodass der Großteil der Bevölkerung nun von der Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Arbeit überzeugt ist. Die Teilnahme an freiwilligen Aktivitäten und die Spendenbereitschaft haben sich seit dem Euromaidan ebenfalls erhöht. All dies trägt dazu bei, dass die Zivilgesellschaft auch ihrer Sozialisierungsfunktion immer mehr nachgehen und damit durchaus zur demokratischen Konsolidierung der Ukraine beitragen kann. Die vielen engagierten

[230] vgl. Stewart (2016: 13)
[231] vgl. Gathmann (2016)

Organisationen und AktivistInnen gelten mittlerweile als Motor für die notwendigen Reformen in Richtung Demokratie, dennoch betont Lippert, dass die Zivilgesellschaft diesen Kampf nicht alleine bewältigen kann:

> *„Das Assoziierungsabkommen ist für sie der Grundstein für eine angestrebte Systemtransformation und den Wandel der politischen Kultur im Land. Um das im Abkommen schlummernde Wohlstandsversprechen einzulösen, bedarf es aber einer verantwortungsvollen und gemeinwohlorientierten Regierung und politischen Elite, die sich auf einen unparteiischen und professionellen Verwaltungsapparat stützen kann.“*[232]

[232] Lippert (2014: 2)

7. Zusammenfassung und Ausblick

Die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen wurde nicht nur während der Sowjetzeit, sondern auch nach der Unabhängigkeit des Landes von der ukrainischen Staatsmacht blockiert. Das führte dazu, dass zunächst weder die materiellen, noch rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entstehung einer vitalen Zivilgesellschaft vorhanden waren. Die sich durch den Wegfall repressiver Umstände allmählich entwickelnde Zivilgesellschaft verlor während der Demokratisierungsphase ihr zusammenhaltendes Ziel und zog sich zunächst wieder zurück.

> *„Die politische Kultur des Landes, Einstellungen und Werthaltungen waren noch immer stark in sowjetischen Traditionen verhaftet. Die PolitikerInnen selber gaben kein gutes Beispiel, indem sie oft demokratische Spielregeln verletzten und Verfassungsbestimmungen umgingen. Sie erschöpften sich in endlosen Machtkämpfen und zeigten sich unfähig, Kompromisse zu schließen. Informelle Prozeduren, persönliche Netzwerke, die Vermischung von Wirtschaft und Politik, Korruption und die Ausnahmestellung der Oligarchen und ihr Einfluss auf die Politik widersprachen westlichen Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat.“*[233]

Erst 1996 wurden Prinzipien wie etwa die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Rechtsstaatlichkeit durch die Verfassung garantiert. Auch galten diese demokratischen Prinzipien meist nur auf dem Papier, die Realität sah in der Ukraine oftmals anders aus. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten wurden von Seiten der Politik und Wirtschaft in vielen Fällen als Hindernis gesehen, wodurch ihre Unterstützung für die Arbeit der NGOs nur in geringem Maße ausfiel.

Erst die Protestkundgebungen im Jahr 2004, welche durch die Fälschungen der Präsidentschaftswahlergebnisse ausgelöst wurden, führten zu einer Mobilisierung der Massen und zeigten auf, dass die ukrainische Zivilgesellschaft mehr Stärke hatte als innerhalb und außerhalb der Ukraine angenommen. Im Vordergrund standen bei den ProtestteilnehmerInnen vor allem der Schutz und die Einhaltung demokratischer Werte sowie individueller Bürgerrechte. Die Proteste wurden zum Großteil von einer jungen, westlich-orientierten Bevölkerungsgruppe getragen. Das Durchhalten der ukrainischen Bevölkerung sowie das enorme Engagement

[233] vgl. Kappeler (2014: 322)

der zivilgesellschaftlichen Organisationen, ihre Forderungen nach demokratischen Wahlen durchzusetzen, war der Schlüsselfaktor für den Erfolg der Proteste.

2013 stand die ukrainische Zivilgesellschaft erneut vor der Herausforderung zu beweisen, dass sie in der Lage ist, Einfluss auf die demokratische Konsolidierung des Landes zu nehmen und für die Rechte und Forderungen ihrer Bevölkerung einstehen zu können. Im November 2013 kam es - trotz langjähriger Verhandlungen zwischen der Ukraine und der EU - nicht zum Abschluss des Assoziierungsabkommens. Diese Entscheidung des damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowytsch löste zunächst friedliche Proteste am Kiewer Maidan aus. Erst die Gewaltanwendung der Regierung gegenüber der eigenen Bevölkerung führte zu einer Radikalisierung der Massenbewegung. Dadurch änderte sich auch die soziodemographische Struktur der ProtestteilnehmerInnen sowie die Einstellungen und Forderungen gegenüber der Regierung. Der Euromaidan wurde zur „Revolution der Würde“ mit dem deutlichen Ziel, die Ukraine grundlegend zu verändern.

Im Hinblick auf den Prozess der Demokratisierung waren sowohl die Orange Revolution als auch der Euromaidan wichtige Meilensteine und trugen zur Genese und Heterogenisierung der ukrainischen Zivilgesellschaft bei. Die Analyse der Revolutionen zeigt, dass eine deutliche qualitative Weiterentwicklung seit 2004 stattgefunden hat, auch wenn die Zivilgesellschaft weiterhin vor einigen Schwierigkeiten in Bezug auf nachhaltige Einflussmöglichkeiten, Vertrauensaufbau innerhalb der Bevölkerung sowie Abhängigkeit von internen und vor allem externen Finanzierungsquellen steht. Die ukrainische Zivilgesellschaft kann aus heutiger Sicht als Mix zwischen strategischem und reflexivem Typus bezeichnet werden, da es aufgrund von anhaltenden Defiziten des ukrainischen Staates nicht nur Kooperation, sondern auch Kontrolle bedarf.

Wie die Analyse zeigt, ist es im Fall der Ukraine wichtig, nicht nur den Dritten Sektor, sondern auch spontane Protestmaßnahmen und ad-hoc Aktionen als zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu fassen, da sich die ukrainische Zivilgesellschaft gerade dadurch auszeichnet. Die Zivilbevölkerung selbst sieht in solchen

Aktionen die beste Möglichkeit, wirkliche Verbesserungen zu erreichen. Wie sowohl die Orange Revolution als auch der Euromaidan zeigen, ist es gerade die Spontaneität und Entschlossenheit der Massen, die einen wirklichen Anstoß in Richtung konsolidierte Demokratie geben. Auch wenn solche Maßnahmen eine sehr direkte Art zivilgesellschaftlicher Aktivität sind, vermitteln sie der politischen Elite des Landes eine klare und eindeutige Sicht der Bevölkerung auf politische und gesellschaftliche Missstände. Auch konnte dadurch eine Stärkung des Dritten Sektors und dessen Einfluss auf und Einbindung in politische Entscheidungsfindungsprozesse erreicht werden. Damit leistet die ukrainische Zivilgesellschaft durchaus einen erheblichen Beitrag zur Demokratisierung des Landes.

Der ehemalige Botschafter und seit Juni 2014 ukrainische Außenminister Pavlo Klimkin betont außerdem die Wichtigkeit einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine für die Zukunft des Landes. Die EU muss der Ukraine aber eine konkrete Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft bieten, damit dieses Ziel als treibende Kraft für die notwendigen Reformen dienen kann. Auch die aktive Unterstützung der Reformprozesse sowie die Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft sind von großer Bedeutung für die europäisch-ukrainischen Beziehungen.[234]

Die dringendsten Reformen aus Sicht der ukrainischen Zivilgesellschaft sind folgende: Antikorruptionsreform, Reform der Exekutivorgane und Reformen des Sozialversicherungssystems sowie des Gesundheitswesens.[235] Ob die demokratische Konsolidierung der Ukraine endgültig vollzogen werden kann, hängt sowohl von der innenpolitischen als auch von der ökonomischen Entwicklung des Landes ab. Wirtschaftlicher Aufschwung kann erst durch Korruptionsbekämpfung erlangt werden und erst dann werden die Menschen auch die sozialen Verbesserungen zu spüren bekommen.

[234] vgl. Klimkin (2014: 9)
[235] vgl. Fonds demokratischer Initiativen und Razumkov Centre (2015)

Segert betont ebenso, dass das wesentliche Problem der Ukraine nicht der Westen oder Russland sei, sondern das Fehlen eines funktionierenden Staates. Massive Korruption, enormer oligarchischer Einfluss auf die Politik sowie ein tiefe Kluft zwischen politischer Elite und Bevölkerung sind die Hauptprobleme des Landes. Auch der Konflikt mit den Separatisten im Osten der Ukraine muss am runden Tisch und nicht mit Hilfe von Gewalt gelöst werden, um das Land wieder vereinen zu können.[236] Erst wenn diese innenpolitischen Hindernisse geklärt werden können, kann die Ukraine ihren Weg in Richtung konsolidierte Demokratie weiter beschreiten. All dies liegt nun in Petro Poroschenkos Händen. Nur eine starke, sich einige Regierung kann in Zusammenarbeit mit einer aktiven und involvierten Zivilgesellschaft sowie mit internationaler Unterstützung die bereits seit über zehn Jahren währenden Forderungen nach tiefgreifenden Reformen umsetzen und damit zur Stabilisierung des ukrainischen Staates beitragen.

[236] vgl. Segert (2014: 5-6)

Foto 1: Oranges Fahnenmeer am Maidan 2004

Foto 2: Zerstörter Maidan am 20. Februar 2014

8. Literatur

Aristoteles (1989): Politik: Schriften zur Staatstheorie. In: Schwarz, Franz (Hrsg.): Aristoteles: Politik. Stuttgart: Reclam

Aslund, Anders / McFaul, Michael (2006): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace

Aslund, Anders (2014): Oligarchs, Corruption, and European Integration. In: Journal of Democracy, 25, 3, Juli (2014). S. 64-73.

Banakh, Mykhaylo (2013): Die Relevanz der Zivilgesellschaft bei den postkommunistischen Transformationsprozessen in mittel- und osteuropäischen Ländern. Das Beispiel der spät- und postsowjetischen Ukraine 1986-2009. Stuttgart: ibidem

Banakh, Mykhaylo (2014): Die Orange Revolution 2004 und der Euromaidan 2013/2014: Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 128. Februar 2014. S. 14-17

Bartkowski, Maciej (2014): Die Maidan-Revolution in der Ukraine: Gewaltloser Widerstand in gewaltgeladener Situation. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 130. März 2014. S. 11-16

Beissinger, Mark (2013): The Semblance of Democratic Revolution: Coalitions in Ukraine's Orange Revolution. In: American Political Science Review. Vol. 107/3. S. 574-592

Betz, Joachim (2005): Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern. In: Betz, J. / Hein, W. (Hrsg.): Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005. Zivilgesellschaft. Wiesbaden: VS. S. 7-26

Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: Journal of Democracy. 13/1. The Johns Hopkins University Press. S. 5-21.

Chupryna, Iryna (2014): The Orange Revolution and the Revolution of Dignity. Similarities and Differences. In: Democratization Policy Council, May 2014, S. 1-5

Croissant, Aurel / Lauth, Hans Joachim / Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Merkel, W. (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske+Budrich. S.9-49

D'Anierei, Paul / Kravchuk, Robert / Kuzio, Taras (1999): Politics and Society in Ukraine. Boulder: Westview Press 1999

Eichel, Claudia / Beichelt, Timm (2006): Osteuropa. In: Merkel, W. / Puhle, H. J. / Croissant, A. / Thiery, P. (Hrsg.): Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag. S. 295-444

Fagan, Adam (2006): Transnational aid for civil society development in post-socialist Europe: Democratic consolidation or a new imperialism? In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Volume 22, Issue1, S. 115-134

Franzen, Wolfgang / Haarland, Hans-Peter / Niessen, Hans-Joachim (2005): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität: Daten zur Systemtransformation 1990-2003 für eine nachhaltige Entwicklung. Frankfurt: Campus Verlag

Ghosh, Mridula (2014): In Search of Sustainability. Civil Society in Ukraine. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Howard, Marc Morjé (2003): The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press

Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. München: C.H. Beck

Karatnycky, Adrian (2006): The Fall and Rise of Ukraine's Political Opposition: From Kutschmagate to the Orange Revolution. In: Aslund, Anders / McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace

Kaskiv, Vladyslav / Chupryna, Iryna / Zolotariov, Yevhen (2007): It's Time! Pora and the Orange Revolution in Ukraine. In: Forbrig, J. / Demes, P. (Hrsg.): Reclaiming Democracy. Civil Society and Electoral Change in Central and Eastern Europe. The German Marshall Fund of the United States. S.127-154

Klimkin, Pavlo (2014): Das Schwarze Quadrat des modernen Europas. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 127. Feb 2014. S. 8-9

Kubicek, Paul (2009): Problems of post-post-communism: Ukraine after the Orange Revolution. In: Democratization, Nr. 16/2, S. 323- 343

Kulyk, Volodymyr (2014): Der Euromaidan-Diskurs: Kommunikationskanäle und ideologische Aussagen. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 127. Feb 2014. S. 11-12

Kuzio, Taras (2005): The Opposition's Road to Success. In: Journal of Democracy, Vol. 16/2, S. 117-130

Kuzio, Taras (2006): Civil society, youth and societal mobilization in democratic revolutions. In: Communist and Post-Communist Studies, 39, S. 365-386

Kuzio, Taras (2010a): Nationalism, identity and civil society in Ukraine: Understanding the Orange Revolution. In: Communist and Post-Communist Studies, 43, S. 285- 296

Kuzio, Taras (2010b): State-led violence in Ukraine's 2004 elections and orange revolution. In: Communist and Post-Communist Studies, 43, S. 383-395

Kuzio, Taras (2011): Political Culture and Democracy. Ukraine as an Immobile State. In: East European Politics and Societies, 25, Nr. 1, Feb 2011, S. 88- 108

Lane, David (2008): The Orange Revolution: People's Revolution or revolutionary coup? In: BJPIR, 10, S. 535–549.

Lauth, Hans Joachim / Merkel, Wolfgang (1997): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß: Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost. Universität Mainz

Lauth, Hans Joachim (2003): Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren. In: Bauerkämper, A. (Hrsg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft: Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt a.M.: Campus. S. 31-56

Lippert, Barbara (2014): Die Ukraine-Krise und kritische Fragen an die EU-Erweiterungspolitik. In: Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.): SWP-Aktuell 22, April 2014, S. 1-4

Lohmann, Georg (2003): Zivilgesellschaft und Bürgertugenden. In: Dewe, B. / Wiesner, G. / Wittpoth, J. (Hrsg.): Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung. Erwachsenenbildung und Demokratie. 26. Jahrgang Ausgabe 1/2003. S. 11-22

Luckfiel, Elise (2007): Zivilgesellschaft in der Ukraine – rosige Aussichten? In: Ukraine- Analysen, Nr 31, 2007, S. 1- 12

Malygina, Katerina (2013): Die Ukraine nach dem EU-Gipfel in Vilnius: Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens, Polizeigewalt und Radikalisierung der Massenproteste. In: Ukraine- Analysen Nr. 125. Bremen.

Mayring, Philipp (1991): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, U. / v. Lardorff, E. / Keupp, H. / v. Rosenstiel, L. / Wolff, S. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung.. München: Psychologie Verlags Union. S. 209-213

Mayring, Philipp (2002): Qualitative Inhaltsanalyse. München

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. München

McFaul, Michael (2005): Transitions from Postcommunism. In: Journal of Democracy, Nr 16/3, S. 5-19

Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans Joachim (1998): Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 6-7. S. 3-12

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag

Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur. Bd.4. Nr. 505. S. 279-292

Onuch, Olga (2014): The Maidan and Beyond – Who were the protesters? In: Journal of Democracy, Vol. 25/3, S. 44-51

Pashkouskaya, Yanina (2005): Die “Geburt” der freien Ukraine? Über die innen- und außenpolitischen Hintergründe der friedlichen “Revolution in Orange”. In: Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin: Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft, Heft 49, 1/2005, S. 5-25

Pleines, Heiko (2009): The Political Role of the Oligarchs. In: Besters-Dilger, J. (Hrsg.): Ukraine on its Way to Europe. Frankfurt a.M.: Peter Lang. S.103-120

Pleines, Heiko (2014): Zwischen Chaos und autoritärer Machtsicherung. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 127. Feb 2014. S. 17-18

Polese, Abel (2009): Ukraine 2004: Informal Networks, Transformation of Social Capital and Coloured Revolutions. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics. 25:2. S. 225-277

Poltorakov, Aleksei (2015): The Functional Dynamic of Ukraine’s “Maidan”. In: Russian Politics & Law. 53/3. S-28-36

Riabchuk, Mykola (2012): Ukraine's muddling through: National identity and postcommunist transition. In: Communis and Post- Communist Studies 45, S. 439- 446.

Segert, Dieter (2014): Bittere Schokolade – Kann der Staatszerfall der Ukraine noch aufgehalten werden? In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 133. Mai 2014. S. 5-6

Segert, Dieter (2015): Die Ukraine – ein gespaltenes Land. In: WeltTrends – Das außenpolitische Journal 102, April 2015, 23. Jahrgang, S.21-27

Shelest, Hanna (2014): Ukraine`s Euromaidan: Questions from the (R)evolution. NDC Research Report. Research Division NATO Defense College. Feb 2014

Sherr, James (2002): Eine gescheiterte Partnerschaft? Die Ukraine und der Westen. In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft - Politik (1991-2001). S. 321-346

Shulman, Stephen (2006): Cultural comparisons and their consequences for nationhood in Ukraine. In: Communist and Post-Communist Studies 39, S. 247-263

Simon, Gerhard (2002): Die Ukraine auf dem Weg – wohin?. In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft - Politik (1991-2001). S. 25-28

Simon, Gerhard (2009a): After the Orange Revolution: the Rocky Road to Democracy. In: Besters-Dilger, J. (Hrsg.): Ukraine on its Way to Europe. Frankfurt a.M.: Peter Lang. S. 13-26

Simon, Gerhard (2009b): Das Ende der Ära Juschtschenko und die Zukunft der Ukraine. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 65. Nov 2009. S. 2-6

Simon, Gerhard (2014): Vom zivilgesellschaftlichen Protest zur Revolution. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 127. Feb 2014. S. 19-20

Solonenko, Iryna (2013): Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 114. März 2013. S. 6-8

Solonenko, Iryna (2014): Die ukrainische Zivilgesellschaft von der Orangen Revolution bis zum Euromaidan: die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. In: IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2014. Baden-Baden 2015. S. 249-267

Stepanenko, Viktor (2005): How Ukrainians view their Orange Revolution: public opinion and the peculiarities of citizenry political activities. Demokratizatsiya 13 (4), S. 595–616.

Steward, Susan (2009): NGO Development in Ukraine since the Orange Revolution. In: Besters-Dilger, J. (Hrsg.): Ukraine on its Way to Europe. Frankfurt a.M.: Peter Lang. S. 177-194

Steward, Susan (2013): Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen, Nr. 114, März 2013, S. 1-14

Steward, Susan (2016): Zivilgesellschaft in Russland und der Ukraine. In: SWP-Studie: Berlin. April 2016.

Strasser, Florian (2006): Zivilgesellschaftliche Einflüsse auf die Orange Revolution. Die gewaltlose Massenbewegung und die ukrainische Wahlkrise 2004. Stuttgart: ibidem.

Strutynski, Peter (2014): Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen. Köln: PapyRosa.

Sushko, Oleksandr / Prystayko, Olena (2006): Western Influence. In: Aslund, Anders / McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace

Umland, Andreas (2009): Die Orange Revolution als postsowjetischer Scheideweg: Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 65. November 2009. S. 7-8

Umland, Andreas (2011): Das Beziehungsdreieck Ukraine-EU-Russland im Wandel. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): Ukraine-Analysen. Nr. 98. Dezember 2011. S. 2-4

Way, Lucan (2014): The Maidan and Beyond - Civil Society and Democratization. In: Journal of Democracy, Vol. 25/3, S. 35-43

Wehrschütz, Christian (2014): Brennpunkt Ukraine. Gespräche über ein gespaltenes Land. Klagenfurt: Styria.

Welzel, Christian (1999): Humanentwicklung und der Phasenwechsel der Zivilgesellschaft: Ziviles Engagement in 50 Nationen. In: Lauth, H. J. / Liebert, U. (Hrsg.): Im Schatten demokratischer Legitimität: Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich. Wiesbaden: VS. S.207-236

Wilson, Andrew (2005): Ukraine`s Orange Revolution. London: Yale University Press

Yevtukh, Volodymyr (2005): Der Orange Geist der Freiheit: Profil und Motive der Revolutionsbewegung. In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine – Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus? Stuttgart: ibidem Verlag

Internetquellen:

Forbrig, Joerg (2003): The Nexus Between Civil Society and Democracy – Suggesting a Critical Approach.
http://www.kakanien-revisited.at/beitr/theorie/JForbrig1.pdf [20.08.2015]

Fraczek, Jennifer / Ignatzi, Christian (2014): Von den Maidan-Protesten zum Kampf um die Krim.
http://www.dw.com/de/von-den-maidan-protesten-zum-kampf-um-die-krim/a-17472964 [28.02.2017]

Europäische Kommission: EU-Ukraine Association Agreement: „Guide to the Association Agreement".
http://eeas.europa.eu/images/top_stories/140912_eu-ukraine-associatin-agreement-quick_guide.pdf [17.12.2015]

Europäische Kommission (2006): Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Ukraine. Länderstrategiepapier 2007-2013.
htpps://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/csp-ukraine-2007-2013_de.pdf [20.01.2016]

Europäisches Parlament (2016a): Die Europäische Nachbarschaftspolitik.
http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_6.5.4.html [27.01.2016]

Europäisches Parlament (2016b): Ukraine: Chronologie eines Konflikts.
http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/world/20140203STO34645/ukraine-chronologie-eines-konflikts [28.02.2017]

Fonds demokratischer Initiativen und Razumkov Centre (2015): Ukraine: two years after Maidan.
http://dif.org.ua/en/article/ukraine-two-years-after-maidan [10.10.2016]

Gathmann, Moritz (23.02.2016): Die Schlacht gewonnen, den Frieden verloren.
http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-nach-der-revolution-imitation-der-demokratie-kommentar-a-1078657.html [13.09.2017]

Halling, Steffen (2014): Die Rolle der Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine. In: OWEP 4/2014.
https://www.owep.de/artikel/758/rolle-oligarchen-und-umbruch-in-ukraine [10.10.2016]

Lasocki, Janek (2014): Euro Maidan must not become another Orange Revolution. In: European Council on Foreign Relations. 21. November 2014 *http://www.ecfr.eu/article/commentary_euro_maidan_must_not_become_another_orange_revolution359 [25.01.2016]*

Kiev International Institute of Sociology (10.12.2013): Maidan 2013. *http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=216&page=7 [19.09.2014]*

Kiev International Institute of Sociology (06.02.2014): From Maidan Camp to Maidan-Sich: What has changed?
http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=226&page=1&y=2014&m=2 [19.09.2014]

Kiev International Institute of Sociology (07.02.2014): Intentions of Ukraine – Results of conjoint nationwide sociological survey KIIS and SOCIS *http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=227&page=1&y=2014&m=2 [19.09.2014]*

Lenta.ru (2013): Putin nazwal protesti na Ukraine “horosho podgotowlenimi” (dt.: Putin nannte Proteste in der Ukraine „gut vorbereitet“).
https://lenta.ru/news/2013/12/02/putin/ [20.10.2015]

Magosci, Paul. (2014). Euromaidan vs Orange Revolution.
http://www.youtube.com/watch?v=owr9a-Vo5qk [25.1.2016]

Nuland, Victoria (2013): Remarks at the U.S.-Ukraine Foundation Conference
https://www.youtube.com/watch?v=rPVs5VuI8XI#t=310
https://2009-2017.state.gov/p/eur/rls/rm/2013/dec/218804.htm [13.08.2015]

Razumkov Centre (2013): Do you trust Non-Governmental Organizations? (recurrent, 2001-2013).
http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=81 [13.08.2015]

Razumkov Centre (2014): Ukraina: Vremja Wibora (dt.: Ukraine: Zeit zu wählen). *http://razumkov.org.ua/upload/1396009626_file.pdf [24.08.2015]*

Soziologisches Institut der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine (2010): Ukrainske Suspilstvo 1992 – 2010. Soziologitshnij Monitoring (dt. Ukrainische Gesellschaft 1992 – 2010. Soziologisches Monitoring) *http:/i-soc.com.ua/institute/smonit_2010.pdf [13.08.2015]*

Spiegel Online (2014a): Geldwäsche-Verdacht: Schweiz sperrt Konten mit Janukowitsch-Millionen. *http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/geldwaesche-verdacht-schweiz-blockiert-janukowitsch-millionen-a-956325.html [13.09.2015]*

Spiegel Online (2014b): Obama verhängt Strafmaßnahmen gegen Russland. *http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-obama-verhaengt-sanktionen-gegen-russland-a-957287.html [13.09.2015]*

Ukraine-Analysen Nr. 114 (12.03.2013): Statistik: Zivilgesellschaft in der Ukraine. *http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen114.pdf [10.08.2014]*

Umland, Andreas (2014): Russlands Rolle und Ziele in der “Ukraine-Krise”. *htpps://euromaidanberlin.wordpress.com/2014/08/23/russlands-rolle-und-ziele-in-der-ukraine-krise/ [14.02.2016]*

Von Salzen, Claudia (2017): Eine Geschichte des Scheiterns in der Ukraine. *https://www.tagesspiegel.de/politik/zwei-jahre-minsker-abkommen-eine-geschichte-des-scheiterns-in-der-ukraine/19379196.html [24.11.2017]*

9. Anhang

Abstract

The master thesis is concerned with the role of the civil society in terms of the development of democracy in Ukraine. The main thesis is that a pluralistic civil society is required for a sustainable success of the transformation process in post-communist states – provided that the characteristics postulated by democracy research are at least partially satisfied. For examination the “Orange Revolution” in 2004 and “Euromaidan” in 2013/14 were analysed.

Theoretical reference points are the transformation theories and the functionalist approach of a civil society. To answer the research question an empirical-analytical research approach was chosen. The analysis was done on two levels: by evaluation of the third sector in Ukraine and by secondary analysis. For this purpose existing statistics and opinion polls from the period 2003 to 2005 and 2012 to 2014 have been re-evaluated. For the data evaluation the qualitative content analysis by Mayring was used.

The Orange Revolution carried significant improvements for the third sector in the Ukraine but only the success of the Euromaidan allowed important steps towards influence on political processes and consolidated democracy. On the socio-political level governmental efforts to intensify the dialogue with the civil society and to integrate them into political decision making can be interpreted as positive sign for a democratic future of the country. It is however to be considered that only a strong and unifying government, together with a vibrant and involved civil society and international support will be able to stabilize the Ukrainian State.

Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit widmet sich der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihrer Rolle in der Herausbildung der Demokratie in der Ukraine. Es wird von der Grundthese ausgegangen, dass eine entwickelte pluralistische Zivilgesellschaft die Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg des Transformationsprozesses in postkommunistischen Staaten ist - vorausgesetzt die wichtigen, von der Demokratieforschung postulierten Merkmale, werden zumindest ansatzweise erfüllt. Die These wird anhand der beiden Revolutionen in den Jahren 2004 (Orange Revolution) und 2013/14 (Euromaidan) näher analysiert.

Als theoretische Bezugspunkte der Arbeit gelten u. a. die Transformations-theorien und das funktionalistische Konzept einer Zivilgesellschaft. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde ein empirisch-analytischer Forschungsansatz gewählt. Die Analyse findet auf zwei Ebenen statt: einerseits mittels einer Auswertung des Dritten Sektors in der Ukraine sowie in weiterer Folge mit einer Sekundäranalyse. Dabei wird das bereits vorhandene Datenmaterial, welches aus diversen Statistiken und Meinungsumfragen aus den Zeiträumen 2003 bis 2005 sowie 2012 bis 2014 besteht, ausgewertet. Zur Datenauswertung wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring heran gezogen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Orange Revolution bereits erste Verbesserungen für die Arbeit des Dritten Sektors brachte, jedoch erst der Erfolg des Euromaidan wichtige Schritte in Bezug auf den Einfluss auf die politischen Prozesse sowie die demokratische Konsolidierung ermöglichte. Bemühungen von Seiten der Regierung, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu verstärken und sie in Entscheidungsfindungsprozess einzubinden, können als positives Zeichen für eine demokratische Zukunft des Landes gedeutet werden. Jedoch wird nur eine starke, sich einige Regierung, gemeinsam mit einer vitalen und integrierten Zivilgesellschaft sowie internationaler Unterstützung in der Lage sein, zu einer Stabilisierung des ukrainischen Staates beizutragen.